



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

Europa und das Andere
Islamophobie und der Beitrittsdiskurs über die Türkei

Verfasser:

Yunus Mert (Bakk. phil.)

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Mai 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Diplomstudium Politikwissenschaft

Betreuerin/ Betreuer: Doz. Dr. John Bunzl

Ich versichere, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig verfasst habe. Ich habe keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt. Ich habe die Arbeit bzw. Teile davon weder im In- noch im Ausland einer Beurteilerin/ Beurteiler zur Begutachtung als Prüfungsarbeit vorgelegt.“

Wien, Mai 2009

Bakk. phil. Yunus Mert

**In Dankbarkeit meinen Eltern, meine Gattin Asuman und meine Tochter Zeynep
Hanna Mert gewidmet.**

Inhaltverzeichnis

1. Einleitung	4
1.1. Forschungsfragen	6
2. Begriffserklärungen	8
2.1. Orientalismus	8
2.1.1. Orientalismus und der Islam	11
2.2. Rassismus- Neo-Rassismus	13
2.2.1. Anti-islamischer Rassismus	17
3. Islamophobie	20
3.1. Historischer Kontext	20
3.2. Zum Begriff der Islamophobie	21
3.3. Das Ausmaß der Islamophobie	26
4. Anti-Islamismus	38
4.1. Das Ende des Kalten Krieges	40
4.2. Kampf der Kulturen	43
4.3. 11. September: Globalisierung des Feindbild Islams	45
4.4. Offizieller Islamdiskurs	47
5. Islam in den Medien	53
6. Der Türkei-Beitrittsdiskurs	61
6.1. Die Modernisierung der Türkei	62
6.2. Überblick über die Geschichte der türkischen Beziehungen zur EU	64
6.3. Beitrittskriterien	68
6.3.1. Politische Kriterien	68
6.3.2. Wirtschaftliche Kriterien	69
6.3.3. Übernahme des Acquis-Kriterium	69

7. Konstruktion der Europa	71
7.1. Europäische Identität	71
7.1.1. Christliches Abendland und islamische Türkei	77
7.1.2. EU als Wertegemeinschaft	83
7.1.3. Zur Einstellung der Bevölkerung	87
8. Weitere Argumente gegen den Beitritt der Türkei in die EU	88
8.1. Die geographischen Grenzen der EU	88
8.2. Menschenrechte und Minderheitenproblematik	89
8.3. Die wirtschaftliche Situation der Türkei	90
9. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	92
10. Literatur	96
11. Anhang	103
11.1. Zusammenfassung	103
11.2. Lebenslauf	104

1. Einleitung

In Europa leben mehr als 15 Millionen MuslimInnen, die vor allem mit der Emigrationswelle Anfang der 1960er Jahre nach Europa ausgewandert sind. Aber die Beziehungen zwischen der islamischen Welt und dem Westen bestehen schon seit mehr als tausend Jahren.

Obwohl die Muslime mittlerweile seit etwa vierzig Jahren in Europa leben und trotz des direkten Kontakts mit ihren europäischen MitbürgerInnen gelten sie immer noch als fremd und teilweise sogar als bedrohlich. Bei Beobachtung der öffentlichen Debatten über den Islam kann leicht festgestellt werden, dass in der Öffentlichkeit ein negatives Islambild dominiert. Die Frage ist: Warum und wie werden der Islam und die Muslime immer noch als fremd wahrgenommen, obwohl sie jahre- und jahrzehntelang hier leben? Hat das jahrelange Zusammenleben nicht zu einem Abbau von Vorurteilen beigetragen? Sind die beiden Religionen, das Christentum und der Islam - oder die Kulturen des Westen und des Osten so unterschiedlich, dass kein friedliches Zusammenleben möglich ist? Möglicherweise sollte die Frage auch anders gestellt werden: Sind Religion und Kultur ein Hindernis für ein konfliktfreies Zusammenleben?

Es ist nachvollziehbar, dass die Politisierung und die Ideologisierung einer Religion einen Konflikt mit anderen Religionen und Weltanschauungen provoziert. Dabei ging/geht es vor allem um Machterhalt und die Ausdehnung der Hegemonie. So wurde zum Beispiel das Christentum während der Kreuzzüge als ein Legitimationsinstrument benutzt, um gegen die „barbarischen, heidnischen“ Muslime zu kämpfen. Dafür wurde sowohl ein theologisches als auch ein kulturelles Islambild konstruiert, so dass der Krieg damit gerechtfertigt werden konnte. Dieses Islambild wurde bereits unmittelbar nach der Entstehung des Islams von christlichen Theologen entwickelt. Wie wir heute sehen können, hat sich dieses Bild während der Geschichte kaum verändert.

Der Islam als das „Andere“ des Westens wurde vor allem vom Orientalismus konstruiert. Die Orientalisten, die über den Islam geschrieben haben, haben ihn als fremdes und bedrohliches Phänomen präsentiert und dadurch die Wahrnehmung der europäischen Gesellschaften geprägt. So wurde das theologisch begründete Feindbild Islam durch den Orientalismus verstärkt, verwissenschaftlicht und rationalisiert.

Die Geschichte des europäischen Islambildes weist eine Kontinuität auf. Damals wie heute war der Islam eine für den Westen fremde Kultur, die Europa bedrohte.

Die vorliegende Arbeit geht grundsätzlich davon aus, dass das heutige Islambild weniger auf realistischen Tatsachen aufbaut, als vielmehr auf der Konstruktion durch westliche Vorstellungen beruht. Historisch existierende und durch den Orientalismus konstruierte Ressentiments gegenüber dem Islam und den MuslimInnen haben in den letzten Jahren auch durch die Entwicklung der Migrationsbewegungen zugenommen. Auch die konstruierte Verbindung des internationalen Terrorismus mit dem Islam spielt eine wichtige Rolle. Durch die Verknüpfung des alten Feindbilds Islam mit neueren Feindbildern werden bereits bestehende Vorurteile und Klischees aufrechterhalten. Die MuslimInnen werden auf Grund ihrer kulturellen Unterschiede und ihrer Religion als „Andere“ bzw. als Problemgruppe betrachtet. Eine Sichtweise, die den Islam und die MuslimInnen als Gefahr für den Westen betrachtet, erschwert ein friedliches Zusammenleben und führt letztendlich zu Diskriminierungen gegen MuslimInnen. Die Annahme der Unterlegenheit der islamischen Kultur behindert auch die oft eingeforderte Integration.

Diese Arbeit beschäftigt sich mit dem Thema Islamophobie und „der Konstruktion von Muslimen als Andere“ in Europa. Seit 1997 in Großbritannien der Bericht „Islamophobia: A challenge for us all“ von der Commission on British Muslims and Islamophobia veröffentlicht wurde, hat sich der Begriff Islamophobie in der Öffentlichkeit etabliert und heftige Diskussionen ausgelöst. Obwohl dieser Begriff relativ neu ist, bezeichnet er ein Phänomen, das schon lange im europäischen Bewusstsein verankert ist.

Die Arbeit besteht im Wesentlichen aus zwei Überkapiteln. Das erste Kapitel beschäftigt sich mit einer umfassenden theoretischen Darstellung von Islamophobie, wobei ihr historischer Hintergrund, die jüngere Geschichte des heutigen Islamimages, die Auswirkungen der Islamophobie auf die MuslimInnen in Europa und die mediale Wahrnehmung des Islams untersucht wird. Um die Entwicklung der Islamophobie zu beleuchten, wird zuerst der Orientalismus kurz behandelt. Danach wird der Rassismus analysiert werden, da der Verfasser dieser Arbeit der Meinung ist, dass Islamfeindlichkeit eine Form von Rassismus darstellt.

Es wird dabei davon ausgegangen, dass zwischen Islamophobie und Antiislamismus ein Unterschied besteht. Während die Islamophobie ein gesellschaftliches Phänomen darstellt, ist der Antiislamismus vielmehr eine systematisch organisierte Ideologie, die sich vor allem seit dem Ende des Kalten Krieges entwickelt hat.

Seit 2002 wird der Türkei- Beitrittsdiskurs im Kontext der europäischen Identität diskutiert. Die Nichtzugehörigkeit der Türkei zur EU wird vor allem in konservativen Kreisen mit kulturellen Unterschieden argumentiert. Dabei wird oft die Unvereinbarkeit der islamischen Kultur mit den westlichen Werten betont. Deshalb wird im zweiten Teil dieser Arbeit kurz auf die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei eingegangen. Danach wird versucht zu zeigen, welche Probleme sich aufgrund des Islams bzw. der islamischen Kultur für einen EU-Beitritt der Türkei ergeben.

1.1. Forschungsfragen

Die vorliegende Arbeit verfolgt das Ziel, das Phänomen „Islamophobie“ durch folgende Fragen zu beleuchten:

- Wie entwickelte sich das Feindbild Islam?
- Inwieweit steht der aktuelle Islamdiskurs mit dem historischen Konstruktionsprozess, vor allem mit dem Orientalismus, in Zusammenhang?
- Welche Faktoren beeinflussen das Islamimage in Europa?
- Wie stark ist die Islamophobie in Deutschland und in Österreich verbreitet?
- Welche Auswirkungen hat die Islamfeindlichkeit auf die muslimischen Minderheiten?
- Mit welchen aktuellen Argumentationen werden die MuslimInnen als „das Andere des Westens“ identifiziert?
- Inwieweit spielt die Islamophobie (Islam) bei der Ablehnung des türkischen EU-Beitritts eine Rolle?

Diese Fragen sollen sowohl anhand der einleitenden theoretischen Auseinandersetzungen (über Orientalismus und Neo- Rassismus) als auch durch die

Analyse der aktuellen Islamophobie und des Islambilds der Medien beantwortet werden.

Aus den oben gestellten Fragen ergeben sich folgende Hypothesen:

- Das heutige Islambild beruht vor allem auf einer Konstruktion, die historisch betrachtet durch den Orientalismus geschaffen wurde. Dieses Bild beeinflusst bis heute die Wahrnehmung von Muslimen in der Öffentlichkeit.
- Die MuslimInnen in Europa werden auf Grund ihrer Religion und ihrer Kultur als fremd und anders wahrgenommen. Dadurch werden sie häufig im sozialen und gesellschaftlichen Leben diskriminiert.
- Bei der Verbreitung der Islamophobie spielen die Medien eine wesentliche Rolle.
- Der Islam bzw. die kulturelle Andersartigkeit der Türkei werden als ein Ablehnungsgrund gegen den türkischen Eu- Beitritt herangezogen.

Ergänzend zum Quellenstudium sollen die Ergebnisse von Umfragen und Analysen, die zum untersuchten Themenkomplex erhoben wurden, herangezogen werden.

2. Begriffserklärungen

2.1. Orientalismus

Das bedeutendste Werk von Edward Said „Orientalism. Western Concept of the Orient“ erschien 1978 und erhielt aufgrund seiner interdisziplinären Analyse des Orientalismus internationale Aufmerksamkeit. Saims Buch gilt als einer der wichtigsten Werke der Postkolonialen Theorie und hat selbst nach 30 Jahren in der Wissenschaft nichts an seiner Aktualität verloren. Mit Hilfe der poststrukturalistischen Analysen von Foucault und der Hegemonietheorie des italienischen Marxisten Antonio Gramsci hat Said seine Orientalismustheorie entwickelt. Es gelang ihm aufzuzeigen, wie der Orientalismus als wissenschaftliche Disziplin seine Geltung erlangte und als Wissensarchiv für die hegemonialen Bestrebungen des Westens diente.

Die Diskurstheorie von Foucault war für Said die Grundlage, um am Beispiel des Orientalismus den Zusammenhang zwischen Wissen und Macht begreifbar zu machen. Für Foucault stellte der Diskurs ein Mittel dar, um Macht und Hegemonie zu sichern und zu strukturieren. Diesen Diskursbegriff als ein Machtinstrument übernahm Said von Foucault. Durch Gramscis Hegemoniebegriff wurde zusätzlich erläutert, warum und wie ein bestimmtes Wissen über den Orient in den Vordergrund gerückt war.¹

Im Zentrum der Orientalismuskritik von Said stand die Konstruktion des Orients durch Europa und wie das konstruierte Wissen zur kolonialen Herrschaftsstabilisierung instrumentalisiert wurde. Der Orientalismus entstand im späten 18. Jahrhundert und bildete ein Wissensarchiv, das die westliche kulturelle, ökonomische und militärische Dominanz über den Orient verstärkte.² So wurde durch den Orientalismus sowohl die Ausbeutung des Orients als auch die Unterjochung der asiatischen Völker gerechtfertigt.³

In seiner Studie analysierte Said neben den wissenschaftlichen Werken auch religiöse Texte, Reiseberichte, Kunstschriften, usw. und formulierte die Ansicht, dass die orientalistischen Werke ein einheitliches Orient- und Islambild geschaffen hätten, das

¹ vgl.: N. Rubin 2007, S. 25

² Castro Varela/Dhawan, 2005 S. 31f

³ Sardar, 2002 S. 25

nicht mit der Realität übereinstimme. Nach Said handelte es sich im Großen und Ganzen um eine Konstruktion bzw. Imagination, die der westlichen Hegemonie diene. Nach ihm ist der Orientalismus ein „westlicher Stil der Herrschaft, Umstrukturierung und des Autoritätsbesitzes über den Orient.“⁴ Darauf weist auch Sardar hin:

„Die Darstellungen der Kulturen und Zivilisationen östlich des Westens –und nichts anderes bedeutet Orientalismus- basieren auf konstruierter Ignoranz, das heißt, sie wurden absichtlich als Instrumente konzipiert, mit denen man diese Kulturen und Zivilisationen >> unterdrücken << und >> handhaben << konnte.“⁵

In der orientalistischen Literatur wird der Orient als „das Andere“ in Bezug zum Westen - als das Gegenbild der Europäer - repräsentiert, das durch theologische, philosophische und wissenschaftliche Argumentation bewiesen werden soll. Der Westen, der sich im Zentrum der Welt sieht, definiert die „Anderen“ je nach der Epoche, nach christlichen, aufgeklärten, westlichen oder modernen Kriterien, um seine Identität in der Abgrenzung zu den „Anderen“ zu konstruieren und bewahren zu können. Dieser Maßstab und die einhergehende Überzeugung von der kulturellen Überlegenheit der Europäer, bzw. der christlich-europäischen Werte, bestimmen das Bild des Orients und tragen zur Stereotypisierung der Orientalen bei. Die Hervorhebung der westlichen Überlegenheit setzt einen primitiven Osten voraus, der dem Westen unterlegen sei. In diesem Sinne wird dem Orient und dem Islam Rückständigkeit, Gewalttätigkeit und Fundamentalismus zugeschrieben. Das führt zu der Ansicht, dass der Orient, obwohl er als minderwertig und rückständig dargestellt wird, eine Bedrohung für den Westen und die westlichen Werte sei. Dieser Antagonismus weist eine lange Geschichte auf und beruht auf verbreiteten Mythen:

„Unsere Vorstellung von ‚Westen‘ und ‚Osten‘ waren niemals frei von Mythen und Phantasien, und selbst bis heute sind sie nicht in erster Linie Begriffe des Ortes und der Geographie.“⁶

⁴ Said 1981, S. 10

⁵ Sardar, 2002 S. 17

⁶ Hall 1994, S. 137

Stuart Hall sagt dazu, dass der Westen ein *historisches* und kein geographisches Konstrukt sei. Eine Konstruktion, die den Westen also als entwickelt, industrialisiert, städtisch, kapitalistisch, säkularisiert und modern beschreibt.⁷ Die Grenze zwischen Ost und West wurde so stark gezogen, dass sie wie zwei verschiedene Welten dargestellt werden, die nebeneinander bestehen und niemals zueinander finden könnten. Davon geht auch Bassam Tibi aus: „Zwischen Europäern und Muslimen beispielsweise liegen Welten.“⁸ In diesem Sinne beruht der Orientalismus auf einer Unterscheidung zwischen Orient und Okzident, die Said so beschreibt:

„Der Orientalismus ist eine Denkweise, die auf einer ontologischen und epistemologischen Unterscheidung basiert, die zwischen >>dem Orient<< und (meistenteils) >>dem Okzident<< gemacht wurde.“⁹

Nach Sardar, der den Orientalismus in einigen Punkten zusammengefasst hat, ist der Orientalismus demnach:

- ... die klassische Tradition, eine Region anhand ihrer Sprache und Schrift zu erforschen; daher ist jeder, der über den Orient schreibt, forscht und lehrt, ein Orientalist.
- ... eine Möglichkeit, sich mit dem Orient auseinanderzusetzen, die auf der besonderen Stellung des Orients in der westlichen Welt basiert.
- ... ein universales Denksystem, dessen Wurzeln bis in die Antike zurückreichen und das auf der ontologischen und epistemologischen Unterscheidung zwischen Orient und Okzident basiert.
- ... ein westlicher Stil, den Orient zu beherrschen, umzustrukturieren und Autorität über ihn auszuüben.
- ... eine Bibliothek oder ein Archiv, dessen Struktur von einem einheitlichen Wertesystem und einem bestimmten Ideenfundus geordnet wird. ... Mit diesem Ideenfundus lässt sich das Verhalten von Orientalen erklären. ... Er erlaubte es den Europäern, den Orientalen bestimmte Merkmale zuzuschreiben und erleichterte ihnen dadurch den Umgang mit ihnen.

⁷ ebd. S. 138

⁸ zit. Caglar 2002, S. 29

⁹ Said. 1981 S. 9

- ... ein Repräsentationssystem, das im Rahmen einer bestimmten Kräftekonstellation den Orient der westlichen Wissenschaft, dem westlichen Bewusstsein und dem westlichen Empire zugänglich machte.
- ... die westlichen staatlichen Institutionen, die für den Umgang mit dem Orient verantwortlich sind: die ihn beschreiben, bändigen, kontrollieren, die über ihn lehren und ihn erforschen, Ansichten über ihn äußern, Interpretationen autorisieren.¹⁰

2.1.1. Orientalismus und der Islam

Im Orient entstanden und trafen sich in der Geschichte viele große und unterschiedliche Kulturen. Für den Orientalismus steht aber vor allem eine bestimmte Interpretation des Islams im Mittelpunkt seiner Betrachtung. Obwohl die Völker (arabische, türkische, persische usw.) im islamischen Kulturkreis unterschiedliche Traditionen, Lebensweisen und Gesellschaftstypen hatten/haben, wurde/wird der Islam als einheitlicher Block und als Bedrohung gegenüber dem Westen dargestellt.

Das heutige Wissen über den Islam und die islamische Kultur im Westen beruht vor allem auf dem Wissen, das im Laufe der Geschichte mit einer verzerrten Wahrnehmung konstruiert wurde. Die OrientalistInnen, die über den Islam geschrieben haben, prägten seine Wahrnehmung in den westlichen Gesellschaften. Der Islam wurde im Orientalismus europäischen Vorstellungen von Religion, Gott, Mensch, Natur, Gesellschaft, Wissenschaft und Geschichte gegenüber gestellt und wurde so als die „andere Kultur“, die minderwertig und rückständig sei, verurteilt.¹¹

Es gab/gibt natürlich auch westliche WissenschaftlerInnen, die versuchten, den Islam nicht mit Vorurteilen und Klischees behaftet zu erforschen. Jedoch hat sich im Westen ein negatives Islambild etabliert, das vor allem vom Orientalismus konstruiert und geprägt wurde.

¹⁰ Sardar 2002, S. 103f

¹¹ ebd., S. 18

Darauf weist auch Attia hin:

„Orientalismus und antimuslimischer Rassismus bilden demnach keine Ausnahmeerscheinung, sondern stellen eine Facette üblicher gesellschaftlicher Konstruktionsprozesse, Normalisierungsbestrebungen und Machtverhältnisse dar. Diese sind miteinander verwoben, durchdringen und stützen sich gegenseitig.“¹²

Ziauddin Sardar, ein britisch-muslimischer Autor, zeigt in seinem Buch „Der Fremde Orient“ den Zusammenhang zwischen dem Islambild des Westens und dem Orientalismus, wobei er feststellt, dass die Geschichte des Orientalismus bereits mit der ersten Konfrontation mit dem Islam beginne.¹³ Der Islam war für das Christentum seit seinem Aufkommen ein politisches Problem. Die Tatsache, dass die muslimische Zivilisation damals der europäischen auf intellektuellem, sozialem und kulturellem Gebiet überlegen war, führte im Christentum zu einer Krise:

„Als Europa sich ein Jahrhundert nach Mohammeds Tod mit dem Islam konfrontiert sah, war dies ein politisches Problem. Erschwerend kam hinzu, daß die muslimische Zivilisation der europäischen auf intellektuellem, sozialem und kulturellem Gebiet überlegen war. Um dieser Herausforderung zu begegnen, erfand man den Orientalismus.“¹⁴

Die ursprünglichen Quellen des Orientalismus, so Sardar, finde man in den theologischen Ausarbeitungen des Islams. Besonders die Schriften des christlichen Gelehrten Johannes von Damaskus (ca. 645 bis 750) stellen eine wichtige Grundlage für die orientalistische Wahrnehmung des Islams dar. Er beschrieb den Islam als einen heidnischen Kult und Mohammad als einen areligiösen und ausschweifenden Menschen. Er behauptete, dass Mohammed seine Lehre aus dem Alten und Neuen Testament hergestellt habe. Sardar weist darauf hin, dass die Schriften des Johannes von Damaskus die Grundlage für alle weiteren Veröffentlichungen über den Islam bildeten.¹⁵ Johannes von Damaskus zählt in seinem Buch „die Quelle der Erkenntnis“ die Häresien, also die

¹² Attia, 2007, S. 11

¹³ Sardar, 2002 S. 36

¹⁴ ebd. S. 36f

¹⁵ ebd. S.37

ketzerischen Irrglauben im Christentum auf. Dazu zählte er auch den Islam, den er nicht als eine eigenständige Religion beschreibt. Wie Kramer/ Reinkowski hinweisen, setzte sich die in Byzanz begründete Tradition anti-islamischer Polemik durch und wurde auch in den anderen christlichen Ländern weiter vermittelt.¹⁶

2.2. Rassismus- Neo-Rassismus

Es ist zunächst erforderlich, sich die Geschichte des Kolonialismus und den Zusammenhang zwischen Rassismus und Macht zu verdeutlichen, bevor auf den Begriff des Rassismus näher eingegangen werden kann.

Wallerstein bezeichnet die Geschichte des modernen Weltsystems als eine Geschichte der Expansion der europäischen Staaten und Völker auf Kosten des Rests der Welt.¹⁷ Während der kolonialen Eroberungen der westeuropäischen Staaten diente der Rassismus als Rechtfertigung. Wie Rassismus instrumentalisiert wurde, zeigt sich gleich in der Auseinandersetzung zu Beginn der europäischen Kolonisierung Amerikas, bei der die Gewalt gegen die einheimische Bevölkerung mit rassistischen Argumenten gerechtfertigt wurde.

Der spanische Dominikaner und Historiker Juan Ginés de Sepúlveda argumentierte während der Zeit der Kolonisierung Amerikas, warum der Krieg gegen die Indios gerechtfertigt gewesen wäre. Dabei stellte er vier Argumente in den Vordergrund:

- Indios seien Barbaren, einfach, ungebildet und unerzogen, Wilde, völlig unfähig, etwas anderes als mechanische Fertigkeiten zu erlernen, voller Laster, grausam...
- Sie müssten das spanische Joch tragen, selbst wenn sie es nicht wollten, zum Ausgleich und zur Strafe für Verstöße gegen das göttliche Gesetz und das Naturrecht...
- Die Spanier wären durch das göttliche und das Naturrecht verpflichtet, gegen den möglicherweise durch die Indios angerichteten Schaden und dem damit verbundenen großen Unheil vorzubeugen...

¹⁶ vgl. Kramer/Reinkowski, 2008 S. 13f

¹⁷ Wallerstein, 2007 S. 11

- Die spanische Herrschaft erleichterte die Christianisierung, indem sie es katholischen Priestern erlaubte, zu predigen...¹⁸

Diese Auseinandersetzung allein verdeutlicht, wie die Macht während der Kolonialisierung mit Hilfe von Rassismus und Religion durchgesetzt wurde. Wallerstein stellt fest, dass diese vier Hauptargumente nötig gewesen seien, um alle nachfolgenden Interventionen von zivilisierten in nicht- zivilisierte Zonen auch in der modernen Welt zu rechtfertigen.¹⁹ In diesem Sinne ist der Rassismus eine Erfindung der kolonialen Mächte, um ihn als Legitimation für die Gewalt und die Verbrechen gegen die kolonisierten Völker zu instrumentalisieren.

Wie bereits oben erwähnt, spielt Macht im Konstruktionsprozess des „Anderen“ eine wichtige Rolle. Abhängig von Ort und Zeit artikuliert sich der Rassismus auf unterschiedliche Weise und verändert bzw. entwickelt sich beständig weiter. Seit dem späten 20. Jahrhundert ist von einem kulturellen Rassismus die Rede. Zentrale Annahme des Rassismus ist, dass zwischen „Rassen“ (im klassischen biologischen Rassismus), Klassen (z.B. Arbeiter), Kulturen oder zwischen Frau und Mann grundsätzlich unüberwindbare Unterschiede bestehen. In den neueren Debatten über Rassismus hat der Definitionsversuch des französischen Soziologen Albert Memmi große Beachtung gefunden. Er definiert den Rassismus folgendermaßen:

«Der Rassismus ist die verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede zum Nutzen des Anklägers und zum Schaden seines Opfers, mit der seine Privilegien oder seine Aggressionen gerechtfertigt werden sollen.»²⁰

Memmi weist jedoch darauf hin, dass nicht alle Unterschiede fiktiv seien, da nicht alle Menschen identisch sind und es reale Unterschiede gibt, wie zum Beispiel zwischen Mann und Frau. Deren Instrumentalisierung beginne dann, so Memmi, wenn jemand aufgrund seines imaginären oder realen Andersseins ausgegrenzt wird. Schließlich ist

¹⁸ ebd. S.14f

¹⁹ ebd. S. 15

²⁰ Memmi, 1987 S.164

Rassismus nach Memmi ein Werkzeug, mit dem diese Unterschiede instrumentalisiert werden.²¹

Rassismus weist unterschiedliche Formen auf und hat sich in der Geschichte immer wieder neu formiert. Die aktuelle Rassismusforschung beschäftigt sich vor allem mit Neo-Rassismus, der oft auch mit gleichbedeutenden Begriffen wie „Rassismus ohne Rassen“ (Étienne Balibar) oder als kultureller Rassismus beschrieben wird. Unter diesen verschiedenen Namen wird auf ein neues Phänomen des Rassismus hingewiesen, das sich nach dem 2. Weltkrieg etabliert hat.

Dieses neue Verständnis von Rassismus wird seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre in wissenschaftlichen Kreisen diskutiert. Nach dieser neuen Auffassung geht es nicht mehr um ein biologisches Rassenkonzept, sondern vielmehr um Kultur als Instrument der Diskriminierung. Kultur dient dabei als das wichtigste Klassifikationskriterium zur Hierarchisierung der „Anderen“. Balibar schreibt dazu:

»Ideologisch gehört der gegenwärtige Rassismus, der sich bei uns um den Komplex der Immigration herum herausgebildet hat, in den Zusammenhang eines „Rassismus ohne Rassen“, [...] eines Rassismus, dessen vorherrschendes Thema nicht mehr die biologische Vererbung, sondern die Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenzen ist; eines Rassismus, der – jedenfalls auf den ersten Blick – nicht mehr die Überlegenheit bestimmter Gruppen oder Völker über andere postuliert, sondern sich darauf ›beschränkt‹, die Schädlichkeit jeder Grenzverwischung und die Unvereinbarkeit der Lebensweisen und Traditionen zu behaupten“.²²«

So wird die Konstruktion des „Anderen“ aufgrund kultureller Unterschiede vorgenommen, wobei der eigenen Kultur die positiven Merkmale zugeschrieben werden.

²¹ Memmi 1999, S. 45f

²² Balibar, 1990 S. 28

Dilek Cinar hebt vor allem drei Merkmale des neuen Rassismus hervor:

- 1- Der Zentrale Terminus des *Neo*-Rassismus sei *Kultur* statt „Rasse“,
- 2- Der *Neo*- Rassismus thematisiere *Differenzen* statt Ungleichheiten und verzichte auf die Hierarchisierung von Bevölkerungsgruppen gemäß herkunftsbezogener Merkmale;
- 3- Der *Neo*-Rassismus bezeichne rassistisches Verhalten als *natürliche Reaktion* auf allzu große kulturell bedingte Differenzen.²³

Nach Cinar sind aber diese Merkmale nicht unumstritten. Die Ablösung des Begriffes „Rasse“ durch die Kultur reiche allein nicht aus, um den neuen Rassismus zu beschreiben. Sie behauptet weiter, dass die hierarchisierende Klassifikation immer noch vorhanden sei. Den Kern des neuen Rassismus, so Cinar, stelle die Naturalisierung der Abwehr des Fremden dar.²⁴ Schließlich definiert sie den Neo-Rassismus folgendermaßen:

„Der *Neo*-Rassismus ist ein ‚differentialistischer Kulturrassismus (ohne Rassen)‘, der die kulturell - anstatt genetisch - bedingte „Verschiedenheit“ von nationalen Mehrheiten und bestimmten Gruppen von ImmigratInnen, nämlich jener aus den so genannten Ländern der *Dritten Welt*, zur Rechtfertigung von Ungleichbehandlung oder Ausschließung heranzieht.“²⁵

Die Hierarchisierung bezieht sich nicht mehr auf „Rassen“, sondern auf Kulturen, die als minderwertig und höherwertig definiert werden. Hauptanliegen des Neo-Rassismus ist die Bewahrung der Einzigartigkeit, also die Betonung der Überlegenheit der eigenen Kultur und Religion und die Vermeidung von Vermischungen. Skenderovic betont ebenfalls, dass im Neo-Rassismus Kultur und Religion die eigentlichen Unterscheidungsmerkmale seien:

„Der Neorassismus stützt sich auf ein essentialistisches Verständnis von Kultur, so dass kulturelle Merkmale wie Religion und Sprache als unwandelbare und

²³ Cinar 1999, S. 59f

²⁴ ebd. S.60

²⁵ ebd. S. 61

dauerhafte Konstanten in der Geschichte von Menschen und Gesellschaften und als deterministische Unterscheidungsmerkmale zwischen Menschen und Gruppen gesehen werden.“²⁶

Demnach sieht der Neorassismus in der kulturellen, religiösen und nationalen Identität die Grundlage des Individuums, die nicht veränderbar ist. Jeder Mensch erhalte durch die Geburt eine Identitätskarte, die lebenslang seine kulturelle Identität bestimmen würde.²⁷ Die Religion wird gemeinsam mit den kulturellen Unterschieden zum wichtigsten Abgrenzungskriterium für den Neorassismus. Da der Islam unter den Minderheiten in den europäischen Gesellschaften die größte Religion darstellt, steht er im Fokus des Neorassismus und wird – besonders von radikalen Rechten – als die größte Bedrohung wahrgenommen.

2.2.1. Antiislamischer Rassismus

In Zentrum des Neo-Rassismus steht deshalb vorwiegend der Islam oder der kulturelle Hintergrund muslimischer MigratInnen. Der anti-islamische Rassismus stellt sich als eine Form des „Neo-Rassismus“ dar. Die Muslime werden als „das Andere“ des Westens identifiziert. Dabei sind auch historisch geprägte Vorurteile von großer Bedeutung. Das durch den Orientalismus konstruierte Islambild existiert noch immer, auch wenn sich dieses Konstrukt heute zeitgemäßer präsentiert.

Der antiislamische Rassismus richtet sich vor allem gegen die Präsenz des Islams in den europäischen Gesellschaften und gegen die Menschen, die sich als MuslimInnen bezeichnen, also primär gegen die MigrantInnen aus islamischen Ländern. Der Islam wird als ein monolithischer Block dargestellt, der mit den westlichen Werten nicht vereinbar sei. Diese Unvereinbarkeit liege, so die Argumentation, in der Religion und der damit einhergehenden islamischen Kultur. Während die europäischen bzw. nichtmuslimischen Menschen als liberal, demokratisch und modern dargestellt werden, werden MuslimInnen gegenteilig, also als rückständig, unvernünftig und als Gefahr betrachtet. Es wird ein Modell eines westlichen Lebensstils für die Bevölkerung

²⁶ Skenderovic. S. 87

²⁷ ebd. 87f.

festgelegt, während diejenigen, die nicht in dieses Bild passen, als „das Andere“ konstruiert, diskriminiert und ausgegrenzt werden. Gleichzeitig wird mit der Ausgrenzung der Anderen auch die eigene Identität und Kultur idealisiert:

„Orient- und Islambilder geben jedoch nicht nur Auskunft über >>das Fremde<<, sondern definieren und verpflichten auf >>das Eigene<< ... Die Essenzialisierung des Anderen als Gegenbild konturiert und fixiert das Eigene.“²⁸

Die orientalistische Wahrnehmung des Islam spielt noch immer eine wichtige Rolle und spiegelt sich in antiislamischen Diskursen wieder. Trotz neuer Themenstellungen werden bereits vorhandene Vorurteile und Klischees reproduziert und verstärkt. Wie Iman Attia betont, basieren die antimuslimischen Ressentiments aufgrund der kulturellen Forschung, dem Orientbild und den gesellschaftlichen Diskursen, die seit Jahrhunderten weiter vermittelt wurden.²⁹

Die Wahrnehmung der muslimischen MigrantInnen hat sich allerdings mit Beginn der 1980er Jahre geändert. Die EinwandererInnen der 1960er Jahre wurden zuerst nicht als MuslimInnen, sondern in erster Linie als ArbeiterInnen wahrgenommen. Von ihrer Religion und ihrem kulturellen Hintergrund war keine Rede. Sie waren nicht nur einfache ArbeiterInnen, sondern so genannte GastarbeiterInnen, die nach dem – wegen der Schäden des zweiten Weltkriegs erforderlichen - wirtschaftlichen Wiederaufbau wieder in ihre Herkunftsländer zurückgehen sollten. Nachdem klar wurde, dass der Großteil bleiben würde, änderte sich auch die bisherige Einstellung. Nun waren sie keine Gastarbeiter mehr, sondern „AusländerInnen“ und schließlich als Angehörige ihrer muslimischen Religion.³⁰ Sie wurden also als kulturell fremd dargestellt und wahrgenommen. Attia weist auf die Umstände und Ereignisse hin, durch die sich dieser Wahrnehmungsprozess verändert hat:

„Im Zuge der Kriege am Golf zu Beginn der 80er Jahre und der Anschläge vom 11. September 2001 wurde das Bild des traditionellen Islam, das >den anatolischen

²⁸ Attia, 2007 S. 11

²⁹ ebd. S.10

³⁰vgl. Bielefeldt, 2007 S. 32, Attia 2007 S. 8

Bauern< zugeordnet wurde, durch das des kriegerischen Islam ergänzt, der schließlich mit dem Bild des >arabischen Terroristen assoziiert wurde<.“³¹

Der Antiislamische Rassismus beschränkt sich nicht nur auf rechtsradikale Gruppierungen. MuslimInnen werden in weiten Teilen der Gesellschaft als das „Fremde“ und Andere wahrgenommen. Es ist auffällig, dass Vorurteile und diskriminierendes Verhalten gegenüber MuslimInnen meistens nicht als Rassismus bezeichnet wird. Darauf weisen auch Pinn und Wehner hin:

„Gegen den Islam oder MuslimInnen gerichtete Diskriminierungen und Aggressionen werden oft gar nicht als Rassismus wahrgenommen und spielen eine entsprechend geringe Rolle in antirassistischen Kampagnen. Auch das hängt zweifellos damit zusammen, dass der Islam allgemein als besonders >>fremd<< gilt, als Ängste und Abwehrreaktionen provozierend und als mit abendländisch-christlichen (oder atheistischen) Werten und Lebensformen kaum zu vereinbaren.“³²

Es gibt unterschiedliche Argumente, die vorgebracht werden, um die Unvereinbarkeit des Islams mit diesen angeblichen westlichen Werten zu belegen. Auch für viele Feministinnen, die für die Freiheit und die Gleichberechtigung der Frauen kämpfen, gilt eine islamische Frau, die Kopftuch trägt, nach den eigenen europäischen, modernen Werten als unterdrückt und muss daher befreit werden. Dabei wird die islamische Frau meistens gar nicht gefragt, was sie selbst vom Kopftuch hält. Die Religion, also der Islam, wird dabei als Ursache für die Unterdrückung von muslimischen Frauen betrachtet.

³¹ Attia, 2007 S. 8

³² Pinn/ Wehner, 1995 S. 190

3. Islamophobie

3.1. Historischer Kontext

Islamophobie ist seit etwa einem Jahrzehnt ein verbreitetes Thema wissenschaftlicher Forschungen und der europäischen Öffentlichkeit. In den letzten Jahren wurden immer mehr Forschungsergebnisse, Berichte, Umfragen usw. veröffentlicht, in denen die Zunahme der Diskriminierung gegenüber MuslimInnen nach- bzw. aufgewiesen wird. Besonders nach dem 11. September und den Anschlägen auf Einrichtungen der USA rückte der Islam immer mehr in den Fokus der internationalen Aufmerksamkeit. Durch daraus resultierende politische Entwicklungen hat sich die Situation der muslimischen Communities verschlechtert. Immer wieder tauchen Fälle auf, in denen Menschen aufgrund ihrer religiösen Identität aus dem gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt und diskriminiert werden.

Stellt dieses Phänomen etwas Neues dar oder sollte es in einem historischen Kontext und als Ergebnis einer historischen Kontinuität verstanden werden? Ungeachtet der Tatsache, dass sich das Islambild in Europa nach dem 11. September verändert und eine neue Dimension erhalten hat, ist das Feindbild Islam nicht neu und weist historische Wurzeln auf, die bis zu den Kreuzzügen zurückreichen.³³ Durch den Orientalismus wurde es schließlich konkret konstruiert und verfestigt. Ziauddin Sardar sagt dazu, dass die Islamophobie das Wiederauftauchen eines alten Phänomens sei. Nach ihm hat „die Islamophobie [...]ein langes Gedächtnis und gedeiht noch immer“; sie „wird so tief im historischen Bewusstsein [des Westens] aufbewahrt.“³⁴

Ähnliche Aussagen zur Thematik wurden von mehreren AutorInnen getätigt, zum Beispiel von Milton Edwards. Er behauptete, dass die Islamophobie ein „historisch verewigtes“ Phänomen sei und heute genauso argumentiere wie zur Zeit der Kreuzzüge und anderen historischen Ereignissen, die sich gegen den Islam richteten. Nach Dilwar Hussain dagegen ist die Islamophobie im jeweiligen sozialhistorischen und politischen Kontext zu verstehen, deshalb sprach sie auch von einer Vielfalt von Islamophobien.³⁵

³³ Hippler, Lueg, 2002 S. 9

³⁴ Sardar, zit. von Allen, 2006 S. 70

³⁵ vgl. Allen, 2006 ebd. 71

Wie bereits im Kapitel über den Orientalismus beschrieben wurde, soll die Islamophobie im historischen Kontext betrachtet und im Hinblick auf die orientalistischen Diskurse verstanden werden. In diesem Sinne wird auch der heutige Islamdiskurs nicht unabhängig von einer traditionellen Sichtweise geführt und wird von den damit verbundenen Vorstellungen beeinflusst. Die Zunahme der öffentlichen Sichtbarkeit des Islams und der islamischen Symbole - wie Frauen mit Kopftuch, Minarette, Moscheen, Muezzinrufe usw. - wurde in den letzten Jahren zum Anlass für Konflikte zwischen muslimischen Minderheiten und der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft genommen.³⁶ Die islamische Kultur wird als fremd betrachtet, deshalb werden die MuslimInnen nicht als Teil der westlichen Gesellschaften akzeptiert bzw. angesehen.

3.2. Zum Begriff der Islamophobie

Im Folgenden werde ich mich nun mit dem Begriff „Islamophobie“ befassen und versuchen, auf die verschiedenen Interpretationen des Phänomens, die mit diesem Begriff verbunden werden, einzugehen.

Eine allgemeingültige Definition von Islamophobie gibt es nicht. Es besteht eine Vielzahl von Interpretationen, Definitionen und Versuchen, die Islamophobie unter bestimmten Merkmalen zusammenzufassen. Deshalb gestaltete sich die Beantwortung der Frage, was Islamophobie genau ausmacht, als schwierig.

Der Begriff Islamophobie wurde sowohl in Großbritannien als auch im restlichen Europa erst im Jahre 1997 in die Öffentlichkeit getragen, konkret durch den Bericht des britischen Runnymede Trusts „Islamophobia: A Challenge for Us All“. Das Wort „Islamophobie“ wurde in Anlehnung an den englischen Begriff „xenophobia“ benutzt, „um anti-islamische Einstellungen und Verhaltensweisen wie pauschale Ängste, Vorurteile und Hass gegenüber Muslimen zu benennen.“³⁷ Das Auftauchen des Begriffs hat aus unterschiedlichen Gründen heftige Debatten ausgelöst, die bis heute andauern. Eine nicht wirklich geklärte Frage ist, wer diesen Begriff überhaupt erfunden habe. Der Ursprung des Begriffs reicht bis in die 1920er Jahre zurück, wobei er hier aber in

³⁶ Leibold/Kühnel, 2003 S. 100

³⁷ ebd. S 101

unterschiedlichen Kontexten verwendet wurde.³⁸ Nach dem Runnymede Trust-Bericht und dem Oxford English Dictionary wurde der Begriff Islamophobie zum ersten Mal im Jahre 1991 in der amerikanischen Zeitschrift „Insight“ im Kontext mit dem Afghanistankrieg verwendet. Damit sollten die sowjetischen Reaktionen auf die islamischen Kämpfer in Afghanistan beschrieben werden:

„Islamophobia [...] accounts for Moscow’s reluctance to relinquish its position in Afghanistan, despite the estimated \$ 300 million a month it takes to keep the Kabul regime going „³⁹

Aber erst durch die angeführte Veröffentlichung des Runnymede Trusts hat der Begriff Islamophobie eine internationale Reputation gewonnen, deshalb kann dieser Bericht als historischer Wendepunkt bezeichnet werden. In dem Bericht „Islamophobia: A Challenge for Us All“ wird die Islamophobie unter acht Merkmalen zusammengefasst und erläutert:⁴⁰

1. Der Islam wird als ein monolithischer, statischer und für Veränderungen unempfindlicher Block angesehen.
2. Der Islam wird als „gesondert“ und „fremd“ angesehen, habe keine gemeinsamen Ziele und Werte mit anderen Kulturen – weder werde er von ihnen beeinflusst, noch beeinflusse er sie.
3. Der Islam wird als dem Westen unterlegen angesehen. Er gilt als barbarisch, irrational, primitiv und sexistisch.
4. Der Islam wird als gewalttätig, aggressiv und bedrohlich angesehen und als Unterstützer des Terrorismus und in einem Kulturkampf verstrickt wahrgenommen.
5. Der Islam wird als eine politische Ideologie angesehen, die um politischer und militärischer Vorteile willen genutzt wird.
6. Kritik des Islam gegenüber „dem Westen“ wird pauschal zurückgewiesen.

³⁸ Zur Entwicklung des Begriffs siehe: Allen, 2007 S. 68ff

³⁹ zit. von: Allen, 2006 S. 70

⁴⁰ zit. von: EUMC, Muslime in der Europäischen Union Diskriminierung und Islamophobie, 2006 S. 73

7. Feindseligkeit dem Islam gegenüber wird benutzt, um diskriminierende Praktiken gegen MuslimInnen und ihre Ausgrenzung von der gesellschaftlichen Mitte zu rechtfertigen
8. Feindseligkeit gegenüber Muslimen wird als natürlich und „normal“ angesehen.“

Mehr als eine Milliarde MuslimInnen leben auf der ganzen Welt und somit stellt der Islam die zweitgrößte Religion der Welt dar – nach dem Christentum. Es besteht auch in den islamischen Gesellschaften keine einzig allgemein gültige Interpretation des Islams. Durch die Vielfalt der kulturellen Unterschiede und Lebensweisen weist der Islam ein heterogenes Gesamtbild auf. Dagegen wird diese Religion im westlichen Islamdiskurs als – zumindest in der Haltung gegenüber dem Westen - homogen und „monolithischer Block“ dargestellt und damit die kulturelle Vielfalt in den islamischen Gesellschaften verleugnet, ausgeblendet oder einfach ignoriert. Dabei spielen Vorurteile und Klischees eine wesentliche Rolle.

Weiters wurde im Bericht der „Commission on British Muslims and Islamophobia“ eine Typologie vorgenommen, die auch die nachfolgenden Diskurse bestimmte. Zwei unterschiedliche Sichtweisen des Islam wurden für die Feststellung der Islamophobie herangezogen. Dabei wurden einander „closed and open views“ gegenübergestellt. Diese Antagonismen charakterisieren den Islam und die Muslimen als „das Andere“, wobei dem Islam generell negative Einstellungen zugeschrieben werden.

Die Unterschiede zwischen einer „offenen“ und einer „geschlossenen“ (bzw. engen) Sichtweise werden folgendermaßen charakterisiert:

- whether Islam is seen as monolithic, static and authoritarian, or as diverse and dynamic with substantial internal debates
- whether Islam is seen as totally ‘other’, separate from the so-called West, or as both similar and interdependent, sharing a common humanity and a common space
- whether Islam is seen as inferior, backward and primitive compared with the so-called West, or as different but equal
- whether Islam is seen as an aggressive enemy to be feared, opposed and defeated, or as a cooperative partner with whom to work on shared problems, locally, nationally and internationally

- whether Muslims are seen as manipulative, devious and self-righteous in their religious beliefs, or as sincere and genuine
- whether Muslim criticisms of the so-called West are rejected out of hand or whether they are considered and debated
- whether double standards are applied in descriptions and criticisms of Islam and the so-called West, or whether criticisms are evenhanded
- whether no account is taken of the fact that Muslims have far less access to the media than non-Muslims, and are therefore at a competitive disadvantage on an uneven playing-field, or whether unequal freedom of expression is recognised
- whether anti-Muslim comments, stereotypes and discourse are seen as natural and 'common sense', or as problematic and to be challenged.⁴¹

Nach der Erscheinung des Berichtes fasste Philip Lewis dieses Modell der offenen und engen Sichtweise zusammen:

„Eine enge Sicht stellt den Islam als monolithisch und statisch, als einen aggressiven und ideologischen Feind dar, der bekämpft werden muss. Muslimische Minderheiten sollten demgemäß einer genauen Überprüfung und gesellschaftlicher Überwachung ausgesetzt werden; es besteht auch kein Grund, irgendeine von ihnen erhobene Kritik an der westlichen Gesellschaft ernst zu nehmen [...]. Die offene Sicht erkennt an, dass der Islam, wie das Christentum, vielfältig und dynamisch ist und mit der breiteren Gesellschaft im Dialog steht“.⁴²

Durch die geschlossene Sichtweise wird der Islam als etwas konstruiert, das der Westen nicht ist. Dieser Antagonismus hat sich durch die politischen Ereignisse der letzten Jahrzehnte verschärft. Besonders der 11. September bedeutete einen Wendepunkt, der die Widersprüche zwischen dem Islam und dem Westen verschärfte und damit die Islamophobie zum globalen Phänomen erhob. Alle Konflikte der vergangenen Jahre, die aus welchen Gründen immer in islamischen Ländern passierten, wurden jetzt ausschließlich mit dem Islam in Verbindung gebracht. Gleichzeitig wurden muslimische Minderheiten in den europäischen Gesellschaften als Bedrohung betrachtet und sogar als eine tickende Zeitbombe bezeichnet, von denen die westlichen Länder bedroht seien.

⁴¹ Stone, 2004 S. 22f

⁴² Lewis, Philip zit. von: Allen, S. 72

Laut einer Studie des österreichischen Innenministeriums wollen sich 45% der in Österreich lebenden Muslime nicht integrieren. Diese integrationsunwilligen MuslimInnen stellten nach der damaligen Innenministerin Lisa Prokop ein großes Problem dar. Die Innenministerin sagte damals: „Das ist eine Zeitbombe. Wer sich nicht integrieren will, hat bei uns nichts zu suchen“. ⁴³

Die Betonung auf die Unvereinbarkeit des Islam mit demokratischen Werten führte konsequenterweise zu der Schlussfolgerung, dass auch ein friedliches Zusammenleben mit Muslimen nicht möglich sei. Laut einer Studie, die in Deutschland vom „Institut für Demoskopie Allensbach“ im Mai 2006 durchgeführt wurde, waren 61 % der Befragten der Ansicht, dass ein friedliches Zusammenleben mit der islamischen Welt auf Dauer unmöglich sein werde.⁴⁴

Obwohl viele auf dieses Phänomen hinweisenden Begriffe wie Anti-Islamismus, Islamfeindlichkeit, Islamophobie synonym verwendet werden, sollten die jeweils unterschiedlichen Bedeutungen berücksichtigt werden. Sowohl Islamophobie als auch Anti-Islamismus sind Formen von Islamfeindlichkeit, sie unterscheiden sich aber in wichtigen Punkten. Während es sich bei der Islamophobie um ein gesellschaftliches und soziales Phänomen handelt, ist der Anti-Islamismus eine organisierte und bewusste Islamfeindlichkeit.

Der türkische *Kulturanthropologe* und Soziologe Kadir Canatan, der mehrere Jahre in Dänemark über den Islam und die Islamophobie geforscht hat, weist darauf hin, dass die Islamophobie einen soziologischen Charakter habe, während der Anti-Islamismus vielmehr ideologisch und politisch motiviert sei. Islamophobie als ein soziologischer Begriff bezeichnet nach Canatan Angst, Hass, Vorwurf und die Verachtung von MuslimInnen in den westlichen Gesellschaften. Hinter dieser Einstellung stehen historische wie kulturelle Vorurteile und Klischees, die durch die soziale Umgebung, Familie, Bildung und besonders durch die Medien produziert werden.⁴⁵

⁴³ <http://www.news.at/articles/0619/10/140515/wirbel-studie-45-oesterreich-moslems-integration> (20.01.2008)

⁴⁴ <http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc~E2D1CB6E9AA1045B291A1FC21272D467D~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (20.01.2008)

⁴⁵ Canatan, 2007 S. 42

In diesem Sinne stellt die Islamophobie ein gesellschaftliches Problem dar, das in den westlichen Ländern auf die seit Anfang der 1960er Jahre stattfindenden Migrationsbewegungen aus vor allem islamischen Ländern zurückgeführt werden kann. Obwohl die MuslimInnen damals nicht als MuslimInnen betrachtet wurden, hat sich ihre Wahrnehmung in der Öffentlichkeit aber seit Anfang der 1980er Jahre geändert.⁴⁶

Dagegen ist der Anti-Islamismus eine bewusste und absichtlich herbeigeführte Ideologie, die vor allem von politischen Gruppen und bestimmten Medien provoziert wird, um Islamfeindlichkeit zu schüren. Dabei wird auf alte, bereits bestehende Klischees zurück gegriffen und dieses orientalistisch geprägte Islambild durch neue Diskurse ergänzt.⁴⁷ Diese systematischen Ressentiments anti- islamischer Gruppen erzeugen in den westlichen Gesellschaften Ängste und Feindseiligkeit.

Im folgenden Kapitel werde ich einige repräsentative Forschungen und Umfragen vorstellen, die das Ausmaß der Islamophobie aufzeigen sollen.

3.3. Das Ausmaß der Islamophobie

Diskussionen entstanden bei der Festlegung auf die Eigenschaften der Islamophobie – welche Aussagen und Haltungen können als Islamophobie bezeichnet werden? Neben der Bestimmung des Begriffs aus dem zitierten Runnymede Trust-Bericht haben sich auch einige deutsche Wissenschaftler mit Islamophobie auseinandergesetzt. Nach Leibold/Kühnen können drei Aspekte der Islamophobie unterschieden werden:

- 1- generelle Ablehnung – eine angstbesetzte, ablehnende und abwehrende Haltung gegenüber MuslimInnen in Deutschland.
- 2- kulturelle Abwertung – die pauschale negative Beurteilung islamischer Kultur(en) und Wertvorstellungen
- 3- distanzierende Verhaltensabsichten gegenüber Muslimen.⁴⁸

⁴⁶ vgl. Attia 2007 S. 8

⁴⁷ Canatan, 2007 S. 43

⁴⁸ Leibold/ Kühnel, 2003 S. 101

Zusammengefasst bezeichnet Islamophobie eine negative Pauschalisierung des Islams und eine explizit ablehnende Haltung gegenüber MuslimInnen, die unter anderem mit rassistischen Argumenten begründet wird.

Einen wichtigen Beitrag bei der Festlegung des Ausmaßes der Islamophobie in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union leistete der Forschungsbericht „Muslime in der Europäischen Union, Diskriminierung und Islamophobie“, der von der EUMC (European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia) im Jahr 2006 veröffentlicht wurde. In dem Bericht wird die Lage der muslimischen Minderheiten mit Hilfe offizieller und inoffizieller Daten aus dem Raum der Europäischen Union untersucht. Darin dokumentiert wurden:

- Gewalt gegen Personen (Angehörige muslimischer Gemeinschaften oder als solche wahrgenommene Personen)
- Gewalt gegen Sachen (Eigentum von Muslimen, Moscheen, Kulturzentren usw.)
- Verbale Drohungen und beleidigendes Verhalten gegenüber Angehörigen muslimischer Gemeinschaften
- Islamfeindliche Literatur.⁴⁹

Dabei wurden primär religiös motivierte Diskriminierungen und Gewalttaten in Betracht gezogen. Es wird vor allem die Situation der MuslimInnen in den Bereichen Beschäftigung, Bildung und Wohnungswesen, basierend auf den von den nationalen Anlaufstellen des RAXEN-Netzwerks bereitgestellten Daten und Informationen, untersucht.⁵⁰ Das heißt, in dem Bericht werden konkrete Formen der Diskriminierung von Muslimen analysiert, die von den Anlaufstellen erfasst werden konnten. Daher kann nicht von einem Gesamtbild gesprochen werden, da von einer viel höheren Dunkelziffer von nicht dokumentierten Fällen ausgegangen wird. Außerdem kann die niedrige Beschäftigungsquote der MuslimInnen nicht unmittelbar auf die Islamophobie zurückgeführt werden. Denn dabei spielen mehrere, miteinander zusammenhängende Faktoren wie Bildungsniveau, Sprachkenntnisse, berufliche Qualifikationen der MuslimInnen usw. eine Rolle, worauf im Bericht auch hingewiesen wird. Aber es gibt in

⁴⁹ EUMC, 2006 S. 24

⁵⁰ ebd. S. 53

dem Bericht auch Belege, die sehr wohl auf eine Diskriminierung im Beschäftigungsbereich aus Gründen der Religionszugehörigkeit hinweisen.⁵¹

Die Ergebnisse des Berichts können folgendermaßen zusammengefasst werden:

- Viele in der Europäischen Union lebende Muslime sind häufig mit Diskriminierung und Ausgrenzung in Bereichen wie Beschäftigung, Bildung und Wohnungswesen konfrontiert.
- In den gegen MuslimInnen gerichteten Diskriminierungen spielen neben einer islamophoben Haltung auch Rassismus und Ausländerfeindlichkeit eine wichtige Rolle.
- Insbesondere junge MuslimInnen haben begrenzte Chancen auf einen sozialen Aufstieg, was zu Hoffnungslosigkeit und Entfremdung führen kann.
- Die untersuchten Daten zeigen auf, dass während der Bildungsstand der europäischen MuslimInnen unter dem Durchschnitt liegt, die Arbeitslosenrate gleichzeitig über dem Durchschnitt beziffert wird. Außerdem sind sie in Gegenden mit schlechten Wohnbedingungen oft überproportional vertreten.
- Rassismus, Diskriminierung und soziale Marginalisierung stellen wichtige Gefahren dar, die das Zusammenleben und die Integration bedrohen.⁵²

Einen wichtigen Beitrag bieten die Langzeitstudien mit repräsentativen Bevölkerungsbefragungen, die im Rahmen des Langzeitprojektes „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF) durchgeführt werden. Mit Hilfe der seit 2002 geführten Befragungen wird neben Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeiten usw. auch das Ausmaß der Islamophobie in Deutschland gemessen. Heitmeyer definiert die Islamophobie wie folgt:

„Islamophobie bezeichnet die Bedrohungsgefühle und die ablehnenden Einstellungen gegenüber der Gruppe der Muslime, ihren Ritualen und öffentlich-politischen wie religiösen Aktivitäten.“⁵³

⁵¹ ebd. S 53ff

⁵² Canatan, 2007 S. 40f. und EUMC, 2006 S. 10

⁵³ Heitmeyer, 2003 S. 15

In der Studie wird die Befragung anhand der Reaktion auf folgende, in Deutschland weit verbreitete Aussagen durchgeführt:

- Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.
- Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.
- Bei Personen muslimischen Glaubens bin ich misstrauischer.
- Ich hätte Probleme in eine Gegend zu ziehen, in der viele Moslems leben.
- Es sollte besser gar keine Muslime in Deutschland geben.
- Muslimen sollte jede Form der Religionsausübung in Deutschland untersagt werden.

Andere Aussagen betrafen die Homogenisierung in der Wahrnehmung des Islams.

- Für mich sind die verschiedenen islamischen Glaubensrichtungen kaum zu unterscheiden.
- Meiner Meinung nach sind die islamischen Glaubensrichtungen sehr ähnlich.
- Die Mehrheit der Muslime hält große Distanz zur restlichen Bevölkerung.
- Viele Muslime in Deutschland wollen lieber unter sich bleiben.
- Die islamistischen Terroristen finden starken Rückhalt bei den Muslimen.
- Die islamistischen Terroristen werden von vielen Muslimen als Held verehrt.
- Ich werde nur solche Parteien wählen, die gegen den weiteren Zuzug von Moslems sind.⁵⁴

Die Homogenisierung der islamischen Glaubensrichtungen führt zu der Annahme, dass es keinen Unterschied zwischen islamistischen Terroristen und MuslimInnen gibt. So wird davon ausgegangen, dass Terroristen auch von vielen Musliminnen als Helden verehrt werden. Hinter dieser Einstellung steht die Vorstellung, dass der Islam als Religion den Terrorismus und die Gewalt fördere. Das führt schließlich zur Befürchtung, dass es unter den vielen MuslimInnen auch Terroristen geben könnte. Dabei wird die Rolle der historischen, politischen Beziehungen bei der Entwicklung des Terrorismus geleugnet – etwa, dass während dem Afghanistan-Krieg von den USA Gruppierungen, die

⁵⁴ vgl. Leibold/Kühnel, 2003 103, 2005, S. 142f, 2008, S. 102f

extreme Formen des politischen Islams vertraten, gegen die damalige Sowjetunion unterstützt wurden.⁵⁵

Ein Zeitvergleich zwischen 2003 und 2005 (siehe Tabelle1) zeigt die Entwicklung der negativen Einstellungen gegenüber MuslimInnen in Deutschland. Im Jahr 2003 stimmten fast 27% der Befragten der Aussage zu, dass die Zuwanderung der MuslimInnen nach Deutschland untersagt werden sollte, aber dieser Wert sank 2005 auf 24%. Dagegen stieg der Anteil derjenigen, die der Aussage: "Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land" zustimmten, von 31% auf 33,7%. Hier kann jedoch festgestellt werden, dass das Ausmaß der generellen Ablehnung von MuslimInnen zwischen 2003 und 2005 stabil blieb.⁵⁶

Dagegen stieg der Anteil der kulturellen Abwertung des Islam, der mit Hilfe von zwei Fragen gemessen wurde. Während im Jahre 2003 noch 65,9% der Befragten die Aussage: „Die muslimische Kultur passt durchaus in unsere westliche Welt“ abgelehnt haben, wurde diese Meinung 2004 bereits von 69,6% und 2005 sogar von 74,2% vertreten.⁵⁷ Diese hohe Abwertung der islamischen Kultur ist darauf zurückzuführen, dass vor allem in den letzten Jahren in den Medien die Meinung verbreitet wurde, dass der Islam eine gefährliche Kultur darstelle. Die Gleichsetzung von Islam und Terrorismus führte auch in der Gesellschaft zu einer negativen Einstellung gegenüber MuslimInnen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit.

⁵⁵ vgl. Mamdani , 2006 S. 131ff.

⁵⁶ Leibold/Kühnel/Heitmeyer, 2006 S. 4

⁵⁷ Ebd. S.4

Tabelle 1: Anteil islamophober Einstellungen in den GMF-Umfragen 2003-2005 (in Prozent)⁵⁸

Konstrukte und Itemformulierungen	2003	2004	2005
Generelle Ablehnung von Muslimen in Deutschland			
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	26,5	24,0	24,3
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	31,0	35,1	33,7
Kulturelle Abwertung des Islam			
Der Islam hat eine bewunderswerte Kultur hervorgebracht. (Ablehnung)	36,6	44,0	49,7
Die muslimische Kultur passt durchaus in unsere westliche Welt. (Ablehnung)	65,9	69,6	74,2
Distanzierte Verhaltensabsicht			
Ich hätte Probleme, in eine Gegend zu ziehen, in der viele Muslime leben.	51,6	57,8	46,8

In der Studie wird auch festgestellt, dass die Mehrheit der deutschen Gesellschaft keine Unterschiede zwischen unterschiedlichen Glaubensrichtungen im Islam macht. Bei der Befragung im Jahre 2005 stimmten 72 % der Befragten der Aussage zu, dass sich die islamischen Glaubensrichtungen sehr ähnlich seien. 81 % sind der Meinung, dass es kaum Unterschiede zwischen verschiedenen islamischen Glaubensrichtungen gäbe (Tabelle 2).

⁵⁸ Quelle: Leibold/Kühnel/Heitmeyer, 2006 S. 4

Tabelle 2: Ausmaß islamophober Einstellungen im GMF- Survey 2005⁵⁹

Konstrukte und Itemformulierungen	überhaupt nicht	eher nicht	eher	voll und ganz	Fallzahl
Homogenisierung des Islam					
Für mich sind die verschiedenen islamischen Glaubensrichtungen kaum zu unterscheiden.	3,8	15,5	29,1	51,6	1713
Meiner Meinung nach sind die islamischen Glaubensrichtungen sehr ähnlich.	4,1	23,5	44,4	28	1517
Unterstellte Segregationsneigung					
Die Mehrheit der Muslime hält große Distanz zur restlichen Bevölkerung.	4,4	28,3	37,1	30,2	1668
Viele Muslime in Deutschland wollen lieber unter sich bleiben.	3,8	15,9	41,1	38,9	1704
Unterstellte Sympathien für Terroristen					
Die islamistischen Terroristen finden starken Rückhalt bei den Muslimen.	4,9	34,9	32	28,2	1595
Die islamistischen Terroristen werden von vielen Muslimen als Helden verehrt.	6,0	29,5	31,5	32,9	1613

Die AutorInnen der Studie stellen fest, dass diese geringe Differenzierungskompetenz mit der Ansicht zusammenhängt, dass sich MuslimInnen nicht oder kaum von islamistischen Terroristen distanzieren würden.⁶⁰ 60 % der Befragten stimmten der Aussage zu, dass islamistische Terroristen starken Rückhalt unter den MuslimInnen

⁵⁹ Quelle: Leibold/Kühnel/Heitmeyer, 2006 S. 5

⁶⁰ Ebd., S. 5

fänden. Noch größer mit 64 % ist der Anteil derjenigen, welche die Ansicht teilen, dass islamistische Terroristen von vielen MuslimInnen als Helden verehrt werden. Diese Aussagen bestätigen, wie MuslimInnen in Deutschland wahrgenommen werden und zeigen Parallelen mit der Darstellung von MuslimInnen in den Medien auf. Anders ausgedrückt: Die mediale Vorverurteilung von MuslimInnen beeinflusst die Sichtweise der Menschen. Die Gleichsetzung des Islams mit Gewalt und Fanatismus oder von MuslimInnen als potentielle Terroristen führen unter der deutschen Mehrheitsbevölkerung zu Argwohn und Misstrauen gegenüber den muslimischen Minderheiten. Zum Beispiel stimmten laut einer Studie des Allensbach-Instituts 46 % der Befragten der Aussage zu: „Es leben ja so viele Muslime bei uns in Deutschland. Manchmal habe ich direkt Angst, ob darunter nicht auch viele Terroristen sind.“⁶¹

Das distanzierende Verhalten gegenüber MuslimInnen wurde in der GMF-Survey-Studie 2003 anhand der Befragung zu zwei Aussagen ermittelt: „Bei Personen muslimischen Glaubens bin ich misstrauischer“ (Zustimmung bei 34 %) und „Ich hätte Probleme, in eine Gegend zu ziehen, in der viele Moslems leben“ (51 %). Letztere Aussage verdeutlicht nicht nur die geographische Abgrenzung zu Gegenden mit höherem Anteil an MuslimInnen, sondern zeigt auch eine tendenziell hohe soziale Distanz der deutschen Mehrheitsbevölkerung zu MuslimInnen. Diese Distanz steht im Zusammenhang mit Islamophobie.

Die AutorInnen weisen jedoch auch darauf hin, dass ein Grund für eine solche Einstellung auch das Wissen über die veraltete Infrastruktur und die schlecht ausgestatteten Wohnungen in diesen Gebieten sein könnte.⁶²

In einer 2007 wieder vom GMF-Survey durchgeführten Studie wurden noch weitere Entwicklungen festgestellt. Zum Beispiel stimmten hier 29 %, also fast ein Drittel der Befragten, der Aussage zu, dass die Zuwanderung der Muslimen nach Deutschland untersagt werden sollte. Dieser Wert lag 2005 noch bei 24 %. Eine Übereinstimmung von islamischen und westlichen Wertvorstellungen hält die Mehrheit der deutschen Bevölkerung für nicht möglich. 61 % der Befragten lehnen die Aussage ab, dass sich

⁶¹<http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc~E895DAe9FACE04C538B809F843A118A8C~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (12.02.2009)

⁶² Leibold/Kühnel, 2003 S. 103f

islamische und west-europäische Wertvorstellungen miteinander vereinbaren ließen.⁶³ Diese zunehmende Meinung der Unmöglichkeit einer Vereinbarung zwischen islamischer und westlicher Kultur behindert auf beiden Seiten ein friedliches Zusammenleben.

Die Ergebnisse der Allensbach-Umfrage, die 2004 in der Frankfurter Allgemeine Zeitung veröffentlicht wurden, zeigen deutlich die Einstellung der deutschen Bevölkerung gegenüber dem Islam. Auf die Frage: „Wenn Sie das Wort „Islam“ hören, woran denken Sie?“, antworteten 93% der Befragten mit „Unterdrückung der Frau“. An zweiter Stelle steht „Terror“ mit 82 %. Weitere Antworten waren: fanatisch, radikal (70 %), rückwärtsgewandt (66 %).⁶⁴ (Siehe Tabelle 3)

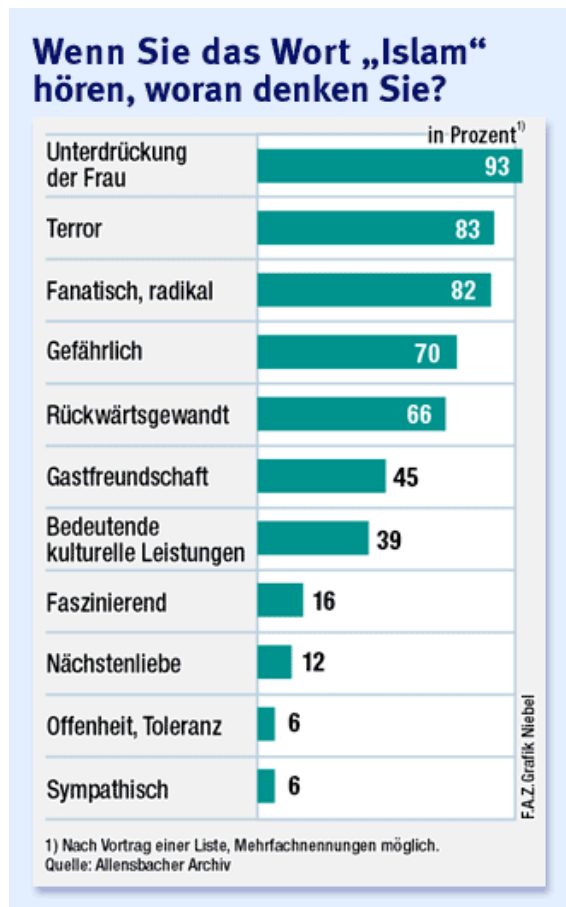
Dabei muss auf die Fragestellung geachtet werden. Es geht hier nicht um die Angst vor dem islamistischen Terrorismus, sondern um die Angst vor dem Islam. Die Ursachen der Konflikte im Nahen- Osten, im Irak und auch die terroristischen Angriffe in den USA, London, Madrid, Istanbul usw. werden in der islamischen Kultur gesucht. Gewalttaten, die im Namen des Islams von Terroristen verübt werden, werden als Kern des Islams betrachtet und deshalb wird der Islam selbst für den Terrorismus verantwortlich gemacht.

⁶³ Leibold/Kühnel, 2008 S. 101f

⁶⁴ vgl.

<http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc~E895DAE9FACE04C538B809F843A118A8C~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (23.03.2009)

Tabelle 3.⁶⁵



Die dokumentierten Vorurteile und Klischees erschweren Versuche eines friedlichen Miteinanderlebens von muslimischer Minderheit und Mehrheitsbevölkerung. In dieser Ablehnung von MuslimInnen innerhalb der westlichen Gesellschaft spiegelt sich die tendenzielle Haltung, die gegen den Islam insgesamt eingenommen wird. Laut einer 2006 von der FAZ veröffentlichten Umfrage findet die Mehrheit der deutschen Bevölkerung, dass ein friedliches Zusammenleben mit der islamischen Welt auf Dauer unmöglich sein wird. Auf die Frage: „Was meinen Sie: Können Christentum und Islam friedlich nebeneinander existieren, oder sind diese Religionen zu verschieden, wird es deshalb immer wieder zu schweren Konflikten kommen?“ antworteten 61 %, dass es immer wieder Konflikte zwischen Islam und dem Christentum geben werde.⁶⁶

⁶⁵ Noelle, Elisabeth in:
<http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc~E895DAE9FACE04C538B809F843A118A8C~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (25.01.2009)

⁶⁶ Noelle/ Petertsen
<http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc~E2D1CB6E9AA1045B291A1FC21272D467D~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (26.01.2009)

Im Vergleich zu der 2004 veröffentlichten Umfrage hat 2006 die negative Einstellung gegenüber dem Islam noch zugenommen. Im Jahre 2006 antworteten 91 % der Befragten auf die Frage: „Wenn Sie das Wort „Islam“ hören, woran denken Sie?“ mit „Benachteiligung der Frauen“. 2004 lag dieser Wert bei 85 %. Der Islam sei von Fanatismus geprägt (83 %) und rückwärtsgewandt (62 %).⁶⁷ Wenn man die Fragestellung beachtet, geht es nicht um radikalen Islamismus, sondern um eine gesamte Religion, zu der sich mehr als eine Milliarde Menschen bekennen.

Es gibt keine oder nur wenige entsprechende Daten aus Österreich. Hier besteht eine Forschungslücke, die es beinahe verunmöglicht, das Ausmaß der Islamophobie in der österreichischen Gesellschaft zu bewerten. Jedoch belegt eine Meinungsumfrage in der Tageszeitung „Österreich“, dass es auch in Österreich negative Einstellungen gegen den Islam gibt. 57 % der Befragten stimmten der Aussage zu, dass „der Islam auf Dauer unsere abendländischen Werte gefährdet“.⁶⁸

In Österreich sammelt ZARA (Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit) Informationen über rassistische Vorkommnisse in Österreich. In den jährlich erscheinenden Berichten werden rassistische Fälle dokumentiert, die bezogen auf Islamfeindlichkeit von diskriminierenden Meldungen über das Beschimpfen von MuslimInnen bis zu gewalttätigen Übergriffen reichen.

Einige Beispiele aus den Jahresberichten 2006 und 2007, die über Diskriminierungen gegenüber MuslimInnen berichten, sollen hier exemplarisch angeführt werden:

- „Frau C., eine junge Muslimin, fährt im Juni zu Mittag mit der Wiener U-Bahn und steigt bei der Station Ottakring aus. Plötzlich ergreift sie jemand an ihrem Kopftuch und versucht, es ihr herunterzuziehen. Als sie sich umdreht, sieht sie einen etwa 30-jährigen Mann davonlaufen“.⁶⁹

- „Frau U., eine Kopftuch tragende Türkin, hat im August mit ihrer Tochter einen Termin bei einem Gesundheitszentrum auf der Wiener Mariahilfer Straße. Nach dem

⁶⁷ ebd. (26.01.2009)

⁶⁸ http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20070922_OTs0054 (12.02.2009)

⁶⁹ Zara Rasismus Report 2007, S. 19

Behandlungstermin steht sie im Eingangsbereich, um eine Zigarette zu rauchen, als sie plötzlich von einer Frau angerempelt wird. Ohne sich zu entschuldigen, geht die Frau weiter, kehrt jedoch kurze Zeit später wieder zurück, packt Frau U. an den Händen und versucht, ihr das Kopftuch herunterzureißen. Dabei beschimpft sie Frau U. rassistisch und islamfeindlich.“⁷⁰

- „Herr G. berichtet per E-Mail, dass er an einem Sonntag in Graz Zeuge einer Straßenszene wurde. Er beobachtet, wie nach dem „Aufsteirern“-Fest drei gut angezogene, leicht betrunkene Männer und eine Frau eine vor ihnen gehende Frau mit Kinderwagen und zwei kleinen Kinder beschimpfen. Sie schreien die Frau, die ein Kopftuch trägt, an: „Ihr lebt auf unsere Kosten, schleicht’s euch heim, du Islam-Drecksau.“ Die schimpfende Frau droht der Muslimin sogar, sie zu töten.“⁷¹

- „Frau Ö. ist in der Türkei geboren, lebt in Kärnten und hat soeben ihr Medizinstudium abgeschlossen. Eine Freundin vermittelt ihr eine Stelle bei einem praktischen Arzt. Sie kommt zu einem Vorstellungsgespräch mit dem Arzt und seiner Frau, die ebenfalls Ärztin ist. Herr Dr. T. verlässt für kurze Zeit das Zimmer. Frau Dr. T. schaut die Bewerbungsunterlagen von Frau Ö. durch, sieht, dass diese in der Türkei geboren ist und fragt sie nach ihrer Religion. Frau Ö. antwortet, sie sei Muslimin. Herr Dr. T. kommt nun auch dazu, er möchte gerne mit ihr über Arbeitszeiten und Gehalt sprechen, doch seine Frau unterbricht ihn. Sie könne Frau Ö. als Muslimin nicht akzeptieren. Frau Ö. ist fassungslos und fragt, was ihre Religion denn mit der Arbeitsstelle zu tun habe. Frau Dr. T. sagt, sie dulde muslimische Frauen in Österreich nicht, denn der Islam würde Frauen unterdrücken.“⁷²

⁷⁰ Ebd. S.19

⁷¹ Zara Rassismus Report, 2006 S. 10f

⁷² Ebd. S.39

4. Anti-Islamismus

Wie im letzten Kapitel bereits betont wurde, ist es wichtig, zwischen Islamophobie und Anti-Islamismus zu unterscheiden, vor allem um die Entwicklung der Islamophobie in den westlichen Gesellschaften zu verstehen. Im Anschluss wird daher kurz die Ära nach dem Ende des Kalten Kriegs beschrieben.

Canatan beschreibt den Anti-Islamismus als systematisch organisierte Handlung von ideologischen Gruppierungen und politischen AkteurInnen. Diesen gehe es nicht um eine Kritik am Islam, sondern um eine ganz bewusste negative Pauschalisierung der MuslimInnen und ihrer Religion. Die Interpretation des Islams als eine gewalttätige Religion, die als eine Bedrohung für die westlichen Gesellschaften dargestellt wird, führt in der Öffentlichkeit zu Angst und Diskriminierung gegenüber MuslimInnen. In diesem Sinne, so Canatan, sei Islamophobie ein Resultat des Anti-Islamismus und Islamophobie wäre nicht so weit verbreitet, wenn nicht zuvor der Anti-Islamismus die Angst vor dem Islam geschürt und muslimfeindliche Einstellungen verbreitet hätte.⁷³ Die Verschiedenheit und Vielfalt der Kulturen in islamischen Ländern werden dabei übersehen. Der Fokus wird auf die Ideologie der radikal-islamistischen Gruppen gerichtet, die als repräsentativ für die ganze islamische Welt dargestellt werden. Der Islam wird als Hauptmotiv dieser Gruppen identifiziert und deshalb die Ideologie von politischen Bewegungen und extremistischen Gruppen in den islamischen Ländern mit dem Islam gleichgesetzt.

Negativschlagzeilen wie „Islam auf dem Vormarsch“, „Terroristen unter uns“, usw. waren in den letzten Jahren sehr verbreitet. Insbesondere seit der islamischen Revolution im Iran wird der Islam vor allem von rechtsradikalen Parteien **und** deren Medien als eine Gefahr für den Westen dargestellt. Die Revolution im Iran war eines der wichtigsten Ereignisse in den letzten Jahrzehnten, die das Islambild in Europa nachhaltig beeinflusst haben. Diese Revolution hat nicht nur das politische System im Iran geändert, sondern auch die Kluft zwischen dem Westen und dem Islam verschärft. Die Islamische Republik wurde seither als politische und kulturelle Antithese zum

⁷³ Canatan, 2007 S. 43 und S.59

Westen wahrgenommen.⁷⁴ So wurde die Revolution als ein Aufstand gegen die Moderne interpretiert, weil die muslimische Kultur wegen ihrer Traditionalität und Rückständigkeit nicht mit den westlichen Werten vereinbar sei.⁷⁵

Diese Wahrnehmung der islamischen Revolution im Iran als Antithese des Westens hat ein Bedrohungsszenario konstruiert, das mit der Angst vor einem potenziellen Export der Revolution zusammenhängt. Vor allem von Seiten der USA wurde die iranische Revolution als strategische Niederlage gewertet. Der Regimewechsel im Iran und der sowjetische Aufmarsch in Afghanistan riefen Befürchtungen hervor, in diesen Regionen entscheidend an Einfluss zu verlieren.⁷⁶

Als Erklärung für die Entwicklungen der islamischen Länder in den darauf folgenden Jahren wurde verstärkt der Islam selbst als Grund für Aggressivität und Gewalt dargestellt. Darauf weist auch Schulze in Bezug auf den Kuwait-Krieg (manchmal auch zweiter Golfkrieg oder erster Irakkrieg genannt) hin:

„Der Islam wirkt sich so gleich zweifach aus: für die Apologeten des Krieges erscheint er als Urgrund der Aggressivität nahöstlicher arabischer Gesellschaften; für die Kriegsoppositionen stellt er implizit ein Hinderungsgrund für die Identifikation mit dem >>Opfer<< der Aggression dar.“⁷⁷

So gesehen war der Kuwait-Krieg kein Krieg gegen den Irak, so Schulze, sondern gegen einen islamischen Despoten,⁷⁸ weil Saddam Hussein den Krieg gegen Kuwait mit islamischen Parolen rechtfertigte, obwohl dies in den islamischen Gesellschaften selbst anders wahrgenommen wurde. Schulze kommentierte die westliche Wahrnehmung des Konflikts folgendermaßen: „Aus dem Osten wurde der Orient, aus dem Kommunismus der Islam, aus Stalin Saddam Hussein.“⁷⁹

⁷⁴ Hafez, 1997 S. 15

⁷⁵ Schulze, 1991 S. 214

⁷⁶ Fürtig, 1997 S. 184

⁷⁷ Schulze, 1991 . S. 208

⁷⁸ ebd. 209

⁷⁹ ebd. 210

4.1. Das Ende des Kalten Krieges

Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung des Warschauer Pakts wurde eine Ära beendet, die die Welt fast 50 Jahre lang in zwei Lager geteilt hatte. Auf der einen Seite nahm der Westen für sich in Anspruch, modern, frei und liberal zu sein und demokratische Werte zu vertreten. Auf der anderen Seite stand die Sowjetunion, die im Westen als barbarisch, despotisch und bedrohlich für die freie Welt – also für den Westen – dargestellt wurde:

„Während des Kalten Krieges sprach man von Ost und West, zwei gegensätzliche Pole, die um die Weltherrschaft rangen. Im Osten der Totalitarismus, im Westen die Demokratie. Im Okzident die Zivilisation, im Orient die Barbarei.“⁸⁰

Aber nach dem Ende des Kalten Krieges, als die Welt von der angeblichen sowjetischen Bedrohung befreit wurde und die Hegemonie des westlichen Demokratiemodells besiegelt war, war eine radikale Veränderung in der Wahrnehmung des Islams zu bemerken. In der Öffentlichkeit der westlichen Länder wurde jetzt die ständige Gefahr der islamischen Bedrohung verbreitet.⁸¹ Bereits 1991 schrieb der Islamwissenschaftler Reinhard Schulze, dass nach dem Ende des Kalten Krieges ein neues Feindbild konstruiert wurde:

"Folglich bedeutete der Zusammenbruch des Ost-West-Systems 1989/90 einen tiefen Einschnitt in die Selbstlegitimation. Fehlte nun das 'Andere' als Projektionsfläche für die faktische Antithese in der eigenen Gesellschaft, drohte ein Defizit, ja eine Lücke in der Beschreibung des 'Wir'. Der Kuwait-Krieg, der propagandistisch schon seit Ende August 1990 geführt wurde, konnte innerhalb kürzester Zeit diese Lücke wieder schließen.(...) Der Islam wurde als Prinzip des Orients ausgemacht, als Bewahrheitung des irrationalen, gegenaufklärerischen Fundamentalismus, als Universalie, die nicht nur Ideologie ist, sondern allumfassend Gesellschaft, Kultur, Staat und Politik beherrschen will. Der Islam wird nun nicht nur als ideologische Antithese begriffen, sondern als gesamtkulturelle Antithese zum Westen und seiner universalistischen Identität.

⁸⁰ Corm, 2004 S. 29

⁸¹ Walter, 2008 S. 46

Der Islam gerät so zur Begründung des Gegen-Westens, zur Gegen-Moderne, ja zur Gegen-Zivilisation."⁸²

Während des Kalten Krieges wurde eine bipolare Weltordnung geschaffen, die von beiden Seiten als Rechtfertigung für Militarisierung und Aufrüstung genutzt wurde. Mit dem Ende des Kalten Krieges wurde im Westen ein neues Feindbild benötigt, das zeitgleich mit dem 2. Golfkrieg medial aufgebaut und als neues Erklärungsmuster einer globalen Bedrohung herangezogen wurde.⁸³ Dieses neue Bedrohungsmuster für den Westen konnte auf den bereits vorhandene Vorurteilen und antiislamischen Klischees aufbauen und sich so in kurzer Zeit in den westlichen Ländern verbreiten. Bereits 1988 machte der damalige NATO-Oberbefehlshaber John Galvin in seiner Abschiedsrede in Brüssel deutlich, was den Westen nach dem Ende des Kalten Kriegs in Zukunft bedrohen würde:

„Den Kalten Krieg haben wir gewonnen. Nach einer siebzigjährigen Verirrung kommen wir nun zur eigentlichen Konfliktachse der letzten 1300 Jahre zurück: Das ist die große Auseinandersetzung mit dem Islam.“⁸⁴

Nach Galvin stellt also der Islam, den er seit seiner Entwicklung als die eigentliche Bedrohung für den Westen sieht, und nicht etwa der radikale Islamismus, ein Feindbild dar. Eine ähnliche Aussage kam auch vom damaligen NATO-Generalsekretär Willy Claes. Er erklärte in einem Interview mit der englischen Zeitung „The Independent“, dass der islamische Fundamentalismus möglicherweise eine größere Bedrohung darstellen würde, als dies beim Kommunismus der Fall war.⁸⁵ Diese konkrete Aussage war vor allem deshalb von Bedeutung, weil sie von einer der offiziell höchstdekorierten Persönlichkeiten der NATO geäußert wurde. Die NATO (North Atlantic Treaty Organization) wurde im Jahre 1949 von den westlichen Mächten eigentlich ausschließlich dafür gegründet, um den Kommunismus und eine potentielle sowjetische Expansion zu bekämpfen. Nachdem die Sowjetunion zusammengebrochen war, verloren der Westen und die NATO unvorbereitet ihren Feind und zugleich ein Feindbild, das jahrelang die Identität des Westens bestimmt hatte. Durch die neuen

⁸² Schulze, 1991 S. 210,

⁸³ Ruf, 2007 S.1

⁸⁴ Galvin, John zit. Nach Naumann 2006 S. 2

⁸⁵ Ruf, 2007 S. 5

Bedrohungsszenarien wurde die verlorene Legitimationsbasis der NATO durch die Einführung des erweiterten Sicherheitsbegriffs wiederhergestellt.⁸⁶ Auch Ruf weist auf den Bedarf eines neuen Feindbildes nach dem Verschwinden der jahrzehntelang beschworenen „kommunistischen Gefahr“ hin:

„Die Herstellung der Identität bedarf der Abgrenzung des „Wir“ von den „Anderen“. (...) So benötigt das „Wir“ die „Anderen“ als Projektionsfläche für die eigene Identitätsstiftung.“⁸⁷

Als „neue Risiken“ definierte Bedrohungsszenarien dienten vor allem der Legitimation der weiteren Aufrüstung, statt sich wie der Warschauer Pakt aufzulösen. Auch auf politischer Ebene setzte sich der neue Sicherheitsdiskurs durch. So wurde zum Beispiel im französischen Verteidigungsweißbuch von 1994 festgestellt,

„[...]dass] der islamische Extremismus (...) ohne Frage die beunruhigendste Bedrohung dar[stellt]. (...) Er nimmt oft den Platz ein, den der Kommunismus innehatte als Widerstandsform gegen die westliche Welt.“⁸⁸

Auf diese Tendenz, die nach dem Ende des Kalten Krieges den Islam als bedrohliche antiwestliche Ideologie darstellt, weist Judith Miller in einem Artikel im „The New York Times Magazine“ hin:

„Der Westen tendiert dazu, die wachsende politische Beliebtheit des Islams als gefährlich, monolithisch und neu zu betrachten. (...) Der Aufstieg des militanten Islams hat eine heftige Debatte darüber ausgelöst, ob und was der Westen dagegen unternehmen sollte. Einige amerikanische Beamte und Kommentatoren haben den militanten Islam schon dazu ausersehen, zum neuen Feind des Westens zu werden, der genauso eingedämmt werden muss wie der Kommunismus während des Kalten Krieges.“⁸⁹

⁸⁶ Ruf, Werner in:

<http://www.gangway.de/~upload/gangway/pdf/Werner%20Ruf.Der%20Islam%20die%20neue%20Bedrohung.pdf> (08.02.2009)

⁸⁷ Ruf, 2005 S. 1

⁸⁸ Zit.nach Ruf, 2007 S. 5

⁸⁹ Miller, Judith Zit. nach: Hippler, 2002 S. 166

Skenderovic fasst die Äußerungen zusammen, die in den westlichen Ländern seit Anfang der 1980er Jahre vor einer islamischen Gefahr gewarnt haben. Die angeführten Beispiele zeigen die Kontinuität dieser Tendenz auf. In den 1980er Jahren warnte etwa die Front National (französische rechtsextreme Partei) vor der expansiven Natur des Islams und der muslimischen MigrantInnen, die beabsichtigen würden, Frankreich ihre Werte aufzwingen und eine islamische Republik zu errichten. Gegen Ende dieses Jahrzehnts forderte Mogens Glistrup, der Leader der dänischen Fortschrittspartei, dass Dänemark eine „muslimfreie Zone“ werden sollte. Der Parteichef der norwegischen Fortschrittspartei, Carl Hagen, verlangte zu Beginn der 1990er Jahre die Schließung der Grenzen für MigrantInnen aus islamischen Ländern. Er warnte ebenfalls davor, dass Norwegen Gefahr laufe, ein muslimischer Staat zu werden, wenn die Grenzen nicht geschlossen werden würden.⁹⁰

Ständig wurde wiederholt, dass die Immigration aus den islamischen Ländern eine Islamisierung Europas bedeuten und eine Gefahr für das Abendland darstellen könnte. Auch von den Schweizer Demokraten wurde regelmäßig vor einer Islamisierung Europas gewarnt. „Der Vormarsch des Islams“ war der Titel eines Artikels, der in ihrem Parteiorgan publiziert wurde. Die Gefahr sei so groß, dass „jede Einschleusung von Musulmanen [sic] ein bewusster geplanter Angriff auf unsere europäisch-christliche und schweizerische Eigenständigkeit sei“.⁹¹ Solche Verschwörungstheorien und Bedrohungsszenarien im innen- und außenpolitischen Diskurs führten/führen in den vergangenen Jahrzehnten zu einer Verschlechterung des Islambilds und der Wahrnehmung von MuslimInnen in der westlichen Gesellschaft, was schließlich zur Verbreitung der Islamophobie führte.

4.2. Kampf der Kulturen

Der wissenschaftliche und theoretische Hintergrund dieser neuen Konflikte und der neuen Weltordnung wurde unter anderem vom amerikanischen Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington, der auch als Berater des US- Außenministeriums in der Regierung Reagans tätig war, mitbegründet.

⁹⁰ Skenderovic, S. 90

⁹¹ Zit von : Skenderovic S. 91

Er behauptete in seinem berühmten Aufsatz „The Clash of Civilizations“, der 1993 in der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs“ veröffentlicht wurde, dass die Kriege im 21. Jahrhundert nicht mehr zwischen Staaten oder Ideologien, sondern zwischen Zivilisationen stattfinden würden:

„It is my hypothesis that the fundamental source of conflict in this new world will not be primarily ideological or primarily economic. The great divisions among humankind and the domination source of conflict will be cultural. Nation states will remain the most powerful actors in world affairs, but the principal conflicts of global politics will occur between nations and groups of different civilizations. The clash of civilizations will dominate global politics. The fault lines between civilizations will be the battle lines of the future.“⁹²

Nach Huntington gibt es in der Welt sieben oder acht große Zivilisationen, („Western, Confucian, Japanese, Islamic, Hindu, Slavic-Orthodox, Latin American and possibly African civilization“)⁹³, zwischen denen die Konflikte der Zukunft ausgetragen werden würden.

Huntington zufolge bestehen grundlegende Unterschiede zwischen den angeführten Kulturen, die vor allem religiös definiert seien. Dagegen sei die westliche Zivilisation durch: „individualism, liberalism, constitutionalism, human rights, equality, liberty, the rule of law, democracy, free markets, the separation of church and state“ definiert.⁹⁴ Während er die westliche Kultur mit diesen positiven Merkmalen definierte, schrieb er gleichzeitig, dass die Demokratiedefizite in islamischen Staaten in der islamischen Kultur an sich begründet wären.

„Die islamische Kultur erklärt zu einem großen Teil, warum die Demokratie in weiten Teilen der muslimischen Welt nicht Fuß fassen kann.“⁹⁵

Huntington versuchte, die Überlegenheit der westlichen Kultur mit ihrer angeblichen Einzigartigkeit zu begründen. Über deren wertvolle Leistungen und Errungenschaften

⁹² Huntington, P. Samuel Zit. nach: Caglar, 2002 S. 18

⁹³ Ebd. Zit. Nach: Caglar, 2002 S. 20

⁹⁴ Ebd. Zit. Nach: Caglar, 2002 S. 20

⁹⁵ Huntington, 1998 S. 28

würden andere Kulturen laut Huntington nicht verfügen. Werner Ruf kritisierte diese Sichtweise von Huntington als Rassismus: „Dies ist Rassismus, der das alte antisemitische Klischee auf ‚den Islam‘ projiziert, indem er nicht mehr ethnisch-biologisch, sondern kulturalistisch argumentiert.“⁹⁶

Die These von Huntington, die den Kampf der Zivilisationen für das 21. Jahrhundert voraussieht, wurde von vielen politischen Vertretern übernommen. So sagte zum Beispiel 2004 der damalige Bundesinnenminister Deutschlands, Otto Schily, in einem Spiegel-Interview:

„Wir befinden uns in einem grundlegenden zivilisatorischen Konflikt, der zwischen einem teils extremistischen, muslimischen Fundamentalismus auf der einen Seite und einer westlichen Lebenswelt auf der anderen Seite ausgetragen wird, die als dekadent und verderbt empfunden wird.“⁹⁷

4.3. Der 11. September: Die Globalisierung des Feindbilds Islams

Nichts hat den Islamdiskurs der letzten Jahrzehnte in der westlichen Öffentlichkeit so geprägt wie die terroristischen Anschläge des 11. Septembers 2001. Die Beziehungen zwischen dem Islam und dem Westen sind damit in eine neue Phase eingetreten. Die Attentate wurden als genereller Angriff gegen die westliche Zivilisation interpretiert, der von einem homogenen, gewalttätigen Islam ausgehen würde. Obwohl es gegenüber dem Islam und muslimischen Menschen schon lange vorher rassistische Ressentiments gab, stellt der 11. September einen Wendepunkt des Anti-Islamismus dar, der die islamische Gefahr durch die Gleichsetzung von Islam und Gewalt legitimiert und als Beweis für das im Westen bereits etablierte Bedrohungsgefühl anführt.⁹⁸ Seit dem 11. September wird der Islam immer stärker in einen Kontext mit Terrorismus gestellt.

Bis dahin war die Islamophobie in den westlichen Gesellschaften nicht so stark verbreitet, obwohl bedingt durch die antiislamische Berichterstattung zumindest seit

⁹⁶ Ruf, 2007 S. 6

⁹⁷ <http://www.spiegel.de/spiegelspecial/0,1518,307508,00.html> (14.02.2009)

⁹⁸ Einige Studien bestätigen, dass eine negative Islambild schon vor dem 11. September existierten. Wie zum Beispiel: Hafez, 2000, S. 5 Schiffer, 2005 S. 44

Anfang der 1980er Jahre eine negative Kampagne gegen den Islam geführt wurde. Durch die Anschläge, die vermeintlich im Namen des Islams verübt wurden, ist die von antiislamischen Gruppen ständig behauptete Bedrohung durch den Islam bestätigt worden.⁹⁹ So wurde danach der Islam oft mit Fundamentalismus, Gewalt und Terrorismus auf eine Stufe gestellt. Darauf weist auch Werner Ruf hin:

„... in nur anderthalb Jahrzehnten ist es gelungen, nicht nur den Islam zu einem neuen und affektiv hoch besetzten Feindbild zu machen, es ist auch gelungen, ihn mit dem Begriff des Terrorismus zu assoziieren, ja oftmals gleichzusetzen.“¹⁰⁰

Diese Sichtweise, den Islam als gefährliche Religion zu betrachten, hat sich nach den Anschlägen innerhalb kurzer Zeit sehr stark verbreitet. Dafür waren nicht zuletzt die Äußerungen westlicher PolitikerInnen entscheidend gewesen. Zum Beispiel erklärte der damalige italienische Ministerpräsident Berlusconi zwei Tage nach den Anschlägen:

„Wir müssen uns der Überlegenheit unserer Zivilisation (...) eines Wertesystems bewusst sein, das allen Ländern, die sich zu ihm bekannt haben, eine breite Wohlfahrt gebracht hat und die den Respekt der Menschenrechte und der Religionsfreiheit garantiert. Diesen Respekt gibt es mit Sicherheit nicht in den islamischen Ländern.“ ... Aufgrund der „Überlegenheit der westlichen Werte“ haben diese „neue Völker erobert, ... wie dies bereits mit der kommunistischen Welt geschah und einem Teil der islamischen Welt, aber leider ist ein Teil derselben 1400 Jahre zurückgeblieben. Deshalb müssen wir uns der Macht und der Kraft unserer Zivilisation bewusst sein.“¹⁰¹

Somit ist der Islam gleichzeitig zur globalen Gefahr wie auch zum inneren Feind erklärt worden. Indem die Attentate zur Bestätigung bereits bestehender Vorurteile und Bedrohungsszenarien herangezogen wurden, richteten sich diese feindlichen Gefühle nicht nur gegen radikale, bzw. extremistische Islamisten, sondern gegen den Islam an sich.

⁹⁹ Canatan, 2007 S. 52

¹⁰⁰ Ruf, 2007 S. 8

¹⁰¹ Berlusconi, Silvio, zit. nach : Ruf, Werner in URL: http://www.frieden.uni-kiel.de/download_files/ruf2.pdf (09.02.2009)

4.4. Der offizielle Islamdiskurs

Im Jahr 2007 warnte der damalige Bundesinnenminister Deutschlands, Wolfgang Schäuble, in einem Interview vor EuropäerInnen, die zum Islam konvertierten:

„Auch hat die wachsende Zahl von Menschen, die [...] zum Islam konvertieren, durchaus etwas Bedrohliches. Ich sage natürlich nicht, dass jeder Konvertit ein potenzieller Terrorist ist. Aber man muss sehen, es wächst bei uns das Phänomen des home-grown terrorism, des Terrorismus, der gewissermaßen auf unserem eigenen Mist gewachsen ist.“¹⁰²

Die Menschen, die in Europa geboren wurden und in einem Kulturraum aufgewachsen sind, der mit demokratischen und aufgeklärten Werten gleichgesetzt wird, werden allein durch ihren Religionsübertritt zur Bedrohung erklärt. Diese Aussage von Schäuble veranschaulicht, wie der Islam im Westen wahrgenommen wird und zeigt die negative Einstellung gegenüber MuslimInnen. Diese Pauschalisierung, die den Islam unmittelbar mit Terrorismus gleichsetzt, hat sich besonders nach dem 11. September verbreitet.

Fukuyama schrieb einen Monat nach dem 11. September, dass der Islam Terroristen wie Osama bin Laden produziere. Nach seiner Auffassung wäre der Islam die Grundlage, auf der ständig Terrorismus entstehen müsste:

„Islam, by contrast, is the only cultural system that seems regularly to produce people like Osama bin Laden or the Taliban who reject modernity lock, stock and barrel.“¹⁰³

Für manche wie den deutschen Orientalisten Hans-Peter Raddatz ist die Gewalt im Islam so inhärent, dass es schwer sei, sich den Islam ohne Gewalt vorzustellen. Er sagte in einem Interview mit der Zeitung „Die Weltwoche“:

¹⁰² <http://oraclesyndicate.twoday.net/stories/4448901/> (26.01.2009)

¹⁰³ <http://www.guardian.co.uk/world/2001/oct/11/afghanistan.terrorism30> (26.01.2009)

„Vereinfacht lässt sich sagen, ein Christ missbraucht seine Religion, wenn er Gewalt anwendet, und ein Muslim missbraucht seine Religion ebenso, wenn er Gewalt nicht anwendet.“¹⁰⁴

Die Mitarbeiter der Stiftung „Zentrum für Türkeistudien“ analysierten in der Studie „Pauschale Islamfeindlichkeit? Zur Wahrnehmung des Islams und zur sozio- kulturellen Teilhabe der Muslime in Deutschland“, wie sich der Diskurs über den Islam zwischen 2000 und 2004 geändert und sich auf das Zusammenleben von MuslimInnen und der Mehrheitsgesellschaft ausgewirkt hatte. Dabei wurde der offizielle Islamdiskurs anhand der Protokolle des Deutschen Bundestages ausgewertet. Der Offizielle Diskurs wurde als „der staatliche Diskurs, der Diskurs der Institutionen Parlament, Regierung, Universität, die sogenannten ‚objektivierenden Subjekte‘, die über die Macht verfügen, zu nominieren“¹⁰⁵ definiert. Diese Studie war sehr wichtig, weil darin gezeigt wurde, wie und in welchem Kontext der Islam in politischen Bereichen (hier im deutschen Parlament) diskutiert wird und auf welche Weise sich dieser Diskurs nach dem 11. September verändert hat.

Über zwei untersuchte Zeiträume (von September 2000 bis September 2001 und von September 2003 bis September 2004) wurden die Protokolle des Deutschen Bundestages ausgewertet. In 48 von 69 Parlamentsdebatten wurden im ersten Zeitraum die Themen „Islam, Muslime, Leitkultur, Kopftuch, Religion, Zuwanderung und Migration“ besprochen, wobei auf den Islam und die MuslimInnen im Konkreten nur in 15 Parlamentsdebatten eingegangen wurde.¹⁰⁶

Im ersten untersuchten Zeitraum, wie in Tabelle 4 gesehen werden kann, wurden an erster Stelle allgemeine Aussagen über Diskriminierung aufgrund der Religion (17,85%) abgegeben, während an zweiter Stelle zum Dialog mit dem Islam (9,1 %) aufgerufen wurde. Häufig betonten die Abgeordneten auch, dass die deutsche Gesellschaft bei der Integration der MuslimInnen einiges versäumt hätte (9,1 %). Wichtig war vor allem die Feststellung, dass der Islam nicht die Ursache für den Extremismus sei (6,2 %). Erst an fünfter Stelle wurden (einzelne) MuslimInnen in Verbindung mit Terrorismus gebracht,

¹⁰⁴ <http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2004-16/artikel-2004-16-islam-bedeutet-frieden-unfug.html> (26.01.2009)

¹⁰⁵ Halm/ Liakova/Yetik, 2007 S. 14

¹⁰⁶ ebd. S 21

jedoch nicht in einen unmittelbaren Zusammenhang gestellt.¹⁰⁷ An elfter Stelle wurden Aussagen angeführt, die den Islam als Gefahr wahrnehmen (3,3 %). So kann während dem ersten untersuchten Zeitraum die Haltung gegenüber dem Islam noch als positiv gewertet werden, obwohl bereits negative Einstellungen gegenüber dem Islam und den MuslimInnen vorhanden waren. (Siehe Tabelle 4)

Tabelle 4: Rangliste der Items in den Bundestagsdebatten 2000-2001¹⁰⁸

Allgemeine Aussagen gegen Diskriminierung aufgrund der Religion	17,8%
Aufruf zu Dialog mit dem Islam, zu Prävention und Bildung	9,1%
Schuld der (deutschen) Gesellschaft an Desintegration der Muslime	9,1%
Islam nicht als Ursache, sondern als Legitimation für Extremismus	6,2%
Muslime als Terroristen	5,8%
Muslime als Opfer	5,8%
Nur wenige Muslime werden zu Terroristen	5,8%
Muslime sind anders im negativen Sinn	4,7%
Islam als geistige Bereicherung	4,0%
Der Islam als Teil der europäischen Identität	4,0%
Der Islam als Gefahr	3,3%
Aufruf zu Reformen in den islamischen Ländern	2,5%
Falsche Toleranz gegenüber Muslimen	2,2%
Notwendigkeit differenzierter Wahrnehmung des Islams/der Muslime	1,8%
Wachsende Bedeutung religiöser Konflikte	1,8%
Muslime sind gleichwertig in ihrer Andersartigkeit	1,5%
Die Muslime kapseln sich ab, fördern damit Konflikte und Desintegration	1,5%
Kritik an einer Stigmatisierung des Islams	1,5%
Muslimische Frauen als Opfer	1,5%
Menschenrechtsverletzungen im Islam	1,1%

¹⁰⁷ Ebd. S. 22

¹⁰⁸ Halm/Liakova/ Yetik, 2007 S. 33

Die zweite Untersuchung wurde zwei Jahre nach den Anschlägen des 11. Septembers durchgeführt und sollte darüber Aufschluss geben, wie sich der Diskurs seither entwickelt hat.

Tabelle 5: Rangliste der Items in den Bundestagsdebatten 2003-2004 ¹⁰⁹

Aufruf zu Dialog mit dem Islam, zu Prävention und Bildung	14,7%
Muslime als Terroristen	10,5%
Der Islam als Gefahr	7,7%
Nur wenige Muslime werden zu Terroristen	6,0%
Muslime sind antisemitisch eingestellt	5,0%
Allgemeine Aussagen gegen Diskriminierung aufgrund der Religion	4,7%
Falsche Toleranz gegenüber Muslimen	4,5%
Die Muslime kapseln sich ab, fördern damit Konflikte und Desintegration	2,5%
Menschenrechtsverletzungen im Islam	2,5%
Muslime sind anders im negativen Sinn	2,5%
Schuld der (deutschen) Gesellschaft an Desintegration der Muslime	1,7%
Aufruf zu Reformen in den islamischen Ländern	1,7%
Unvereinbarkeit von Islam und Demokratie	1,5%
Der Islam als Teil der europäischen Identität	1,5%
Menschenrechte und Islam in positiver Verbindung	1,5%
Muslimische Frauen als Opfer	1,5%
Allgemeine Verurteilung von Terrorismus	1,5%
Muslime als Opfer	1,5%
Unvereinbarkeit von Islam und westlichen Werten	1,5%
Beispiele desintegrierter Muslime	1,0%

Der zweite Zeitraum – 2003/2004 – zeigt eine deutliche Veränderung in den Debatten über den Islam. Im Vergleich zum ersten sprachen sich im zweiten Zeitraum zwar um 5,6% der Abgeordneten mehr für einen Dialog mit dem Islam aus (14,7%). Aber im Gegensatz zum ersten Zeitraum wurden nur mehr 4,7% „Allgemeine Aussagen gegen

¹⁰⁹ ebd. S.33

Diskriminierung aufgrund der Religion“ getroffen, die im ersten untersuchten Zeitraum noch 17,8% ausmachten und an erster Stelle der Wortmeldungen standen. Dafür erreichte nun die Darstellung von Muslimen als Terroristen bereits den zweiten Platz (10,5%). Auch gestiegen waren im zweiten Untersuchungsabschnitt die Aussagen, die auf den Islam als Gefahr hinweisen (7,7%), auch wenn an nächster Stelle betont wurde, dass nicht alle Muslime Terroristen seien (6,0%). Es ist in der Tabelle über den zweiten Zeitraum zu beachten, dass an fünfter Stelle der Islam mit Antisemitismus in Verbindung gebracht wurde, wobei diese Behauptung im ersten Zeitraum überhaupt nicht vorgekommen war (5,0%). Auch gestiegen war die Meinung der falschen Toleranz gegenüber Muslimen (4,5%).¹¹⁰ (Siehe Tabelle 6)

Tabelle 6: Das Islambild des Deutschen Bundestages 2000/2001 und 2003/2004¹¹¹

Item	2000/2001	2003/2004
Ausgrenzung	12,0	13,0
Betonung von Gefahr	9,4	24,4
Unvereinbarkeit von Islam und Westen	1,5	5,5
Gegendiskurs	73,8	50,1
Sonstiges/nicht zuzuweisen	3,3	7,0

Wie in Tabelle 6 deutlich gezeigt wird, kann für die untersuchten Zeiträume ein Anstieg der negativen Einstellung gegenüber dem Islam und den MuslimInnen beobachtet werden. Die These eines unmittelbaren Zusammenhangs zwischen Islam und Terrorismus stellte die wichtigste Veränderung dar. Außerdem ist auch die bereits angeführte Tatsache bemerkenswert, dass das Item allgemeiner Aussagen gegen Diskriminierung aufgrund der Religion sehr stark zurückgegangen war (17,8% im ersten Zeitraum gegenüber 4,7% im zweiten – siehe Tabellen 4 und 5).

¹¹⁰ Ebd. S. 22ff

¹¹¹ ebd. S. 24

Es wurde in der Studie auch anhand von zwei Zeitungen (WAZ und Spiegel) der inoffizielle Islamdiskurs in Deutschland untersucht, was in dieser Arbeit unter dem Kapitel „Islambild in den Medien“ näher analysiert wird. Die Autoren kamen zu dem Schluss, dass der Islam sowohl in den Medien als auch im politischen Diskurs als eine fremde Religion empfunden wurde. So wurde oft eine Verbindung zwischen MuslimInnen und bestimmten Bedrohungsszenarien aufgebaut. Diese islamfeindliche Tendenz gab es in einem gewissen Ausmaß schon vor dem 11. September, in diesem Sinne stellte der 11. September keinen Wendepunkt für das Zusammenleben zwischen MuslimInnen und der Mehrheitsgesellschaft dar. Die Islamfeindlichkeit, die einen Zusammenhang zwischen Islam und Terrorismus konstruiert, hatte sich schon lange vorher etabliert. Aber nach den Anschlägen stieg diese reduzierte Wahrnehmung von MuslimInnen als Terroristen. Allerdings wurde auch festgestellt, dass sowohl die Medien als auch die PolitikerInnen für den Dialog mit dem Islam eintraten.¹¹²

¹¹² Ebd. S.38

5. Der Islam in den Medien

Die durch die Medien konstruierte Realität beeinflusst unsere Wahrnehmung der Wirklichkeit. Lippman stellt fest, „dass alles, was der Mensch tut, nicht auf unmittelbarem und sicherem Wissen beruht, sondern auf Bildern, die er sich selber geschaffen oder die man ihm gegeben hat“.¹¹³

Die Macht der Medien bestimmt unser Bewusstsein von Gegenständen und beherrscht die mediale Realität, das allgemeine Bewusstsein und die öffentliche Meinung. In den Medien vorgefasste Meinungen, so Lippman, „beherrschen auf das stärkste den ganzen Vorgang der Wahrnehmung [...] Sie heben gewisse Gegenstände als vertraut oder fremdartig heraus, betonen den Unterschied, so dass das oberflächlich Vertraute als besonders vertraut, das leicht Fremde als völlig fremdartig erscheint.“¹¹⁴

Auch die öffentliche Wahrnehmung vom Islam und MuslimInnen ist stark von den durch die Medien transportierten Bildern von MuslimInnen bzw. der aktuellen Berichterstattung geprägt. Zwischen der historischen Aufarbeitung des Islams und der heutigen Darstellung von MuslimInnen in den Medien bestehen auffällige Parallelen. Die bereits vorhandenen Klischees und Vorurteile spielen bei der heutigen Repräsentation des Islams noch immer eine entscheidende Rolle. Dieses „Feindbild Islam“ wird in verschiedenen Kontexten aktualisiert. Wie Lueg formuliert, werden wir keine anderen Bilder über den Islam in den Köpfen haben, solange wir keine anderen Bilder sehen als die, die uns die Medien über den Islam zeigen.¹¹⁵

MuslimInnen werden in den Medien oft als homogene Masse dargestellt, von der die Errungenschaften des Westens bedroht würden. Dabei wird oft die Überlegenheit des Westens gegenüber dem Islam betont. Als Beweis dieser Überlegenheit wird die Aufklärung angeführt, die nach westlicher Auffassung in islamischen Kulturen nicht stattgefunden hätte, obwohl sich gerade dort viele Wurzeln der europäischen Aufklärung finden lassen. Die Menschenrechte werden als europäisches Produkt angeführt, das den islamischen Ländern unbekannt wäre. Als natürliche Folge dieser

¹¹³ Lippman, Walter zit. von: Wüst, 2003 S. 30

¹¹⁴ Ebd. S. 30

¹¹⁵ Lueg, 2002 S. 29

Sichtweise wird in der postkolonialen westlichen Aufarbeitung davon ausgegangen, dass der Islam Religions- und Meinungsfreiheit nicht kennt, die Menschenrechte verachtet und Gewalt rechtfertigen würde.¹¹⁶

Die Konstruktion der „Anderen“ und deren angeblicher kulturellen Unterlegenheit beruht auf einem Schwarz-Weiß-Weltbild, das Unterschiede und Differenz in den Vordergrund stellt. Jäger und Halm drücken es so aus:

„Es findet eine Schwarz-Weiß-Malerei statt, dergestalt, dass die schlechten Eigenschaften von Muslimen (und anderen Einwanderern) besonders betont werden, die guten Eigenschaften dagegen geleugnet, ignoriert oder abgeschwächt werden. Demgegenüber findet bei den ‚Eingeborenen‘ das Umgekehrte statt: ihre guten Eigenschaften werden besonders hervorgehoben, während ihre schlechten Eigenschaften verschwiegen, abgeschwächt oder verleugnet werden.“¹¹⁷

Einen wichtigen Beitrag zum Thema leistet die Forschung von Kommunikationswissenschaftler Kai Hafez, der die politische Dimension der Auslandberichterstattung untersucht. Er weist darauf hin, dass zwar das Interesse am Islam vor allem seit der iranischen Revolution stark gewachsen sei, dass aber dabei nahezu ausschließlich der politische Islam in den Vordergrund gerückt wird. Die Ergebnisse der Studie können folgendermaßen zusammengefasst werden:

Die religiösen Phänomene werden meistens in politischen Zusammenhängen gedeutet. Dagegen gelten politische Handlungen wie Unruhen und Revolutionen als religiös motiviert. Die islamische Pluralität wird ausgeblendet und das breite Spektrum verschiedener Strömungen des islamischen Denkens wird auf den radikalen Fundamentalismus reduziert. Die Verengung der medialen Aufmerksamkeit auf den radikalen Fundamentalismus führt zwangsläufig zu der Annahme, dass Islam und Extremismus eine Einheit darstellen. Hafez führt weiters an, dass durch die angenommene Bedrohung des Westens Ähnlichkeiten zwischen dem Islambild und der Wahrnehmung des Kommunismus während des Kalten Kriegs bestehen.¹¹⁸

¹¹⁶ ebd. S.24f

¹¹⁷ Jäger/Halm, 2007 S. 5

¹¹⁸ Hafez, 2002 S.300f

Er betont jedoch auch, dass die Wahrnehmungsmechanismen des Islambildes eine komplexe „Psycho-Logik“ aufweisen, die sich mit Kategorien wie „Stereotyp“ oder „Feindbild“ allein nicht erfassen lassen. Dieser Mechanismus werde erst durch eine Differenzierung des soziopsychologischen Theorienkomplexes erkennbar.¹¹⁹ Nach Hafez lassen die Grundzüge des medial vermittelten Islambildes folgende soziopsychologischen Konstruktionsprinzipien in der Wahrnehmung des Islams erkennen:

- Selektive Wahrnehmung und Pars-Pro-Toto- Denken: sehr begrenzte Teile der Realität werden für das Gesamte gehalten (z.B. wird Fundamentalismus oft automatisch mit Islam assoziiert und/oder Extremismus für Fundamentalismus gehalten).
- Worst-Case- Denken: Die Wahrnehmung konzentriert sich auf Vorgänge, die vom eigenen Wertesystem als negativ ... und bedrohlich... betrachtet werden und bildet entsprechende assoziative Verkettungen (z.B. Islam = politischer Islam = Fundamentalismus = Gewalt).
- Dekontextualisierung und Stereotypisierung: Vorgänge werden aus einem Entwicklungs- und Handlungskontext ... herausgelöst und in andere, dem Leser vertraute Kontexte eingebettet.
- Personalisierung versus Kollektivierung: Islam wird von der sog. Elitenpresse eher als „Massenphänomen“, von Boulevardmedien eher als von Persönlichkeiten (wie Khomeini) getragen betrachtet.
- Spiegelbild-Denken: Während der Islam als Religion in der Presse kaum thematisiert wird..., wird er in vielen Fällen als ein unterlegenes politisch-kulturelles Gegenkonzept zu den Normen und Leitvorstellungen der westlichen politischen Kultur... dargestellt.
- Antipoden-Denken: Das Bild des Islam als Gegenkultur korrespondiert teilweise mit einem Menschenbild der Andersartigkeit der Muslime...
- Kluft und Wechselwirkung zwischen visueller Wahrnehmung und kognitiver Bildprägung: der Fotojournalismus kann kognitive Konstruktionsprozesse stützen, aber auch eine eigenständige Islamsymbolik entwickeln.¹²⁰

¹¹⁹ ebd. S. 300

¹²⁰ ebd. 301f

In einer anderen Untersuchung, in der das Islambild von ARD und ZDF untersucht wurde, betonen die Autoren Hafez/Richter, dass sich besonders nach dem 11. September 2001 in vielen deutschen Medien eine **Berichterstattungskultur** etablierte, die die komplexen Lebensrealitäten der MuslimInnen meistens mit Gewalt und Konfliktthemen wie dem internationalen Terrorismus in Verbindung brachte. Dieser Analyse bedienten sich die Magazinsendungen und Talkshows ebenso wie Dokumentationen und Reportagen von ARD und ZDF. Es wurde innerhalb eines längeren Zeitraumes (vom 1. Juli 2005 bis zum 31. Dezember 2006) untersucht, in welchem thematischen Zusammenhang der Islam in diesen Sendungen in Erscheinung trat. So kommen die AutorInnen zum Schluss, dass 81% aller Thematisierungen bei ARD und ZDF negativ konnotierten Themen zugerechnet werden konnten.¹²¹ Hafez/Richter betonen, dass Themen wie Terrorismus/Extremismus in den Sendungen die attraktivsten und bedeutsamsten Themen in der Auseinandersetzung mit dem Islam darstellen. Im untersuchten Zeitraum beschäftigte sich zum Beispiel fast ein Viertel der Islambeiträge (23%) mit dem Thema Terrorismus/Extremismus. Daneben wurden folgende Themenkategorien behandelt:

Internationale Konflikte 17%, Integrationsprobleme 6 %, Religiöse Intoleranz 10%, Fundamentalismus/Islamisierung 7%, Frauen/Unterdrückung/Emanzipation 4%, Menschenrechtsverletzungen/Demokratiedefizite 4 %.¹²²

Bei Betrachtung der Ergebnisse wird deutlich, dass die Informationen über den Islam überwiegend in einem negativen Themenspektrum behandelt wurden. Die Darstellung des Islams in dieser Art führte zu einer negativen Stereotypisierung und zu pauschalen Klischees gegenüber MuslimInnen. Dieses Islambild, das durch die mediale Repräsentation bestimmt wird, prägt die Wahrnehmung des Islams und der MuslimInnen in der deutschen Gesellschaft. Das bestätigen auch Hafez und Richter:

¹²¹ Hafez/Richter 2007 S. 40

¹²² ebd. S 41

„Diese Kulturalisierung politischer Themen und die Fokussierung auf Negativaspekte in der Berichterstattung über Muslime birgt ohne jeden Zweifel die Gefahr, eine sehr einseitige öffentliche Debatte und ... eine Art ‚Islamverdrossenheit‘ beim Publikum zu erzeugen.“¹²³

Eine andere Untersuchung zeigt, dass die Verbindung zwischen MuslimInnen und Terrorismus schon vor dem 11. September angenommen wurde, zumindest wenn die Darstellung des Islams im Spiegel und in der WAZ in Betracht gezogen wird. Für die beiden Zeitperioden (2000-2001 und 2003-2004) wurden die islambezogenen Artikel dieser Zeitungen ausgewertet. Wie in der Tabelle 7 gezeigt wird, steht die These „Muslime als Terroristen“ mit 26,4 % an erster Stelle. Die AutorInnen betonten jedoch, dass nirgendwo in den Zeitungen ein direkter oder unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem Islam und dem Terrorismus behauptet wurde. Aber die Begriffe wie Islam und Muslime fielen am häufigsten im Kontext mit der Berichterstattung über Terrorismus. Am zweithäufigsten wurden MuslimInnen als Opfer dargestellt, meistens im Kontext des Kosovo-Konflikts. Am dritthäufigsten kann wieder eine negative Einstellung beobachtet werden, wobei MuslimInnen als „anders im negativen Sinn“ dargestellt wurden. Die kulturelle Andersartigkeit der MuslimInnen durch spezifische Kleidungs Vorschriften und andere Lebensstilen wurden dabei hervorgehoben. Weiters wurde zum Dialog mit dem Islam aufgerufen. Es ist dabei zu beachten, dass die Meinung, der Islam werde von Terroristen missbraucht, sowie die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie selten vertreten wurde.¹²⁴ (Siehe Tabelle 7)

¹²³ ebd. 43

¹²⁴ Halm/Liakova/Yetik, 2007 S. 25f

Tabelle 7: Rangliste der Items im Spiegel 2000-2001 ¹²⁵

Muslime als Terroristen	26,4%
Muslime als Opfer	11,1%
Muslime sind anders im negativen Sinn	10,7%
Kritik an einer Stigmatisierung des Islams	5,0%
Aufruf zu Dialog mit dem Islam, zu Prävention und Bildung	4,5%
Unvereinbarkeit von Islam und westlichen Werten	4,0%
Islam als geistige Bereicherung	3,7%
Nur wenige Muslime werden zu Terroristen	3,7%
Menschenrechtsverletzungen im Islam	3,2%
Kopftuchzwang	2,6%
Muslime sind gleichwertig in ihrer Andersartigkeit	2,1%
Schuld der (deutschen) Gesellschaft an Desintegration der Muslime	2,1%
Negatives Frauenbild im Islam	1,8%
Innerislamische Konflikte	1,8%
Islamische Reformbewegungen	1,6%
Islam nicht als Ursache, sondern als Legitimation für Terrorismus	1,3%
Vereinbarkeit vom Islam und Demokratie	1,1%

In der zweiten Periode sieht man deutliche Veränderungen. Im Jahr 2003/2004 werden MuslimInnen mit 31,3% wieder an erster Stelle im Kontext mit Terrorismusberichterstattung genannt. Dieser Wert lag im Jahr 2000/2001 bei 26,4 %. Also fast ein Drittel der islambezogenen Berichterstattung im Jahr 2003/2004 wurde im Kontext des Terrorismus geführt. Aber auch hier wurde die Verbindung zwischen Islam und Terrorismus wie im ersten Zeitraum nur indirekt hergestellt. An zweiter Stelle wurde die Andersartigkeit der Muslime im negativen Sinne mit 10,2 % herausgestellt. Der Spiegel stellte am dritthäufigsten MuslimInnen als Opfer dar. An vierter Stelle wurde die falsche Toleranz gegenüber MuslimInnen thematisiert. Die Verantwortung der MuslimInnen wurde an sechster Stelle betont, weil sie sich abkapseln und damit Konflikte und Desintegration fördern.¹²⁶ (Siehe Tabelle 8)

¹²⁵ Quelle: Halm/Liakova/Yetik, 2007 S. 26

¹²⁶ Halm/Liakova/Yetik, 2007 S. 26f

Tabelle 8: Rangliste der Items im Spiegel 2003-2004¹²⁷

Muslime als Terroristen	31,3%
Muslime sind anders im negativen Sinn	10,2%
Muslime als Opfer	8,0%
Falsche Toleranz gegenüber Muslimen	5,1%
Nur wenige Muslime werden zu Terroristen	3,7%
Die Muslime kapseln sich ab, fördern damit Konflikte und Desintegration	2,6%
Unvereinbarkeit von Islam und westlichen Werten	2,1%
Muslime sind gleichwertig in ihrer Andersartigkeit	2,0%
Der Islam als Gefahr	1,9%
Kritik an einer Stigmatisierung des Islams	1,9%
Muslimische Frauen als Opfer	1,7%
Beispiele desintegrierter Muslime	1,6%
Aufruf zu Dialog mit dem Islam, zu Prävention und Bildung	1,6%
Islam als geistige Bereicherung	1,6%
Kopftuchzwang	1,6%
Muslime erziehen ihre Kinder anders - im negativen Sinne	1,6%
Muslime gehören nicht zu Europa	1,5%
Muslimische Frauen sind unemanzipiert	1,4%
Unvereinbarkeit von Islam und Demokratie	1,3%
Emanzipation muslimischer Frauen	1,2%
Schuld der (deutschen) Gesellschaft an Desintegration der Muslime	1,2%
Negatives Frauenbild im Islam	1,1%

Genauso werden Muslime auch in der WAZ (Westdeutsche Allgemeine Zeitung) größtenteils in einem negativen Kontext dargestellt. Wie im Spiegel wurden MuslimInnen in beiden Perioden der Analyse an erster Stelle als Terroristen dargestellt. Dabei wurde auch mit unterschiedlicher Frequenz der Islam als Gefahr, die Unvereinbarkeit von Islam und Demokratie, die Andersartigkeit der MuslimInnen im negativen Sinn, Kopftuchzwang usw. thematisiert. Obwohl auch gelegentlich positive

¹²⁷ Quelle: ebd. S.27

Einstellungen gegenüber Islam und MuslimInnen gezeigt wurden, wie zum Beispiel der Aufruf zum Dialog mit dem Islam oder Statements über die 'Schuld der deutschen Gesellschaft an der Desintegration der MuslimInnen' usw., dominiert ein negatives Bild des Islams, das vor allem auf Klischees und Stereotypen beruht.¹²⁸

Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass die Angst vor dem Islam und islamfeindliche Tendenzen in den analysierten öffentlichen Diskursen schon vor dem 11. September vorhanden seien. Dabei wird jedoch darauf hingewiesen, dass nach den Anschlägen MuslimInnen meistens bzw. hauptsächlich im Zusammenhang mit Terrorismus dargestellt wurden. Es wird oft behauptet, dass MuslimInnen anders im negativen Sinne seien. Die Andersartigkeit der MuslimInnen wird aufgrund der kulturellen Unterschiede und unterschiedlichen Lebensweise, die nicht mit den westlichen Werten vereinbar seien, hervorgehoben.¹²⁹

¹²⁸ ebd. S.29f

¹²⁹ ebd. S.38

6. Der Türkei-Beitrittsdiskurs

In den letzten Jahren - und besonders nach der Entscheidung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei - wird die türkische Mitgliedschaft in der EU breit diskutiert. Der mögliche Beitritt der Türkei in die EU sorgt in der europäischen Öffentlichkeit für Aufregung. In der Debatte spiegeln sich oft sehr unterschiedliche Sichtweisen. Wer die Pro- und Contra-Argumente beobachtet, kann feststellen, dass sich der Diskurs über den Türkei-Beitritt zu einem Diskurs über die kulturellen Unterschiede verschoben hat. Oft werden von den Gegnern eines türkischen EU-Beitritts Religion und Kultur in die Diskussion eingebracht, um die Nichtzugehörigkeit der Türkei zu Europa zu betonen. Das bedeutet, dass die Europakompatibilität der Türkei nicht nur durch politische, rechtliche und ökonomischen Kriterien bestimmt wird. Die Aufnahme der Türkei in die EU hängt auch nicht nur von der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien ab. Vielmehr spielen die inoffiziellen, von der EU nicht genannten Kriterien eine wichtige Rolle. Dafür dominieren kulturell und historisch motivierte Argumente in der europäischen Öffentlichkeit. Darin werden die Differenzen im religiösen und kulturellen Leben essenzialisiert.

Parallel dazu wird in den letzten Jahren auch die europäische Identität diskutiert. Eine kollektive Identität beruht auf der Konstruktion von Grenzen zwischen der Gemeinschaft und den „Anderen“.¹³⁰ Wo die Grenze zwischen innen und außen gezogen wird, hängt von unterschiedlichen Kriterien ab. Verschiedene Gründe spielen bei der Abgrenzung eine Rolle. Zwischen der Türkei und der EU wird die Trennlinie, wie oben betont wurde, kulturell und religiös definiert.

Wie im ersten Teil dieser Arbeit näher untersucht wurde, steigt die Islamophobie in Europa. Die Feindbildkonstruktion, durch die muslimischen Minderheiten in Europa als fremd und gefährlich dargestellt werden, ist auch in der Frage des türkischen EU-Beitritts dafür verantwortlich, dass die Diskussion auch rassistische, bzw. islamophobe Züge aufweist. Es mag berechtigte Einwände geben, die gegen die Aufnahme der Türkei vorgebracht und mit rationalen Gründen argumentiert werden. Aber die Argumente, die im Folgenden untersucht werden, sind weder rational noch nachvollziehbar.

¹³⁰ Quenzel 2005, S. 96

Sie beruhen vielmehr auf einer Feindbildkonstruktion, wie sie auch im Islamophobie-Diskurs thematisiert wurde.

Nachdem im Anschluss kurz die Geschichte der türkischen Modernisierung und die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei erläutert werden, soll im Anschluss auf das Hauptthema eingegangen werden. Dabei wird auch der europäische Identitätsdiskurs kurz erläutert. Denn die Aufnahme der Türkei in die EU wird auch aufgrund einer imaginären europäischen Identität abgelehnt. Da, wie angeführt, Kultur und Religion eine wesentliche Rolle im Diskurs spielen, wird die Türkei immer noch als ein islamisches Land dargestellt, während die EU als ein Erbe des Christentums und der Aufklärung angesehen wird. Der Umstand, dass es Unterschiede zwischen Kulturen gibt, wird als wichtigstes Hindernis für die Aufnahme herangezogen. Am Ende der Arbeit wird kurz auf andere Motive eingegangen und erläutert, welche rationalen bzw. nachvollziehbaren Argumente genannt werden.

Es ist dabei zu bemerken, dass es in diesem Teil der Arbeit nicht um die Frage geht, ob die Türkei in die EU gehört oder nicht. Außerdem finden sich hier auch keine Vorhersagen, ob und wann die Türkei der EU beitreten wird oder nicht. Es geht vielmehr um die Frage, wie der Beitrittsdiskurs verläuft und inwiefern der Islam als Ablehnungsgrund herangezogen wird.

6.1. Die Modernisierung der Türkei

Die Geschichte der türkischen (osmanischen) Modernisierung bzw. Verwestlichung reicht bis zum Anfang des 18. Jahrhunderts zurück. Aufgrund der Rückständigkeit des osmanischen Reichs gegenüber den westlichen Mächten wurde in der Modernisierung der einzige Ausweg aus der Krise gesehen. Die ersten Modernisierungsversuche fanden im militärischen Bereich statt. Die osmanische Armee wurde Schritt für Schritt nach dem westlichen Modell modernisiert, bzw. reorganisiert. Die Reformen im Militär wurden vor allem als Reaktion auf die erlittenen Niederlagen durchgeführt. Zu dieser Zeit wurde auch in anderen Bereichen mit Reformen begonnen. Das Schulsystem, die staatlichen Institutionen, das Rechtssystem, usw. wurden umstrukturiert.

Mit dem Niedergang des Osmanischen Reich und der Gründung der Republik Türkei wurde die Verwestlichung zur Staatsideologie. Während der Amtszeit von Mustafa Kemal, dem Begründer der Republik Türkei, wurden mehrere Reformen im politischen und gesellschaftlichen System durchgeführt. Diese radikale Europäisierung kann als eine „Zwangsverwestlichung“ der Türkei bezeichnet werden.¹³¹ Seine Vorstellung vom Modernismus implizierte auch eine völlige Veränderung des gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens. So wies er zum Beispiel auf die Bedeutung der Kleidung hin:

„Unsere zivilisierte, internationale Kleidung ist würdig für unsere Nation. Stiefel und Schuhe an unseren Füßen, Hosen an unseren Beinen, Jackett und Krawatte und zur Vervollständigung eine Kopfbedeckung mit einem Rand. Darauf lege ich besonderen Wert. Diese Kopfbedeckung nennt man Hut.“¹³²

Diese Modernisierungsidee, bzw. nachgeahmte Zwangsverwestlichung, die sich trotz starkem Widerstand in der Gesellschaft durchsetzte, wurde auch nach seiner Amtszeit von seinen Nachfolgern weitergeführt. In diesem Sinne weist die Verwestlichung der Türkei bereits eine lange Geschichte auf und stellte eine Grundkonstante der türkischen Politik dar, wie auch Faruk Sen bemerkte:

„Der Feste Wille des Landes, zu Europa zu gehören, ist die Grundkonstante der türkischen Politik seit der Staatsgründung durch Atatürk. Die Orientierung am Westen ist im Selbstverständnis der Türkei nicht eine Option unter mehreren, sondern integraler Bestandteil der säkularen Republik und der wirtschaftlichen Modernisierung.“¹³³

Obwohl die Modernisierungsversuche von den staatlichen Eliten intensiv angestrebt wurden, besteht in der türkischen Gesellschaft immer noch eine Skepsis gegenüber dem Westen. Die Reformen, bzw. deren gewaltsame Durchführung, wurden in der Mehrheit der Gesellschaft als ein Angriff auf das religiöse Leben betrachtet. Dabei wurde dem Islam von den Modernisten besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Insbesondere während der ersten Jahrzehnte der neuen Republik Türkei wurde der Islam als ein

¹³¹ Madeker 2007, S. 22

¹³² Kemal Atatürk, zit. in: Ebd., S.22

¹³³ Sen 2005, S.30

Hindernis für Modernisierung und Entwicklung wahrgenommen. Für die Modernisten wurde unter Zivilisation eine ausschließlich europäische Zivilisation verstanden. Durch folgendes Zitat von Abdullah Cevdet kann die Ideologie der osmanisch-türkischen Modernisten nachvollzogen werden:

„ There is no second civilization; civilization means European civilization, and it must be imported with both, its roses and its thorns.“¹³⁴

6.2. Überblick über die Geschichte der türkischen Beziehungen zur EU

Der seit dem Anfang des 18. Jahrhunderts kontinuierlich eingeschlagene proeuropäische Weg des Landes führte schließlich auch zu Beziehungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Die offizielle Geschichte der Beziehungen zwischen der Türkei und der EU (EWG, EG) beträgt insgesamt mehr als vierzig Jahre. Bereits am 12. September 1963 wurde ein Assoziierungsabkommen unterzeichnet. Der Antrag auf eine Assoziierung mit der damaligen EWG wurde am 31. Juli 1959 gestellt. Das zentrale Motiv der Annäherung an die EWG zu diesem Zeitpunkt waren weder wirtschaftliche Überlegungen noch der Wunsch der Intensivierung der Beziehungen zu Europa, sondern das Kalkül „bei der Westintegration nicht hinter dem Rivalen Griechenland zurückzubleiben.“¹³⁵ Aus der Sicht der EWG stellte die Türkei aus Sicherheitsgründen ein wichtiges Land dar. Die Beziehungen wurden wegen der „sowjetischen Gefahr“ und gegen die mögliche Ausdehnung der sowjetischen Einflusszone intensiviert. „Nicht zuletzt auf Grund ihrer Zugehörigkeit zum westlichen Bündnissystem wird die Türkei als ein Garant für die politische Stabilität in der Region im Sinne der westlichen Interessen angesehen.“¹³⁶ Das offizielle Ziel des Assoziationsabkommen war jedoch:

„[...] eine beständige und ausgewogene Verstärkung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Vertragsparteien unter voller Berücksichtigung der Notwendigkeit zu fördern, dass hierbei der beschleunigte

¹³⁴ Zit. von Rustow, Dankwart 1989, S. 14

¹³⁵ Sen, 2005, S.30f

¹³⁶ Esen Erol 1990, S. 17

Aufbau der türkischen Wirtschaft sowie die Hebung des Beschäftigungsstandes und der Lebensbedingungen des türkischen Volkes gewährleistet werden.“¹³⁷

Im Abkommen wurde die schrittweise Errichtung einer Zollunion zur Verwirklichung der oben genannten Ziele vereinbart. Die Türkei sollte nach dem Inkrafttreten des Assoziationsabkommens ihre Wirtschaft an die Strukturen der EWG angleichen. In den auf das Assoziationsabkommen folgenden Jahren setzte eine Phase der Stagnation in den Beziehungen der EWG zur Türkei ein. Am 23. November 1970 wurde das Zusatzprotokoll unterzeichnet, das am 1. Januar 1973 in Kraft trat. Die Beziehungen mit der EWG wurden sehr stark von der innenpolitischen Lage der Türkei beeinflusst. Vor allem die Interventionen durch das Militär haben nicht nur das politische System der Türkei destabilisiert, sondern belasteten auch die Verhandlungen mit der EWG.¹³⁸ Das durch das Militär zerstörte demokratische System war für die europäischen Staaten ein Beleg dafür, dass die Demokratie in der Türkei nicht funktionierte. Auch bekannt gewordene Menschenrechtsverletzungen während der Zeit, als das Militär an der Macht war, haben die Beziehungen beeinträchtigt. Trotz dieser negativen Entwicklungen wurde aber der Weg der Türkei nach Europa nicht völlig versperrt.

Nach der Stabilisierung des politischen Systems wurden die Beziehungen mit der EWG wieder aufgenommen. So fand am 16. September 1986 eine neuerliche Sitzung des Assoziationsrates statt, womit der Prozess wiederbelebt wurde. Danach stellte die Türkei am 14. April 1987 einen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EG (Europäische Gemeinschaft). Der Beitrittsantrag wurde von der Kommission der EG im Jahre 1989 abgelehnt. Sie begründete ihre Entscheidung damit, dass die Türkei weder politisch noch wirtschaftlich reif für die Gemeinschaft sei. Auch wurden die instabile Demokratie der Türkei und Menschenrechtsverletzungen als Gründe angegeben. Diese Entscheidung bedeutete jedoch nicht die Beendigung der Beziehungen zwischen der EG und der Türkei.

Mit dem am 5. Juli 1990 verfassten Bericht der Kommission, der sich an den Ministerrat richtete, wurden weitere Schritte für die Intensivierung der Beziehungen festgelegt.¹³⁹

¹³⁷ Art. 2 Abs. 1 des Assoziationsabkommen EWG-Türkei in URL:
http://www.migration-online.de/gesetz._aWQ9NTY_.html (09.03.2009)

¹³⁸ Sen 2005, S. 31

¹³⁹ Ebd., S. 31

Schließlich wurden auch alle geforderten Voraussetzungen für eine Zollunion erfüllt, die am 01. Jänner 1996 in Kraft trat. Die Türkei war in der Zollunion somit das erste und einzige Land, das über keine Vollmitgliedschaft in der EU verfügte. Obwohl die Zollunion für die Türkei kurz- bis mittelfristig wirtschaftliche Nachteile bringen würde, war die Türkei an der Durchführung von Reformen und der Anpassung der Gesetze interessiert. Denn die türkische Regierung hoffte, dass die Zollunion und die Gesetzesänderungen die letzten Schritte zur Erreichung einer langfristigen Anbindung an die EU darstellten.¹⁴⁰

Der Beitritt in die Zollunion brachte der Türkei keine großen Erleichterungen. Auf dem Luxemburger-Gipfel 1997 wurde der Antrag auf einen offiziellen Beitritt abgelehnt. Diese Entscheidung hat in der Türkei eine große Enttäuschung ausgelöst. Die bisherige Annäherung an Europa wurde in der Türkei heftig diskutiert. In der Türkei herrschte die Ansicht vor, dass die EU die Türkei niemals als Mitglied annehmen werde. Diese Einstellung änderte sich jedoch nach etwa zwei Jahren mit den Beschlüssen, die auf dem Helsinki-Gipfel getroffen wurden.

Der Helsinki-Gipfel vom 10./11. Dezember 1999 stellte einen Wendepunkt der Beziehungen zwischen der Türkei und der EU dar. Auf dem Gipfel wurde der offizielle Kandidatenstatus der Türkei anerkannt. Damit wurde die seit 1997 andauernde politische Krise überwunden und die Türkei in die Liste der anderen zwölf Beitrittskandidaten aufgenommen. In den darauf folgenden Jahren wurden in der Türkei mehrere Fortschritte durchgeführt. Im März 2001 verabschiedete die Türkische Regierung ein nationales Programm, das mehrere Reformen und die Anpassung der nationalen Gesetze zur Erfüllung der Beitrittskriterien beinhaltete. Im selben Jahr wurde vom Parlament auch eine Verfassungsreform verabschiedet.

Einen wichtigen Wendepunkt in diesem Prozess stellte die Entscheidung der 25 Staats- und Regierungschefs der EU vom 17. Dezember 2004 dar. Auf dem Gipfeltreffen in Brüssel wurde einstimmig beschlossen, im Oktober 2005 Verhandlungen mit der Türkei mit dem Ziel einer Vollmitgliedschaft aufzunehmen.¹⁴¹ Es wurde jedoch kein bestimmter Zeitpunkt für den konkreten Beitritt zur EU festgelegt. Seitdem wurden

¹⁴⁰ Ebd., S. 32

¹⁴¹ Keskin 2005, S. 244

weitere Reformen in der Türkei durchgesetzt, wobei in den letzten zwei Jahren wieder eine Stagnation in den Beziehungen eingetreten ist.

Die Entscheidung für Verhandlungen über eine mögliche Vollmitgliedschaft der Türkei hat in der europäischen Öffentlichkeit heftige Diskussionen aufgelöst, die vorher nicht in dieser Intensität geführt wurden. Bei den aktuellen Auseinandersetzungen – wie sie vor allem in konservativen Kreisen geführt werden - geht es eher um die kulturelle Zugehörigkeit, bzw. die kulturelle Andersartigkeit der Türkei, als darum, ob das Land in den nächsten Jahren die formalen Bedingungen für einen Beitritt schaffen und die Fristen zu ihrer praktischen Umsetzung einhalten kann. Denn selbst wenn die Türkei in naher Zukunft die Beitrittskriterien in einem ausreichenden Maß erfüllt, bleibt die Frage offen, ob sie überhaupt der EU beitreten kann.

Tabelle 9 : Chronologie der EU-Türkei Beziehungen von 1959-2005 ¹⁴²

1959	Antragstellung der Türkei auf assoziierte Mitgliedschaft in der EWG
1963	Unterzeichnung des EWG-Türkei-Assoziationsabkommens
1970	Unterzeichnung eines Zusatzprotokolls zum Assoziationsabkommen
1987	Antragstellung der Türkei auf Vollmitgliedschaft in der EG
1995	Vollendung der Zollunion mit der Türkei durch den EG-Türkei-Assoziationsrat
1997	Europäischer Rat von Luxemburg: Bestätigung der Aussicht der Türkei auf einen Kandidatenstatus
1998	Mitteilung der EU-Kommission über eine „Europäische Strategie für die Türkei“
1999	Europäischer Rat von Helsinki: Zuerkennung eines Kandidatenstatus für die Türkei
2001	Verabschiedung der 1. Beitrittspartnerschaft durch den EU-Ministerrat
2002	Europäischer Rat von Kopenhagen: Festlegung eines Datums für die Entscheidung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei
2003	Verabschiedung der 2. Beitrittspartnerschaft durch den EU-Ministerrat
Dez. 2004	Entscheidung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei durch den EU-Ministerrat in Brüssel
03.10. 2005	EU nimmt Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auf

¹⁴² Murat 2005, S. 22

6.3. Die Beitrittskriterien

Artikel 49 des EU-Vertrages lautet: „Jeder europäische Staat, der die in Artikel 6 Absatz 1 genannten Grundsätze achtet, kann beantragen, Mitglied der Union zu werden. Er richtet seinen Antrag an den Rat; dieser beschließt einstimmig nach Anhörung der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, das mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder beschließt.“¹⁴³ Die in Artikel 6 Absatz 1 festgelegten Grundsätze der Union sind: Freiheit, Demokratie, Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die Rechtsstaatlichkeit.

Die Vertiefung der europäischen Integration hat für den Erweiterungsprozess zur Festlegung auf gemeinsame politische und wirtschaftliche Mindeststandards geführt. So wurden beim Gipfeltreffen in Kopenhagen 1993 die so genannten Kopenhagen-Kriterien beschlossen, deren Erfüllung als Bedingung für einen Beitritt in die Europäische Union gilt. Alle Staaten, die eine Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union anstreben, müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllen, die sich in drei Gruppen zusammenfassen lassen: Politische Kriterien, Wirtschaftliche Kriterien und Übernahme des Acquis-Kriterium.

6.3.1. Politische Kriterien

Das politische Kriterium setzt vor allem eine stabile Demokratie und funktionierende demokratische Institutionen voraus. „Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft muss der Beitrittskandidat eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben (...)“¹⁴⁴ So wird von den Beitrittskandidaten eine Rechtsstaatlichkeit gefordert, die die Rechte der Minderheiten schützen soll. Dabei wird oft die Behandlung und die Situation der Minderheiten in der Türkei und hier vor allem der Umgang mit der kurdischen Minderheit kritisiert. Das so genannte Kurdenproblem stellt damit eines des wichtigsten Problemfelder mit Europa dar.

¹⁴³ http://www.eurosduvillage.eu/IMG/pdf/beitritt_eu.pdf (10.03.2009)

¹⁴⁴ http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/72924.pdf (11.03.2009)

6.3.2. Wirtschaftliche Kriterien

Das wirtschaftliche Kriterium besteht aus zwei Komponenten: Der Beitrittswerber muss eine funktionierende Marktwirtschaft etabliert haben und in der Lage sein, sich am freien Wettbewerb zu beteiligen. Das bedeutet auch, dass die Märkte den freien Handel garantieren und gegenüber dem Ausland – wie ausländischen Investoren und Unternehmen - offen gehalten werden müssen. Von den Mitgliedsstaaten wird die Fähigkeit gefordert, „dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten.“¹⁴⁵

6.3.3. Übernahme des Acquis-Kriteriums

Der größte Teil dieses Kriteriums besteht in der Übernahme der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften (Acquis), welche Gegenstand der eigentlichen Beitrittsverhandlungen sind. Hierzu wurde der rund 80.000 Seiten umfassende Rechtsbestand in 31 Kapitel (Sektoren) gegliedert. Die Übernahme der Gesamtheit des „Acquis communautaire“ ist unabdingbare Voraussetzung für eine EU-Mitgliedschaft. Dabei wird die „Integrationswilligkeit“ geprüft, also ob der Beitrittskandidat bereit ist, alle Anpassungen auf sich zu nehmen und den gemeinsamen Besitzstand der EU zu übernehmen.¹⁴⁶

Von den Beitrittskandidaten wird verlangt, dass sie „die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen übernehmen und sich auch die Ziele der Politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen machen können.“¹⁴⁷

Wie die Beitrittskriterien zeigen, werden in den offiziellen Rechtsakten die kulturellen Unterschiede überhaupt nicht thematisiert, bzw. keine kulturellen Gemeinsamkeiten vorausgesetzt. Dabei handelt es sich um die formellen Bedingungen, die die Beitrittskandidaten erfüllen sollen, um einen einheitlichen politischen und wirtschaftlichen Standard in den europäischen Staaten durchzusetzen. Wenn jedoch über einen Beitritt der Türkei debattiert wird, treten religiös-kulturelle Aspekte in den

¹⁴⁵ http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/72924.pdf (11.03.2009)

¹⁴⁶ Brasche 2003, S. 159

¹⁴⁷ http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/72924.pdf (11.03.2009)

Vordergrund. Die kulturelle Andersartigkeit der Türkei wird in diesem Diskurs sehr häufig thematisiert bzw. problematisiert, wobei vor allem gemeint ist, dass die Türkei ein islamisches Land ist, das sich gänzlich von den europäischen Staaten, bzw. der EU unterscheiden würde. Es wird damit behauptet, dass die Türkei keine europäische Identität habe und auch nicht mit der europäischen Identität kompatibel sei.

7. Die Konstruktion von Europa

7.1. Die Europäische Identität

Ob ein islamischer Staat wie die Türkei Mitglied der Europäischen Union sein könnte oder nicht, wird in den letzten Jahren meistens im Kontext eines europäischen Identitätsdiskurses thematisiert.¹⁴⁸ Dabei stellt sich das Problem, dass Europa weder geographisch noch kulturell eindeutig zu bestimmen ist.¹⁴⁹ Es besteht jedoch eine Vielzahl von Konstruktionen bzw. Konzepten, wie Europa zu definieren sei, bzw. sich geographisch und kulturell abgrenzen würde. Die Konstruktion einer Identität beruht vor allem auf der Hervorhebung einer gemeinsamen kulturellen Tradition und von gemeinsamen Werten und Normen, die aber in der Realität nicht so selbstverständlich geteilt werden. Um eine Identität zu erschaffen, muss vieles „erfunden und anderes vergessen werden, um die kulturelle Gemeinsamkeit plausibel zu machen, die als Legitimation politischer Gemeinschaften benötigt wird.“¹⁵⁰

Bei der Identitätsbildung in der EU spielen oft die Vorstellungen einer kontinentalen und kulturellen Abgrenzung Europas von den „Anderen“ eine wichtige Rolle. Die kollektive Identitätsbildung in einer Nation oder in einer Gemeinschaft vollzieht sich durch die Konstruktion von Grenzen, die die eigene Gemeinschaft von anderen unterscheiden. Darauf wies auch Seyla Benhabib hin:

“... since every search for identity includes differentiating oneself from what one is not, identity politics is always and necessarily a politics of creation of difference.“¹⁵¹

Während das konstruierte „Wir“ mit positiven Merkmalen und Werten charakterisiert wird, werden den „Anderen“ negative Merkmale zugeschrieben, um sie auszugrenzen.¹⁵² Quenzel beschreibt diesen Vorgang folgendermaßen:

¹⁴⁸ Cremer, Jan in:

http://www.bpb.de/themen/C7YJEJL,0,Die_T%FCrkei_und_die_europ%E4ische_Identit%E4t.html (02.04.2009)

¹⁴⁹ Quenzel 2005, S. 95

¹⁵⁰ Bauböck/ Mokre/ Weiss 2003, S. 9

¹⁵¹ Benhabib, Seyla zit. von : Bauböck/Mokre/Weiss 2003, S. 13

¹⁵² Bauböck/Mokre/Weiss 2003, S. 13

„Diese Differenz zwischen innen und außen wird in der Begegnung mit „Fremden“, mit den anderen konstruiert. Die anderen, die nicht in die Vorstellung vom eigenen Kollektiv einbezogen werden, werden im Prozess einer kollektiven Identitätsbildung zu *den Anderen*, denen ebenfalls eine kollektive Identität zugesprochen wird.“¹⁵³

Wer die Geschichte Europas betrachtet, kann feststellen, dass eine Vielzahl von europäischen „Anderen“ existiert. Aber das wichtigste europäische Gegenüber, das für eine Differenzierung herangezogen wird, war und ist nach Quenzel „der Osten“, der im zweiten Schritt mit Asien, dem Orient, Russland oder der Türkei identifiziert wird.¹⁵⁴ Der vor allem durch den Orientalismus als fremdes Gegenkonzept zu Europa rationalisierte Orient hat in der Geschichte bei der europäischen Identitätsfindung geholfen. Der Westen hat sich hauptsächlich über die „Anderen“ definiert. Auch in den gegenwärtigen Debatten wird wieder eine europäische Identität durch die „Anderen“ hergestellt, wie ein Zitat von Jan Cremer verdeutlicht:

„Angesichts der aktuellen Debatte einer EU-Mitgliedschaft der Türkei besteht allerdings die Gefahr, dass Europa versucht ist, sich statisch am "Orient" seiner eigenen Identität zu vergewissern, wie schon im 18./19. Jahrhundert: es braucht den "Anderen", den Fremden, um zu sich selbst zu kommen.“¹⁵⁵

Die Angst vor dem Islam bzw. vor den Türken in der Geschichte, wie sie durch die Eroberungskriege des Osmanischen Reichs entstanden ist, wird in den aktuellen Diskursen gegen den türkischen EU-Beitritt instrumentalisiert, um die historische Gegnerschaft aufrechtzuhalten. So argumentierte auch Jürgen Kocka:

„Krieg und Kriegsgefahr haben bereits kräftig zur Herausbildung eines europäischen Selbstverständnisses, eines europäischen Zusammenhalts beigetragen. In der Aggression der Kreuzzüge schloss sich die abendländische Christenheit fester zusammen. In der Abwehr der Türken bildete sich europäische Gemeinsamkeit und ergaben sich praktische Gelegenheiten, den

¹⁵³ Quenzel 2005, S. 96

¹⁵⁴ Ebd. S. 96

¹⁵⁵ Cremer, Jan in:

http://www.bpb.de/themen/C7YEJL,0,Die_T%FCrkei_und_die_europ%E4ische_Identit%E4t.html (02.04.2009)

Begriff „Europa“ zu verwenden und zu verbreiten. (...) Und in der Ära des Kalten Kriegs hat die Wahrnehmung der sowjetischen Gefahr den Zusammenschluss des westlichen Kleineuropas erleichtert.“¹⁵⁶

Diese Aufmerksamkeit auf die Geschichte einer europäischen Vergangenheit spielt trotz der Unterschiede der nationalen Erinnerungspolitiken eine wesentliche Rolle für die Herausbildung einer gemeinsamen europäischen Identität. Jan Assman bezeichnete diesen Prozess als das Zusammenspiel von Gedächtnisgeschichte und Diskursgeschichte. Gedächtnis meint hier „nicht einfach die Speicherung vergangener Fakten, sondern die fortlaufende Arbeit rekonstruktiver Imagination. Die Vergangenheit, mit anderen Worten, lässt sich nicht speichern, sondern muss immerfort angeeignet und vermittelt werden.“¹⁵⁷

Für Kocka spielen die Kriege eine wesentliche Rolle bei der Identitätsbildung. Das gilt auch für die Identitätsbildung der EU. Für ihn ist die Hoffnung berechtigt, „dass sich europäische Identität und europäische Union zukünftig ohne den großen äußeren Feind vorantreiben lassen, ohne Krieg und ohne den Zusammenstoß der Zivilisationen, vor dem Huntington warnt.“¹⁵⁸ Er spricht eigentlich gegen einen Krieg und behauptet, dass es auch ohne militärische Auseinandersetzung gehen werde, aber „ohne Differenz und Differenzbestimmung nicht. Europa-Bewusstsein bildete sich im Vergleich, im Selbstvergleich mit anderen heraus, durch Betonung der Unterschiede zwischen Europa und den nichteuropäischen Teilen der Welt.“¹⁵⁹

Wie schon oben erwähnt wurde, bildet sich Identität vor allem durch die Abgrenzung der „Anderen“ von „uns“ heraus. Wie einzelne Nationen braucht auch die Europäische Union die „Anderen“, um ihre Identität zu bilden. Dabei sind nach Kocka heute so wie früher zwei Referenzregionen zentral: „die islamische Welt und das nördliche Amerika. Die ausgeprägte Differenz zwischen Europa und der islamischen Welt ist unübersehbar, erfahrbar und nicht wegzureden.“¹⁶⁰ Nach Kocka sollte sich die EU zunächst von seiner Vergangenheit oder von den negativen, schrecklichen Teilen der Vergangenheit, zum

¹⁵⁶ Kocka 2004, S. 191

¹⁵⁷ Assman, Jan zit. von: Bauböck/ Mokre/ Weiss 2003, S. 15

¹⁵⁸ Kocka 2004, S. 192

¹⁵⁹ Ebd., S. 192

¹⁶⁰ Ebd., S. 193

Beispiel von der Geschichte des europäischen Totalitarismus, befreien. Diese Teile der Vergangenheit müssten vergessen werden, weil sie nicht zu der konstruierten europäischen Überlegenheit passen. Was nun die Gegenbilder islamische Welt und Amerika angeht, meint er: Obwohl es zwischen Europa und der islamischen Welt eine gegenseitige Durchdringung und entwicklungsfähige Kooperation gäbe, sei der Unterschied mit der islamischen Welt noch stärker, unübersehbar und noch aktuell erfahrbar.

Der Historiker Heinrich August Winkler argumentiert gegen den Beitritt der Türkei, weil er die europäische kollektive Identität gefährde. 2002 schrieb er in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung:

„Eine politische Union verlangt ein europäisches Wir-Gefühl. Dieses setzt gemeinsame historische Erfahrungen und Prägungen voraus. Solche Gemeinsamkeiten gab es in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), aus der die Europäische Union hervorgegangen ist. Es wird sie auch in einer erweiterten EU geben – solange diese nicht wesentlich über Europa hinausgreift. Eine EU, die auch die Türkei umfaßt, könnte an ein europäisches Wir-Gefühl nicht mehr appellieren. Dazu sind die kulturellen Prägungen der Türkei und Europas zu unterschiedlich. Die Unterschiede haben etwas mit Christentum und Islam zu tun.“¹⁶¹

Gudrun Quenzel stellte in ihrer umfangreichen Studie zu den „Konstruktionen von Europa“ elf europäische Selbstbeschreibungen fest, durch die sich Europa von den „Anderen“ abgrenzt. Diese Selbstbeschreibungen allein zeigen, wie Europa konstruiert wird. So wie in der Tabelle 10 zu sehen ist, stellt die Türkei in fast allen Selbstbeschreibungen ein externes Anderes dar. Dabei dienen unterschiedliche Faktoren als Abgrenzungskriterien. Die wichtigsten davon sind Religion und Kultur. Dadurch ergibt sich die Frage, ob ein islamischer Staat mit einer europäischen Identität vereinbar sei.

¹⁶¹ Winkler, Heinrich August in: <http://www.arte.tv/de/Zitaten-Ballade/Europa-von-Osten--Westen--Sueden-und-Norden-betrachtet/401116,CmC=1241384.html> (07.04.2009)

Tabelle 10 : Konstruktionen von Europa¹⁶²

Europäische Selbstbeschreibungen	externe Andere	interne Andere
1. Kontinent Europa als geographische und kulturelle Einheit europäische Kultur, gemeinsame Geschichte	„der Osten“, Asien, Türkei, Russland	Balkan, Osteuropa
2. Zivilisation und Technischer Fortschritt Ackerbau, Technik, Navigation, Wissenschaft, Handel und Gewerbe	„der Rest“	Osteuropa (Byzanz)
3. Christliches Abendland römisch katholische Kirche, Europa Karls des Großen, Protestantismus, Säkularisierung	Islam, USA, Türkei	Judentum, orthodoxe Kirchen (Byzanz), Islam, Osteuropa, Balkan
4. Ästhetische Einheit Kunstgeschichte in parallelen Epochen: Romantik, Gotik, Renaissance, Barock, Moderne, Postmoderne	USA, „der Rest“	Osteuropa
5. Reflexive Wissensgemeinschaft Umsetzung von Konflikt in Innovation, Wettbewerb und Kritik, öffentliche Diskursräume, freie Städte, Universitäten	Diktaturen, autoritäre Regime, Despotismus (Asien, Orient)	Osteuropa
6. Europa der Nationen Gemeinschaft europäischer Völker und Nationen	Nicht-EU- Staaten	Beitrittskandidaten

¹⁶² Quelle: Quenzel 2005, S. 135f

7. Klassen, Schichten, Milieus Mittelstand, Bürgertum, Kleinbürgertum, Arbeiterklasse	Zweiklassengesellschaften, USA, Sozialistische Staaten	Osteuropa
8.Arbeitsethik und Wohlfahrtsstaat Arbeiterbewegung, Solidarität, Sozialausgaben, soziale Marktwirtschaft	USA	(Osteuropa)
9.Europäische Wertegemeinschaft Menschenrechte, Demokratie, Freiheit, Toleranz, Rationalität, Individualität, Aufklärung, Religionsfreiheit, Säkularisierung	fundamentalistischer Islam, Türkei	Osteuropa
10. Europäische Kommunikationsgemeinschaft Europa als Rechtsgemeinschaft, Entnationalisierung von Kultur und Identität, Überkreuzung individueller Lebensstile, transnationale Netzwerke, Europäisierung und Individualisierung	Nicht- EU-Staaten	Osteuropa
11. Negative Erinnerungs- gemeinschaft Schuldbekenntnisse zu Weltkriegen und Holocaust, „Tätergemeinschaft“, Verbot der Todesstrafe	Japan, Türkei, USA, Irak	Balkan

Europäische Selbstbeschreibungen mit den im Identitätsdiskurs relevanten internen und externen Anderen

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich die Konstruktion der europäischen Identität nach Leggewie nach fünf unterschiedlichen Identitätskonzepten unterscheiden lässt:¹⁶³

- Europa als *geographischer Raum* in festen, natürlichen Grenzen...
- Europa als historische Erinnerungs- und Schicksalsgemeinschaft ...
- Europa als Erbe des *christlichen Abendlands* ...
- Europa als *kapitalistische Marktgemeinschaft* mit sozialstaatlichen Elementen...
- Europa als Hort von *Demokratie und Menschenrechten* (die als universale Werte und Normen nicht regional einzugrenzen sind).

Dabei sind vor allem der dritte und fünfte Punkt für diese Arbeit relevant, weil der Islam in diesen Bereichen thematisiert wird, um die Nichtzugehörigkeit der Türkei zur EU zu beweisen.

7.1.1. Christliches Abendland und islamische Türkei

Wie oben bereits festgestellt wurde, spielt das Christentum (also die Religion) bei der Konstruktion von Europa und als Abgrenzungskriterium eine wesentliche Rolle. Von einigen Gegnern des Türkei-Beitritts wird deshalb die Bedeutung des Christentums hervorgehoben und der religiöse Unterschied als Argument gegen den türkischen Beitritt angeführt. Die kulturelle Nichtzugehörigkeit der Türkei zur EU wird damit - unter anderem - religiös begründet. Unter der kulturellen Andersartigkeit der Türkei sei vor allem zu verstehen, dass die Türkei kein christliches, sondern ein islamisches Land ist. Aus diesem Grund könnte die Türkei nicht dem westlichen Wertesystem entsprechen, denn ein islamisches Land würde die Identität der Europäischen Union gefährden, die ja auf der christlichen Religion und Kultur basieren würde.¹⁶⁴

Einer der wichtigsten Gegner des Türkei-Beitritts aufgrund von kulturellen Unterschieden ist der deutsche Historiker Hans-Ulrich Wehler. In einem Artikel, der in der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ 2002 erschienen ist, argumentierte er, warum die

¹⁶³ Leggewie 2004, S. 13f

¹⁶⁴ Keskin 2005, S. 64

Türkei nicht zu Europa gehören würde. Am Anfang seines Artikels begann er mit dem Verweis, dass die EU eigentlich die Türkei brauche, nämlich als Frontstaat gegen den Irak. Er schrieb jedoch weiter, dass ein muslimisches Land trotzdem niemals in die EU eintreten dürfe. Die Türkei sei „als ein muslimischer Staat durch eine tiefe Kulturgrenze von Europa getrennt“, und außerdem stellte Wehler fest: „...nach geographischer Lage, historischer Vergangenheit, Religion, Kultur, Mentalität ist die Türkei kein Teil Europas.“¹⁶⁵ Diese Unterscheidung zwischen Christen und Nicht-Christen, die in der europäischen Geschichte sehr oft gegen die „Andersgläubigen“ instrumentalisiert wurde, ist noch heute von Bedeutung und dient immer noch als Abgrenzungskriterium gegen das „Andere“. Wehler erinnerte dabei an die historische Gegnerschaft zwischen dem Osmanischen Reich und Europa und wies darauf hin, dass das Christentum in Europa heute noch das öffentliche und private Leben beeinflussen würde:

„Das muslimische Osmanenreich hat rund 450 Jahre lang gegen das christliche Europa nahezu unablässig Krieg geführt; einmal standen seine Heere sogar vor den Toren Wiens. Das ist im Kollektivgedächtnis der europäischen Völker, aber auch der Türkei, tief verankert. Es spricht darum nichts dafür, eine solche Inkarnation der Gegnerschaft in die EU aufzunehmen. Das mag man noch als Vorurteil eines Historikers abtun. Doch ändert das nichts an dem Tatbestand, dass eine politische Union über Kulturgrenzen hinweg noch nie und nirgendwo Bestand gehabt hat. Überdies ist die Häme, mit der jetzt gegen den "christlichen Klub" der EU polemisiert wird, ein Zeichen bestürzender Ignoranz, was 2000-jährige Traditionen und die Tatsache angeht, dass die christlichen Konfessionen und Amtskirchen in Europa noch immer große Mächte des öffentlichen und privaten Lebens sind.“¹⁶⁶

Somit betont Wehler die Wichtigkeit des Christentums bei der Formierung des Lebens in Europa. Das kann zum Teil richtig sein, obwohl die Religion in Europa seit der Aufklärung immer mehr an Bedeutung verloren hat. Die Frage bleibt jedoch: Ist das ein Hindernis für das Zusammenleben von Christen und Muslimen? Oder sollen die religiösen Unterschiede zum Zusammenprall der Kulturen führen, wie Huntington prophezeite? Auch der damalige katholische Kardinal Joseph Ratzinger, der jetzige Papst

¹⁶⁵ Wehler, Hans-Ulrich in: http://www.zeit.de/2002/38/200238_tuerkei_contra_xml?page=all (16.03.2009)

¹⁶⁶ Ebd.

Benedikt XVI, meldete sich zum Thema zu Wort und sagte in einem Interview mit der französischen Tageszeitung „Le Figaro“:

„Als Staat mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung sollte sich die Türkei besser mit islamischen Staaten zusammenschließen, anstatt weiter eine Mitgliedschaft in der christlich geprägten Europäischen Union anzustreben.“¹⁶⁷

Wehler behauptete an anderer Stelle, dass die fundamentalistischen Bewegungen in der Türkei immer mehr zunehmen würden:

„Seit den 1980er Jahren ist das Land von einer islamistischen Propagandawelle überflutet worden, hinter der offenbar oft der wahabitische Steinzeitislamismus der finanzkräftigen Saudis steckt (...) Die Moscheen in Atatürks laizistischer Republik sind längst wieder überfüllt.“¹⁶⁸

Deswegen befürchtete Wehler, dass diese Fundamentalisten bei einem Beitritt der Türkei die EU bedrohen werden: „Heutzutage drängen die religiösen Fundamentalisten unter Erdogan und Kutan in die EU, um im eigenen Land in den Genuss der westlichen Religionsfreiheit zu kommen und den Export ihrer Lehre in der türkischen Diaspora in Europa, namentlich in Deutschland, vorantreiben zu können.“¹⁶⁹ Wehler sieht damit die Reformen, die von der Regierung Erdogans seit 2002 durchgeführt werden, um europäische Standards der Religionsfreiheit zu erreichen, als eine Strategie von Fundamentalisten, die Europa bedrohen. Außerdem sieht Wehler in der Partei von Erdogan eine islamistische Partei: „Erdogans Partei AKP ist eine islamistische Partei, welche ihre Vorgänger unter Erbakans Leitung aufgesogen hat.“¹⁷⁰ Wehler sagte weiter, dass die Religionsfreiheit nach dem Beitritt in die EU auch in der Türkei gültig werde. In diesem Fall, so Wehler, würden die stark diskriminierten christlichen Minderheiten davon profitieren. Aber noch gefährlicher sei, dass auch die Islamisten diese Gelegenheit nutzen könnten und dass dieses Prinzip Religionsfreiheit eine fundamentalistische

¹⁶⁷

http://www.experimentaltheater.com/index.php?id=3&view=single_thread&cat_uid=1&conf_uid=1&thread_uid=18 (05.04.2009)

¹⁶⁸ Wehler 2004, S. 62

¹⁶⁹ Wehler, Hans-Ulrich in: http://www.zeit.de/2002/38/200238_tuerkei_contra_xml?page=all (16.03.2009)

¹⁷⁰ Wehler 2005, S. 51

Reislamisierung ermöglichen könnte.¹⁷¹ Er wiederholt bereits bekannte Bedrohungsszenarien einer islamischen Gefahr, der Europa in der Geschichte ausgesetzt gewesen sei, und überträgt sie auf den aktuellen Diskurs. Dabei unterlässt er es, von der Säkularisierung sowohl Europas als auch der Türkei zu schreiben, während er auf die christliche Identität Europas hinweist. Unter diesen Umständen würde eine Aufnahme der Türkei, so Wehler, „das großartige Projekt der politischen Einheit Europas torpedieren.“¹⁷²

Im Islam sieht Wehler ein strukturelles Dilemma, das „generell (mit) der Religion des Landes verknüpft ist. Von den großen Weltreligionen haben das römische und reformatorische Christentum, das Judentum, der Hinduismus, der Buddhismus, der Konfuzianismus und Shintoismus trotz aller gelegentlich heftigen Kritik keine dogmatisch verankerte Feindschaft gegen den Westen entwickelt.“¹⁷³ Auch wenn er fundamentalistische Bewegungen bei nordirischen Protestanten und Katholiken oder unter orthodoxen Israelis beschreibt, stellt das für ihn eine Ausnahme dar. Dabei handelt es sich nach Wehler nur um marginale Gruppen, die nicht das Christentum oder Judentum repräsentieren würden. Eine dogmatisch verankerte Feindschaft gegenüber dem Westen gäbe es nur in dieser Religion, die deshalb den Fundamentalismus fördern würde. Dabei spricht er von der Bedrohung, die vom Islam ausgehe, nicht etwa von den Kreuzzügen oder der Rolle des Christentums bei der Entwicklung der Feindschaft gegenüber Juden und der Verbreitung des Antisemitismus in Europa, der letztendlich zur Vernichtung von Millionen Juden in Deutschland und den von Deutschland besetzten Ländern geführt hat.

Der deutsche Journalist und Publizist Peter Scholl-Latour, der in 1970er Jahren das Islambild sehr negativ beeinflusst hatte, betonte in einem Interview die Bedeutung des Christentums für das Abendland:

„Die Stärke der islamischen Welt ist, dass sie sich ihrer islamischen Wurzeln bewusst ist. Das Abendland beruht auf der Basis der christlichen Lehre – ob man

¹⁷¹ Ebd., S.52

¹⁷² Wehler 2004, S. 7

¹⁷³ Wehler 2004, S. 63f

gläubig ist oder nicht. Dass diese Lehre deformiert worden ist, spielt dabei keine Rolle. Auch die Aufklärung ist schließlich aus christlichen Prämissen erfolgt.“¹⁷⁴

Eine anderes Argument lautet, dass Europa, das sich als Zentrum von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit darstellt, seine Entwicklung neben der griechischen und römischen Antike auch dem Christentum verdanke. Denn die „Anpassungs- und Wandlungsfähigkeit des Christentums in der Moderne“¹⁷⁵ habe dies ermöglicht. Mit anderen Worten: „Dort, wo das Christentum seinen Einfluss nicht ausüben konnte, gibt es diese politische und rechtliche Kultur nicht.“¹⁷⁶ Aus diesem Grund entspreche die Türkei nicht dem westlichen Wertesystem, weil die vom Westen entwickelten Werte mit dem Islam grundsätzlich nicht zu vereinbaren seien. Der Islam verhindere also die Aufklärung, die Menschenrechte oder die Demokratie im westlichen Sinne. Aus diesem Grund gibt es für diejenigen Theoretiker, die Europa als eine Wertegemeinschaft verstehen, die auf der christlichen Identität basiert, für ein muslimisch geprägtes Land wie die Türkei keinen Platz in der EU.

Der christlich-ökumenische Theologe Karl-Josef Kuschel kritisiert diese normative Verständnis des Christentums und die Re-Christianisierung Europas, die durch das türkische Beitrittsge such ausgelöst wurde.¹⁷⁷ Kuschel weist darauf hin, dass die Argumentationen, die eine ausschließlich christliche Identität Europas betonen, statisch, retrospektiv und exklusivistisch seien. Diese Zuordnungen definiert er folgendermaßen:¹⁷⁸

- Statisch heißt: Das, was christliche Identität ausmacht, scheint ein für allemal festzustehen. Man argumentiert dabei nicht historisch, sondern essentialistisch...
- Retrospektiv heißt: Die Bestimmung christlicher Identität orientiert sich an dem, was gegeben und gewesen ist: an den Erfahrungen der Vergangenheit. Wesen definiert sich aus Gewesenem...
- Exklusivistisch heißt: Identität glaubt man nur durch Abgrenzung bestimmen zu können – nach der Devise: Ich weiß, wer ich bin, weil ich weiß, wogegen ich bin.

¹⁷⁴ Scholl-Latour, Peter in: http://www.bpb.de/themen/8RGL7M,0,T%FCrkei_kann_nicht_beitreten.html (21.03.2009)

¹⁷⁵ Kuschel 2004, S. 89

¹⁷⁶ Ebd., 89

¹⁷⁷ Leggewie 2004, S. 88

¹⁷⁸ Kuschel 2004, S. 89f

Ich bin Christ, weil ich auf gar keinen Fall ein Muslim, ich bin Jude, weil ich auf gar keinen Fall ein Christ, ich bin Muslim, weil ich auf gar keinen Fall ein Jude oder ein Christ sein kann...

Kuschel sagt dazu, dass die christliche Identität oft selbst von Experten, die in anderen Zusammenhängen das Christentum ablehnen, politisch instrumentalisiert und „vor allem als Waffe in einer politischen Auseinandersetzung“¹⁷⁹ benutzt wird.

„Plötzlich entdecken Zeitgenossen die >christliche Identität< des Abendlandes wieder, die bisher kaum als glühende Vertreter des Christlichen hervorgetreten waren. Jetzt aber brauchen sie das, was sie >christliche Identität< nennen, weil es gegen den Islam geht. [...] Gegen diese politische Instrumentalisierung des Begriffs >christliche Identität<, die gestern gegen Juden, heute gegen Muslime ins Spiel gebracht wird, streite ich aus theologischen Gründen. [...] Er taugt dafür nicht, vor allem aus zwei Gründen: aus Gründen der Geschichte und aus Gründen des Christlichen selber. Was die Geschichte betrifft, so ist gegen alles Vergessen und Verdrängen festzuhalten: In Europa hat es jahrhundertlang auch ein lebendiges Judentum und einen lebendigen Islam gegeben. Europa ist auch durch jüdische und muslimische Kultur mitgeformt und mitgeprägt worden.“¹⁸⁰

In den Mitgliedstaaten leben schon seit langem Menschen aus verschiedenen Kulturen. Die Reduzierung der EU auf die christliche Religion und Kultur verleugnet die heutige kulturelle, ethnische und religiöse Vielfalt innerhalb Europas. Auch etwa 15 Millionen Menschen islamischen Glaubens leben in der Europäischen Union. Allein in Deutschland gibt es mehr als 3,5 Millionen Menschen, die zur muslimischen Minderheit gezählt werden. Davon sind ca. 2.5 Millionen MuslimInnen mit türkischer Abstammung. Damit ist der Islam die zweitgrößte Religionsgemeinschaft in Deutschland.

¹⁷⁹ Ebd., S.90

¹⁸⁰ Ebd., S.91

7.1.2. Die EU als Wertegemeinschaft

Wie oben thematisiert wurde, werden religiöse Unterschiede zwischen der Türkei und den Mitgliedsstaaten der EU als ein wichtiges Abgrenzungskriterium instrumentalisiert. In den Debatten um den Beitritt der Türkei werden außerdem auch die Werte der Europäischen Union thematisiert, die nicht unbedingt auf dem Christentum beruhen, jedoch durch das Christentum geprägt wurden. Das Reden von der EU als einer „Wertegemeinschaft“ weist auf bestimmte Werte hin, die demnach von ganz Europa geteilt werden, so dass sich darauf eine europäische Zusammengehörigkeit und Gemeinschaft begründen würde.¹⁸¹

Was sind aber diese Werte, die Europa von „Anderen“ abgrenzt, bzw. Europa ausmachen? Der bereits zitierte Artikel 6 Absatz 1 des Vertrages von Amsterdam legt die Werte der EU im Wortlaut so fest:

„Die Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit; diese Grundsätze sind allen Mitgliedsstaaten gemeinsam“¹⁸²

In der „Entschließung über die Einbeziehung der Geschichte in die kulturelle Tätigkeit der Gemeinschaft“ (1999) schreibt der Rat:

„Europa ist auch eine Wertegemeinschaft. Das Zusammenwachsen Europas, das auf den Prinzipien der Menschenrechte, der Rechtstaatlichkeit und der Demokratie aufbaut, ist das Ergebnis geschichtlicher Erfahrungen, die heute unser gemeinsames Erbe bilden. Die Kenntnis der Geschichte der Völker Europas trägt dazu bei, dass sich diese politischen Prinzipien und die sie tragenden Werte fest im Bewusstsein der Bürger Europas verankern.“¹⁸³

Demokratie, Rechtstaatlichkeit, Pluralismus, Meinungsfreiheit, Menschenrechte, Säkularismus usw. sind Werte, die Europa durch die Aufklärung entwickelte. Die

¹⁸¹ Mandry/ Mieth, 2004, S.121f

¹⁸² Artikel 6 Absatz 1, zit. von: Cavallar, 2006, S. 73

¹⁸³ zit. von: Quanzel 2005, S. 180

Tatsache, dass in der islamischen Welt und in der Türkei keine Aufklärung im europäischen Sinn stattgefunden hat, wird als ein Fehler des Islams interpretiert, (ungeachtet der Tatsache, dass die Aufklärung stark von Gelehrten aus der islamisch-arabischen Welt beeinflusst wurde). Die genannten Werte werden als universal angesehen, die für alle Kulturkreise der Welt gelten sollen. Während die Rolle des Christentums bei der Entwicklung dieser Werte überbetont wird, obwohl sich die Aufklärung grundsätzlich gegen die kirchliche Hegemonie richtete, wird der Islam als ein Hindernis für die Aufklärung angesehen, da ihm diese Werte fremd seien. Es geht also nicht explizit um Religion an sich, sondern um die islamische Religion. Helmut Schmidt sagte dazu:

„Im Islam fehlen die für die europäische Kultur entscheidenden Entwicklungen der Renaissance, der Aufklärung und der Trennung zwischen geistlicher und politischer Autorität. Der Islam hat auch deshalb – trotz 500 Jahren osmanischer Expansion - in Europa nicht Fuß fassen können...“¹⁸⁴

Schmidt sagte weiter, dass zwar seit einigen Jahrzehnten viele Muslime in Europa leben. „Aber die Integration, gar Assimilation, ist bisher nirgendwo durchgreifend geglückt.“¹⁸⁵ Das heißt mit anderen Worten, dass die Muslimen aufgrund der islamischen Kultur nicht integrierbar seien.

Der Unterschied zwischen der islamischen Welt und Europa sei so groß, dass eine Annäherung fast unmöglich sei. Worin dieser Unterschied liege, argumentierte Kocka mit den folgenden Worten:

„Doch im Übrigen ist der Unterschied zwischen dem weitgehend säkularisierten, durch Aufklärung geprägten, auf individuelle Freiheit und Entfaltung setzenden, die gleichen Chancen von Männern und Frauen betonenden, liberalen Grundsätzen nahen Europa und den islamischen Gesellschaften mit ihrer Distanz zu modernem Wissen, moderner Bildung und modernen Werten stark ausgeprägt.“¹⁸⁶

¹⁸⁴ Schmidt 2004, S. 162

¹⁸⁵ Ebd., S. 162

¹⁸⁶ Kocka 2007, S. 51

König und Sicking weisen darauf hin, dass die Gründe für die Heftigkeit der Diskussionen und die Gespaltenheit Europas in der Türkeifrage darin liegen, dass die Türkei den Kernländern der EU fremder sei als alle anderen bisherigen Beitrittskandidaten. Diese Fremdheit hat ihrer Meinung nach mit der Religion, der Kultur, der türkischen Geschichte und der Geographie zu tun:¹⁸⁷

„Ferner ist die Türkei deswegen so fremd, weil sie ein islamisches Land ist, und offenbar ist es auch in den aufgeklärten und säkularisierten Gesellschaften, die seit mehr als hundert Jahren wissen, dass Gott tot ist, immer noch so, dass die wirkliche Fremde dort beginnt, wo die Menschen an einen anderen Gott glauben, und dazu noch an einen, von dem Samuel Huntington in seinem Buch *Der Kampf der Kulturen* in kühner Diagnose behauptet, dass er die Demokratie ablehnte. Und schließlich wird das Gefühl der Fremdheit auch dadurch gespeist, dass sich in das kollektive Gedächtnis der Europäer tief das Bild eingeprägt hat, nach dem die Türkei bzw. das Osmanische Reich über Jahrhunderte hinweg der Erzfeind Europas und des Abendlands waren und europäischer Kultur und Gesittung vollkommen entgegenstanden.“¹⁸⁸

Rainer Hülse analysierte die Diskussionen in den deutschen Bundestagsdebatten, in denen die Türkei-Frage besonders heftig diskutiert wurde. Die Sitzungen zwischen dem 4.12. 2002 und dem 19.12.2002 haben unmittelbar vor und nach dem entscheidenden EU-Gipfel stattgefunden. Bei näherer Betrachtung der Redebeiträge der Parlamentsabgeordneten von rechten und linken Parteien lässt sich feststellen, dass die Identitätsfrage der EU mit dem türkischen Beitrittsge such verknüpft wurde. Die CDU/CSU lehnten die Aufnahme der Türkei in die EU grundsätzlich und ganz eindeutig ab. Ihre Position wurde mit der Annahme von bestehenden kulturellen Unterschieden gerechtfertigt:

„Wir sind auch der festen Überzeugung, dass sich Europa auf ein gemeinsames kulturelles und auch religiöses Erbe gründet. Die Türkei gehört nicht dem europäischen Kulturkreis an (...) Eine geographisch grenzenlose Europäische

¹⁸⁷ König/Sicking 2005, S. 11

¹⁸⁸ Ebd., S. 12

Union würde das Projekt Europa, in das gerade die Union so viel Herzblut gelegt hat, für immer zerstören.“¹⁸⁹

Dabei werden die Grenzen zwischen der EU und der Türkei nicht geographisch, sondern kulturell und religiös definiert. Diese Grenze wurde im Anschluss von dem CDU-Politiker Peter Hintze spezifiziert:

„Die Europäische Union ist weltanschaulich neutral, aber von ihren Werten her eindeutig vom europäischen Menschenbild bestimmt, das zum einen durch die Aufklärung und zum anderen durch die christliche Anthropologie geprägt ist. Daraus entwickelte sich das Verständnis der unantastbaren Menschenwürde, die Menschenrechte, die Gleichheit von Frau und Mann, die rechtsstaatliche Demokratie, die Pressefreiheit und schließlich die soziale Marktwirtschaft (...) Wenn Sie sich in islamischen Staaten und in früher christlich geprägten Staaten umschauen, dann werden Sie feststellen, dass die Einstellung zur Demokratie, zu Menschenrechten, zur Pressefreiheit und zur Glaubensfreiheit unterschiedlich ist. Bisher gibt es keinen islamischen Großstaat auf der Erde, der unsere Werteordnung praktiziert.“¹⁹⁰

Auch an diesem Zitat fällt auf, dass die politischen Grundsätze der EU mit dem Christentum in Verbindung gebracht werden. Die Entwicklungen, die in Europa stattgefunden haben, seien ein Resultat der Aufklärung und des Christentums. Dabei wird ein Widerspruch zwischen Aufklärung und Christentum geleugnet. Die Identität Europas sei durch diese beiden Zuschreibungen geprägt, deshalb wäre ein Land wie die Türkei, das weder christlich noch aufgeklärt sei, mit den Werten der EU nicht kompatibel. Auch Hülse betont, dass die eigentliche Trennlinie zwischen dem Islam und dem Christentum verläuft.¹⁹¹

Durch eine nähere Analyse des Diskurses über den türkischen EU-Beitritt lassen sich zusammenfassend die Tendenzen zur Islamophobie feststellen. Während Europa als Erbe des Christentums und der Aufklärung konstruiert wird, wird die Türkei aufgrund

¹⁸⁹ Michael Glos CDU/CSU zit. Von: Hülse 2004, S. 137

¹⁹⁰ Hintze, Peter zit. von: Hülse 2004, S.138

¹⁹¹ Hülse 2004, S. 138

ihres historischen, kulturellen und religiösen Hintergrunds nicht als Teil von Europa angesehen.

7.1.3. Zur Einstellung der Bevölkerung

Wenn man die Einstellung der Bevölkerung in Deutschland und Österreich betrachtet, zeigt sich eine überwiegend negative Haltung gegenüber einem Beitritt der Türkei. Laut einer Umfrage, die 2006 von Eurobarometer durchgeführt wurde, sprechen sich in 25 EU-Mitgliedstaaten durchschnittlich 59% der Befragten gegen einen Beitritt der Türkei aus. Bemerkenswert ist, dass es in keinem Mitgliedsstaat eine klare Mehrheit für einen Beitritt der Türkei gibt. Dabei ist Österreich der größte Gegner des türkischen Beitritts. Die Umfrage zeigt, dass hier die Bevölkerung gegenüber der Türkei am skeptischsten eingestellt ist. 87% der Österreicher lehnen einen türkischen EU-Beitritt der Türkei ab. Dagegen sprechen sich nur 5% für einen Beitritt aus. Nach Österreich folgt Deutschland mit 78% der Bevölkerung, die sich gegen die EU-Mitgliedschaft ausspricht. Hinter dieser negativen Einstellung spielt die Annahme von kulturellen Unterschieden eine wesentliche Rolle. 84% der ÖsterreicherInnen begründen ihre Meinung mit der Ansicht, dass die kulturellen Unterschiede zwischen der Türkei und der EU zu groß seien. Europaweit liegt dieser Wert bei 61%.¹⁹²

¹⁹² Vgl. http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb66/eb66_at_nat.pdf (30.03.2009)

8. Weitere Argumente gegen den Beitritt der Türkei in die EU

Auf der einen Seite wird das türkische Beitrittsge­such mit kulturellen und religiösen Argumenten abgelehnt. Diese Haltung wurde oben ausführlich dargestellt. Diejenigen Beitrittsgegner, die primär die kulturellen und religiösen Unterschiede zwischen der EU (als Abendland) und der Türkei betonen, schließen eine mögliche türkische Vollmitgliedschaft auch in Zukunft aus. Ein Beitritt ist nach dieser Auffassung nie möglich, weil er die Union zerstören würde. Dieser Meinung sind viele Historiker, Politiker und Medien. Auf der anderen Seite wird aber auch eine rationale Debatte geführt. In diesen Debatten geht es eher um die demokratische Qualität der Türkei, die Menschenrechte, die wirtschaftliche Situation der Türkei, usw. Im Folgenden wird kurz auf solche Argumente gegen den türkischen Beitritt eingegangen, die über die kulturelle Ablehnung hinausgehen.

8.1. Die geographischen Grenzen der EU

Wenn die Geographie angeführt wird, werden auch wissenschaftliche Argumente in die Diskussion eingebracht. Dennoch gibt es selbst über die geographischen Grenzen der Europäischen Union unterschiedliche Auffassungen. Anders gesagt, gibt keine Einigkeit darüber, wo die europäischen Grenzen verlaufen und wo Europa endet. Vor allem die östlichen Grenzen Europas sind umstritten. Für die meisten Historiker wird Europa seit dem 18. Jahrhundert durch das Ural-Gebirge sowie den Ural-Fluss, durch das Kaspische Meer, die Manytsch-Niederungen und das Schwarze Meer gegen den Osten hin abgegrenzt.¹⁹³

Unsere Wahrnehmung von Europa ist jedoch nicht von seinen geographischen Grenzen geprägt. Europa ist vielmehr eine historische Konstruktion¹⁹⁴, die auf den europäischen Werten beruht. Europa als Hort der Demokratie, Menschenrechte, Wissenschaft, Rechtsstaatlichkeit, Europa als Erbe des christlichen Abendlandes usw. Das sind die oben angeführten Selbstbeschreibungen, die Europa charakterisieren bzw. von Anderen abgrenzen sollen und dafür verantwortlich sind, dass die Türkei als „kleinasiatischer,

¹⁹³ Quenzel 2005, S. 99

¹⁹⁴ Hall 1994, S. 138

nichteuropäischer Staat“¹⁹⁵ betrachtet wird. Auch Quenzel gelangt zu dieser Schlussfolgerung:

„Die Geschichte der geographischen Grenzziehungen um Europa muss deswegen als Geschichte kultureller Abgrenzungen gelesen werden, in der geographische und kulturelle Beschreibungen im Prozess der Bestimmung Europas ineinander übergehen und Pole einer reziproken Bedeutungszuweisung bilden.“¹⁹⁶

8.2. Menschenrechte und Minderheitenproblematik

Einer der wichtigsten Probleme für den EU-Beitritt der Türkei sind die Situation der Minderheiten, sowie die Einhaltung der allgemeinen Menschenrechte. Gegner des Beitritts sind der Ansicht, dass die religiösen und ethnischen Minderheiten in der Türkei im Vergleich zur EU stark benachteiligt seien. Dieser Vorwurf bezieht sich vor allem auf die Situation der christlichen bzw. nicht-muslimischen Volksgruppen und auf die Kurdenproblematik. Während die Situation der Minderheiten von der EU und den Kritikern eines Beitritts heftig diskutiert wird, sehen die Akteure der türkischen Politik die Defizite weniger problematisch. So wehren sich die türkischen Politiker gegen diese Kritik mit dem Argument, dass in der Türkei keine Minderheiten leben würden.¹⁹⁷ Anders gesagt, bezeichnet die Türkei nicht-türkische oder nicht-muslimische Volksgruppen nicht als Minderheiten, sondern als Bürger der Türkei. Diese Ansicht bezieht sich auch auf die Kurden, deren Situation im Mittelpunkt der europäischen Kritik steht.

Diese Haltung führt natürlich nicht zur Lösung der Probleme von Minderheiten. Vor allem wird die kurdische Realität seit der Staatsgründung der Türkei ausgeblendet. Die kurdische Sprache wurde im öffentlichen Raum und sogar im Alltag verboten. Durch die Reformen in den letzten Jahren hat sich die Situation der kurdischen Minderheit aber verbessert. Als wichtigste diesbezügliche Reform wurde ein staatlicher Fernsehsender in kurdischer Sprache eröffnet. Am 1. Januar 2009 hat der staatliche Sender TRT 6

¹⁹⁵ Wehler 2005, S. 54

¹⁹⁶ Quenzel 2005, S. 98

¹⁹⁷ Kükük 2008, S. 123f

angefangen, ausschließlich auf kurdisch zu senden. Als erster Ministerpräsident in der Geschichte der türkischen Republik verwendete Recep Tayyip Erdogan die kurdische Sprache, als er in der Eröffnungsrede des Fernsehsenders die ZuseherInnen begrüßte. Mehrere Beobachter gingen davon aus, dass dieser Sender vor allem aus strategischen Gründen - mit dem Ziel der Schwächung der PKK und ihres Einflusses in der kurdischen Bevölkerung - gegründet wurde. Dennoch handelte es sich um einen wichtigen Schritt, nachdem bisher die Anerkennung einer eigenständigen kurdischen Minderheit verweigert und die kurdische Sprache verboten worden war.¹⁹⁸

Von vielen Gegnern eines Beitritts wird auch die Rolle des Militärs in der Türkei kritisiert. Im Vergleich mit den Mitgliedsstaaten der EU hat das türkische Militär noch immer einen großen Einfluss auf das politische Leben, auch wenn einige Gesetzänderungen in den letzten Jahren seine Macht eingeschränkt haben. Der Machtverlust des Militärs führte zu Konflikten mit der zivilen Regierung und erschwert noch immer die Realisierung der angestrebten Reformen. Oft als Garant des Laizismus bezeichnet, spielt das Militär weiterhin eine wichtige Rolle in der türkischen Demokratie.

8.3. Die wirtschaftliche Situation der Türkei

Eines der weiteren Argumente gegen den Beitritt der Türkei ist der Hinweis, dass die ökonomische Kluft zwischen der EU und der Türkei zu groß sei¹⁹⁹ und ein möglicher Beitritt die EU wirtschaftlich zu sehr belasten würde. Die Etablierung einer stabilen und funktionierenden Marktwirtschaft, die den freien Wettbewerb ermöglichen soll, ist eine der Grundvoraussetzungen für eine Vollmitgliedschaft.

Es gibt unterschiedliche Auffassungen und Prognosen darüber, wie hoch die Kosten eines türkischen Beitritts für die Mitgliedsstaaten ausfallen würden. Manche EU-Experten gehen sogar von 20 bis 40 Milliarden Euro jährlich aus.

¹⁹⁸ <http://diepresse.com/home/kultur/medien/387182/index.do?from=simarchiv> (15.04. 2009)

¹⁹⁹ Hüttman 2005, S. 38

Der türkische Politikwissenschaftler Hakki Keskin weist diese Einschätzung zurück, da er davon ausgeht, dass die tatsächlichen Beitrittskosten nicht einmal annähernd ermittelt werden können.²⁰⁰

Ein weiteres Argument gegen die Vollmitgliedschaft der Türkei betrifft die Migration. Da die wirtschaftliche Situation des Landes eher negativ beurteilt wird, wird davon ausgegangen, dass durch den Beitritt Millionen Türken in die westlichen EU-Mitgliedsländer auswandern und damit auch die Arbeitslosigkeit in der EU steigen würde.

²⁰⁰ Keskin 2005, S. 72

9. Zusammenfassung und Schlussfolgerung

Der erste Teil dieser Arbeit hat sich grundsätzlich mit dem Thema „Islamophobie“ beschäftigt. Um das Phänomen der „Islamophobie“ zu beleuchten, wurden unterschiedliche Faktoren in Betracht gezogen und festgestellt, dass das Islambild in Europa durch mehrere Faktoren geprägt ist. Zuerst wurde der historische Hintergrund des Islambildes im Kontext des Orientalismus untersucht und weiters konnte nachgewiesen werden, dass es sich dabei um ein bereits sehr altes, in der Geschichte immer wieder gebrauchtes Bild handelt. Dieses auf Klischees und Stereotypen beruhende Islambild wurde für unterschiedliche Bedrohungskonstruktionen, denen das Abendland ausgesetzt sei, herangezogen, indem auf dieses historische Erbe zurückgegriffen wurde. Früher waren es osmanische Eroberungskriege, die Europa bedrohten. Aber jetzt wird diese Gefahr in den Migrationsbewegungen aus den islamischen Ländern oder im internationalen Terrorismus gesehen. Es werden wieder neue „alte“ Feindbilder reproduziert, die wie in der Vergangenheit die Muslime als das Andere, als fremd und bedrohlich darstellen. Nur in diesem Sinne stellt die Islamophobie ein modernes Phänomen dar.

Zusammenfassend spielen hinter dieser modernen Konstruktion neben den historischen Faktoren auch noch andere Entwicklungen eine wichtige Rolle, die als Äußere und Innere Faktoren definiert werden können. Demnach sind:

- Äußere Faktoren: Die Islamische Revolution in Iran, islamistische Gruppen im Nahen Osten, die Golfkriege, der 11. September, der Internationale Terrorismus usw.
- Innere Faktoren: Migration aus islamischen Ländern, die zunehmende Zahl an muslimischen Minderheiten, Integrationsprobleme usw.

In diesem Zusammenhang wurde eine Unterscheidung zwischen Islamophobie und Antiislamismus getroffen. Es wurde festgestellt, dass, während die Islamophobie ein gesellschaftliches Phänomen darstellt, das vor allem in den letzten vier Jahrzehnten entstanden ist, es sich beim Antiislamismus um eine systematisch organisierte und bewusste Bewegung handelt, die Ressentiments gegen Muslime schürt.

Vom Antiislamismus werden alle Probleme der muslimischen Minderheiten kulturalistisch definiert. Kulturelle Hintergründe der muslimischen Minderheiten werden politisiert. Dabei werden sozioökonomische, gesellschaftliche Probleme zwischen der Mehrheitsgesellschaft und muslimischen Minderheiten ausgeblendet. Besonders die viel besprochenen Integrationsprobleme von MuslimInnen werden im Kontext des Islam diskutiert, der als alleiniges Integrationshemmnis angesehen wird.

Die islamischen Werte und Lebensweisen der MuslimInnen werden oft mit modernen, europäischen Werten verglichen. Der westliche Eurozentrismus, der grundsätzlich die Überlegenheit der westlichen Werten und Normen behauptet, schließt aber seinerseits die anderen Kulturen aus. Die westlichen Werte werden als Modell für die Welt beansprucht. Die Verabsolutierung der Kulturen führt zu der Annahme, dass die Unterschiede zwischen den Kulturen zu groß seien und dass diese Unterschiede unbedingt zu Konflikten führen müssten, wie auch Huntington behauptet hat.

Bei der Verbreitung der Islamophobie spielen die Massenmedien eine wichtige Rolle. Das durch die Medien vermittelte Wissen über den Islam beeinflusst die Wahrnehmung von Islam und MuslimInnen in der breiten Gesellschaft. Wie festgestellt wurde, wird von den – hier exemplarisch untersuchten - deutschen Massenmedien ein negatives Islambild verbreitet. Dabei spielt auch die Auslandsberichterstattung eine wesentliche Rolle. Wenn aus islamischen Ländern berichtet wird, dann handelt es sich fast ausschließlich um negative Nachrichten. Über die positiven oder normalen Ereignisse wird so gut wie gar nicht informiert. In den Köpfen setzt sich ein negatives Bild fest, das von den Medien transportiert wird. Die negative Berichterstattung über MuslimInnen führt damit in der Gesellschaft zu islamophoben Stereotypisierungen. Der Islam wird in den Medien vor allem in den letzten Jahren als eine gefährliche Religion dargestellt. Besonders nach dem 11. September wird der Islam in den Medien auch im Kontext des internationalen Terrorismus betrachtet, wie auch die Analyse der Berichterstattung in den deutschen Medien zeigt.

Im zweiten Teil dieser Arbeit wurde das Thema „Islamdiskurs“ im Kontext der türkisch-europäischen Beziehungen behandelt. Besonders nach der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wird eine mögliche Aufnahme des Landes in die EU heftig diskutiert. Auch für diesen Schwerpunkt meiner Arbeit wurde vor allem die

Diskussion in Deutschland in Betracht gezogen und versucht zu zeigen, wie die kulturellen Unterschiede thematisiert werden. In den Debatten, in denen die unterschiedlichsten Argumente vorgebracht werden, dominiert die Frage, ob ein islamisches Land ein Mitglied der EU werden kann. Für die Gegner einer Aufnahme der Türkei in die EU stellt also vor allem die Angst vor dem Islam ein wichtiges und grundlegendes Hindernis dar.

Um die Frage zu beleuchten, wie sehr Religion und Kultur der Türkei als Ablehnungsgrund betont werden, wurde zuerst die Diskussion um die europäische Identität erläutert, da sich die europäische supranationale Identität wie auch die nationale Identität durch die Abgrenzung des „Eigenen“ von den „Anderen“ herausbildet. Während in dieser Konstruktion von Identität das Eigene immer mit positiven Merkmalen repräsentiert wird, um die eigene Identität zu fixieren bzw. zu idealisieren, wird das Andere zumeist mit negativen Eigenschaften charakterisiert. In dieser Hinsicht stellt die Türkei eine Projektionsfläche des „Anderen“ dar.

Hinter dieser Konstruktion, die die Türkei als das Andere bzw. Fremde definiert, spielen unterschiedliche Faktoren eine Rolle. Vor allem die – primär durch den Orientalismus geprägte – Auseinandersetzung mit der Geschichte beeinflusst den Diskurs über den türkischen Beitritt. Da die Türkei als Nachfolgestaat des Osmanischen Reiches gegründet wurde und die Beziehungen zwischen dem Osmanischen Reich und den europäischen Staaten von Konflikten überschattet waren, trägt die historische Erinnerung zur Bildung von Vorurteilen bei. So kann behauptet werden, dass die osmanischen Kriege noch immer im Kollektivgedächtnis der europäischen Völker verankert sind und auf die heutige Situation übertragen werden.

Wie die Diskussionen um die Aufnahme der Türkei in die EU zeigt, die im zweiten Teil der Arbeit untersucht wurde, dominieren auch hier anti-islamische Haltungen. Neben der Geschichte stellen die – tatsächlichen oder vermeintlichen – kulturellen Unterschiede zwischen der Türkei und der EU das wichtigste Hindernis für einen türkischen Beitritt dar. Dabei wird unter kulturellen Unterschieden vor allem der Islam und die islamisch geprägte Kultur der Türkei verstanden. Im Gegensatz dazu werden die westlichen Werte oft in einen Zusammenhang mit dem Christentum gestellt und behauptet, dass das Christentum die Entwicklungen im Bereich von Menschenrechten,

Demokratie, Rechtstaatlichkeit etc. ermöglicht oder zumindest nachvollzogen hätte. Dagegen würden der Türkei diese Werte aufgrund ihres religiösen Hintergrunds fehlen. Mit anderen Worten, im Islam sei keine Durchsetzung der westlichen Prinzipien möglich.

Zusammengefasst wird also behauptet, dass aufgrund der grundlegenden Unterschiede zwischen den Kulturen eine Einigung und damit auch die Integration der türkischen bzw. muslimischen Minderheiten in Europa unmöglich sei. Als Grund wird wieder der Islam angegeben, durch den Konflikte vorprogrammiert wären. Deswegen wird primär aus ideologischen, politischen und kulturellen Motiven befürchtet, dass die Aufnahme der Türkei die Europäische Union zerstören werde, während andere Argumente wie Demographie und Ökonomie eher seltener als Ablehnungsgründe angegeben werden. Damit wird die Religion zum Hauptargument gegen einen türkischen Beitritt, auch wenn das den eigenen Werten – wozu schließlich auch die Religionsfreiheit zählt – widerspricht.

Damit wurden die in der Einleitung gestellten Hypothesen zustimmend beantwortet. Auch der Zusammenhang zwischen der wachsenden Islamophobie und der Auseinandersetzung über den möglichen Beitritt der Türkei zur EU wurde bestätigt. Abschließend bleibt die Hoffnung, dass durch ein gestiegenes Problembewusstsein ein Umdenkprozess erfolgt und politische Schritte überlegt werden, wie der Islamophobie in Zukunft wirksam begegnet werden kann.

10. Literatur:

Allen, Christopher (2006): Was ist Islamophobie? - Ein evolutionärer Zeitstrahl (67-79)
In: Altermatt, Urs/ Delgado, Mariano/ Vergauwen, Guido(2006) : Der Islam in Europa
Zwischen Weltpolitik und Alltag. Stuttgart: Kohlhammer

Attia, Iman (1995): Antiislamischer Rassismus in interkulturellen Beziehungen. In: Attia, Iman/Basque,Monika/Kornfeld,Ursula (1995):Multikulturelle Gesellschaft- monokulturelle Psychologie? Antisemitismus und Rassismus in der psychosozialen Arbeit. Tübingen: DGTV,

Balibar, Etienne (1990): Gibt es einen „ Neo-Rassismus“? In: Balibar, Etienne/ Wallerstein ,Immanuel (1990): Rasse- Klasse- Nation: Ambivalente Identitäten. Hamburg: Argument 23-38

Bielefeldt, Heiner (2007): Das Islambild in Deutschland – Zum öffentlichen Umgang mit der Angst vor dem Islam. In URL: http://files.institut-fuer-menschenrechte.de/437/IUS-040_E_Islam_RZ_WEB_ES.pdf (05.04.2009)

Brasche, Ulrich (2003): Europäische Integration. Wirtschaft, Erweiterung und regionale Effekte. München/Wien: Oldenbourg

Caglar, Gazi(2002): Der Mythos vom Krieg der Zivilisationen. Der Westen gegen den Rest der Welt. Eine Replik auf Samuel P. Huntingtons >> Kampf der Kulturen<<. München: Unrast Verlag

Castro Varela, Maria do Mar/Dhawan, Nikita (2005): Postkoloniale Theorie. Eine kritischeEinführung. Bielefeld: Transcript-Verlag

Cavallar, Georg (2006): Die europäische Union - von der Utopie zur Friedens- und Wertegemeinschaft. LIT Verlag,

Corm, Georges (2002): Missverständnis Orient. Die islamische Kultur und Europa. Zürich :Rotpunkt

Esen, Erol (1990): Die Beziehungen zwischen der Türkei und der europäischen Gemeinschaft. Centaurus- Pfaffenw.

EUMC (2006): Muslime in der Europäischen Union. Diskriminierung und Islamophobie in URL: http://fra.europa.eu/fraWebsite/attachments/Manifestations_DE.pdf (23.03.2009)

Fürtig, Henner (1997): Der Irak als Golem. Identitätskonflikte einer westlichen Schöpfung. In : Kai Hafez (Hg.) (1997): Der Islam und der Westen. Anstiftung zum Dialog. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag. S. 177-189

Hafez, Kai (1997): Der Islam und der Westen- Kampf der Zivilisationen? In: Kai Hafez (Hg.) (1997): Der Islam und der Westen. Anstiftung zum Dialog. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, S. 15-31

Hafez, Kai (2000): The West and Islam in the Mass Media. Cornerstones for an New International Culture of Communication in the 21th Century. In: Discussion Paper C 61. Centrum für europäische Integrationsforschung.

Hafez,Kai/ Richter,Carola (2007): Das Islambild von ARD und ZDF in: Aus Politik und Zeitgeschichte. 26-27/2007 in URL: <http://www.bpb.de/files/GB72LS.pdf> (14.02.2009)

Halm, Dirk/Liakova,Marina/Yetik,Zeliha (2007): Pauschale Islamfeindlichkeit? Zur Wahrnehmung des Islams und zur sozio- kulturellen Teilhabe der Muslime in Deutschland. In: Jäger, Siegfried/ Halm, Dirk (2007): Mediale Barrieren. Rassismus als Integrationshindernis. Münster: Unrast Verlag S. 11-51

Heitmeyer, Wilhelm (2003): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus 2002 sowie 2003 In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2002): Deutsche Zustände Folge 2. Frankfurt am Main: Suhrkamp S.13-32

Hippler, Jochen (2002): Der Islam, der Westen und die politische Gewalt in den internationalen Beziehungen. In : Hippler, Jochen/ Lueg, Andrea (Hg.) (2002): Feindbild Islam oder Dialog der Kulturen. Hamburg: Konkret Literatur Verlag

Hippler, Jochen / Lueg, Andrea (2002): Einleitung In: Hippler, Jochen/ Lueg, Andrea [Hrsg.] Feindbild Islam oder Dialog der Kulturen. Hamburg: Konkret-Literatur-Verl.

Huntington, Samuel (1998): Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. München/Wien: Goldmann

Hülse, Rainer (2004): When culture determines politics. Wie der Deutsche Bundestag die Türkei von der EU fernhält. 135-146 In: WeltTrends Nr. 45 in URL: http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2006/971/pdf/45_fb_huellse.pdf (15.04.2009)

Jäger, Siegfried/ Halm, Dirk (2007): Medienberichterstattung als Integrationshemmnis. Eine Einleitung In: Jäger, Siegfried/ Halm, Dirk (2007) Mediale Barrieren. Rassismus als Integrationshindernis. Münster :Unrast Verlag S. 5-10

Keskin, Hakki (2005): Deutschland als neue Heimat: Eine Bilanz der Integrationspolitik. Wiesbaden: Vs Verlag

Kocka, Jürgen(2004): Wo liegst du, Europa? In: Leggewie, Claus (Hrsg.) (2004): Die Türkei und Europa, Die Positionen. Frankfurt am Main: Suhrkamp S.191-196

Kocka, Jürgen (2007): Europäische Identität als Befund, Entwurf und Handlungsgrundlage In: Nida-Rümelin, Julian/ Weidenfeld, Werner (Hrsg.) Europäische Identität: Voraussetzungen und Strategien. Baden- Baden: Nomos S. 47-59

König, Helmut/ Sicking, Manfred (Hg.) (2005): Statt einer Einleitung: Gehört die die Türkei zu Europa ? Konturen einer Diskussion In: König, Helmut/ Sicking, Manfred (Hg.) (2005): Gehört die Türkei zu Europa? Wegweisungen für ein Europa am Scheideweg. Bielefeld: Transcript Verlag

Küçük, Bülent (2008): Die Türkei und das andere Europa. Phantasmen der Identität im Beitrittsdiskurs. Bielefeld: Transcript Verlag

Leibold, Jürgen/ Kühnel, Steffen (2003): Islamophobie Sensible Aufmerksamkeit für spannungsreiche Anzeichen in: Wilhelm Heitmeyer (hrsg.) (2003): Deutsche Zustände Folge 2. Frankfurt am Main: Suhrkamp S.100-120

Leibold, Jürgen/ Kühnel, Steffen/Heitmeyer, Wilhelm (2006): Abschottung der Muslime durch generalisierte Islamkritik. 3-10 In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 1-2/2006 in URL: <http://www.bpb.de/files/AQ6PWB.pdf> (23.03.2009)

Lueg, Andera (2002): Der Islam in den Medien. In: : Hippler, Jochen/ Lueg, Andrea [Hrsg.] Feindbild Islam oder Dialog der Kulturen . Hamburg: Konkret-Literatur-Verl. S.16-35

Madeker, Ellen (2007): Türkei und europäische Identität: Eine wissenssoziologische Analyse des Diskurses um den EU-Beitritt der Türkei. Wiesbaden: Vs Verlag

Mandry, Christof/ Mieth, Dietmar (2004) : Europa als Wertegemeinschaft in: Fürst, Walter / Drumm, Joachim/ M. Schröder, Wolfgang (Hg.) (2004): Ideen für Europa. Christliche Perspektiven der Europapolitik. Berlin-Hamburg-Münster :LIT Verlag S.121-149

Memmi, Albert (1987): Rassismus, Frankfurt a.M.

Memmi, Albert (1999): Kolonialismus und Rassismus. 45-58 in: Burgmer, Christoph (Hg.) (1999) : Rassismus in der Diskussion. Elefanten Press

Murat, Ercan (2005): Die Türkei und die Europäische Union. Die Bedeutung der Türkei für die Europäische Union. Nicht veröffentlichte Dissertation, eingereicht an der Human-Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien.

Naumann, Thomas (2006): Feindbild Islam. Historische und theologische Gründe einer europäischen Angst – gegenwärtige Herausforderungen in URL: http://www.fb1.uni-siegen.de/evantheo/mitarbeiter/naumann/dokumente/feindbild_06_druckfsg.pdf (08.02.2009)

Rubin, N. Andrew (2007): Edward W. Said (1935-2003) in: Yildiz, Aytac (Hg.) (2007) : Oryantalizm. Tartisma Metinleri. Istanbul, Dogubati Yayinlari. S.17-38

Ruf, Werner (2007): Islamische Bedrohung? In URL: http://www.werner-ruf.net/pdf/Standpunkte_0708_Islam.%20Bedrohung.pdf (08.02.2009)

Ruf, Werner: Der Islam: die neue Bedrohung des Westens. In URL: <http://www.gangway.de/~upload/gangway/pdf/Werner%20Ruf.Der%20Islam%20die%20neue%20Bedrohung.pdf> (08.02.2009)

Ruf, Werner (2005): Barbarisierung der Anderen- Barbarisierung des Wir. In URL: http://www.werner-ruf.net/pdf/Barbarisierung_Anderen.pdf (08.02.2009)

Rustow, Dankwart A. (1989) : Turkey, America`s Forgotten Ally, Counsil on Foreign Relations Book, Newyork

Schiffer, Sabine (2005): Der Islam in den Medien. Ein Beitrag der Medienpädagogik zur Rassismusforschung. In: Medien und Erziehung Nr. 2/2005

Schulze, Reinhard (1991): Vom Anti-Kommunismus zum Anti-Islamismus. Der Kuwait-Krieg als Fortschreibung des Ost-West-Konflikts In: Mattes, Norbert [Hrsg.] (1991): "Wir sind die Herren und ihr unsere Schuhputzer!" : der Nahe Osten vor und nach dem Golfkrieg 1. Aufl. Frankfurt am Main: Dagyeli Verlag S. 207-219.

Sen, Faruk (2005): Eu-Beitritt der Türkei als Vollendung eines Europa der kulturellen Vielfalt In: König, Helmut/ Sicking, Manfred (2005): Gehört die Türkei zu Europa? Wegweisung für ein Europa am Scheideweg. Bielefeld: Transcript Verlag S. 29-46

Skenderovic, Damir (2006): Feindbild Muslime- Islamophobie in der radikalen Rechten In: Altermatt, Urs/ Delgado, Mariano/ Vergauwen, Guido(2006) : Der Islam in Europa Zwischen Weltpolitik und Alltag. Stuttgart: Kohlhammer, S. 79-95

Stone, Richard (2004): Islamophobia, issues, challenges and action. A report by the Commission on British Muslims and Islamophobia. Trentham Books, London

Walter, Jochen (2008): Die Türkei - 'Das Ding auf der Schwelle': (De-)Konstruktionen der Grenzen Europas. Wiesbaden: Vs Verlag

Wehler, Hans-Ulrich (2002): Das Türkenproblem in URL:
http://www.zeit.de/2002/38/200238_tuerkei_contra_xml?page=all (15.04.2009)

Wehler, Hans- Ulrich (2004): Die Türkische Frage. Europas Bürger müssen entscheiden. 57-69 in: In: Leggewie, Claus (Hrsg.) (2004): Die Türkei und Europa, Die Positionen, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Wehler, Hans- Ulrich (2004): Verblendetes Harakiri Der Türkei-Beitritt zerstört die EU (6-9), in Politik und Zeitgeschichte, B-33/34 2004 in URL:
<http://www.bpb.de/files/0QSGEC.pdf> (13.04.2009)

Wehler, Hans- Ulrich (2005): Der Türkei-Beitritt zerstört die Europäische Union in: König, Helmut/ Sicking, Manfred (Hg.) (2005): Gehört die Türkei zu Europa? Wegweisungen für ein Europa am Scheideweg. Bielefeld : Transcript Verlag,

Wüst, Thoman (2004): Urbanität. Ein Mythos und sein Potential. Wiesbaden: Vs Verlag,

Zara Rassismus Report (2006): Einzelfall-Bericht über rassistische Übergriffe und Strukturen in Österreich in URL: <http://www.zara.or.at/materialien/rassismus-report/rassismus-report-2006.pdf> (27.02.2009)

Zara Rassismus Report (2007): Einzelfall-Bericht über rassistische Übergriffe und Strukturen in Österreich. In URL: <http://www.zara.or.at/materialien/rassismus-report/rassismus-report-2007.pdf> (27.02.2009)

Internetseiten:

<http://diepresse.com/home/kultur/medien/387182/index.do?from=simarchiv> (15.04.2009)

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb66/eb66_at_nat.pdf (30.03.2009)

<http://oraclesyndicate.twoday.net/stories/4448901/> (26.01.2009)

<http://www.arte.tv/de/Zitaten-Ballade/Europa-von-Osten--Westen--Sueden-und-Norden-betrachtet/401116,CmC=1241384.html> (07.04.2009)

http://www.bpb.de/themen/8RGL7M,0,T%FCrkei_kann_nicht_beitreten.html

http://www.bpb.de/themen/C7YEJL,0,Die_T%FCrkei_und_die_europ%E4ische_Identit%E4t.html (02.04.2009)

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/72924.pdf (11.03.2009)

http://www.eurosduvillage.eu/IMG/pdf/beitritt_eu.pdf (10.03.2009)

http://www.experimentaltheater.com/index.php?id=3&view=single_thread&cat_uid=1&conf_uid=1&thread_uid=18 (05.04.2009)

<http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc~E2D1CB6E9AA1045B291A1FC21272D467D~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (26.01.2009)

http://www.frieden.uni-kiel.de/download_files/ruf2.pdf (09.02.2009)

<http://www.guardian.co.uk/world/2001/oct/11/afghanistan.terrorism30> (26.01.2009)

http://www.migration-online.de/gesetz._aWQ9NTY_.html (09.03.2009)

<http://www.news.at/articles/0619/10/140515/wirbel-studie-45-oesterreich-moslems-integration>(20.01.2008)

http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20070922_OTS0054 (12.02.2009)

<http://www.spiegel.de/spiegelspecial/0,1518,307508,00.html> (14.02.2009)

<http://www.weltwoche.ch/ausgaben/2004-16/artikel-2004-16-islam-bedeutet-frieden-unfug.html> (26.01.2009)

11. Anhang

11.1. Zusammenfassung

In dieser Diplomarbeit geht es wesentlich um die Frage, wie der Islam und Muslimen in Europa wahrgenommen werden. Historisch gesehen wurde/wird der Islam als eine Bedrohung für den Westen betrachtet. Die Konstruktion, die den Islam als fremd, rückständig, bedrohlich usw. darstellt, beruht vor allem auf das Wissen, das durch den Orientalismus entstanden ist. Hinter dieser Konstruktion spielen vor allem religiöse und politische Faktoren eine wichtige Rolle. Die Orientalisten, die über den Islam geschrieben haben, haben ihn als fremdes und bedrohliches Phänomen präsentiert und dadurch die Wahrnehmung der europäischen Gesellschaften geprägt. So wurde das theologisch begründete Feindbild Islam durch den Orientalismus verstärkt, verwissenschaftlicht und rationalisiert. Die Geschichte des europäischen Islambildes weist eine Kontinuität auf. Damals wie heute war der Islam eine für den Westen fremde Kultur, die Europa bedrohte. In diesem Sinne ist die Islamophobie, die in den letzten Jahren in Europa zunimmt ein sehr altes Phänomen. Heute wird jedoch mit anderen Argumenten die Islamfeindlichkeit geschürt.

Diese Diplomarbeit besteht grundsätzlich aus zwei Teilen. Im ersten Teil wird die Islamophobie beleuchtet. Im zweiten Teil geht es um die Frage, inwieweit der Islam bzw. kulturelle Hintergrund der Türkei bei der Ablehnung des türkischen EU-Beitritts eine Rolle spielt? Die Nichtzugehörigkeit der Türkei zur EU wird vor allem in konservativen Kreisen mit kulturellen Unterschieden argumentiert. Dabei wird oft die Unvereinbarkeit der islamischen Kultur mit den westlichen Werten betont. Um diese These nachvollziehbar machen, wurde vor allem der Identitätsdiskurs der Europäischen Union in Betrachtung gezogen. Dann wurde die Diskussion um den türkischen EU-Beitritt näher analysiert.

LEBENS LAUF

Persönliche Daten

Name	Yunus Mert
Geburtsdatum	02.01.1980
Geburtsort	Bursa / Türkei
Familienstand	verheiratet, 1 Kind 2006*
Staatsbürgerschaft	Türkei

Schulbildung und Berufsausbildung

1985 - 1990	Volksschule, Ardahan
1990 - 1993	Hauptschule, Ardahan
1993 - 1996	Gymnasium, Ardahan
1996 - 1999	Vorbereitung zum Studium, Istanbul
1999 - 2002	Hochschule für Justis, Istanbul Universität / Istanbul
2002 - 2003	Deutschkurs / Wien
2003 - 2008	Bakkalaureatsstudium (abgeschlossen), Universität Wien ◆ Publizistik- und Kommunikationswissenschaft Schwerpunkt ◆ Kommunikationsforschung ◆ Multimediajournalismus Bakkalaureatsarbeiten ◆ Amerikanisierung der Massenmedien ◆ Medienpolitik der Europäischen Union
2005- 2009	Studium, Universität Wien ◆ Politikwissenschaft
Sprachen	Deutsch - Gut in Wort und Schrift Türkisch - Muttersprache Englisch - Gut in Wort und Schrift